



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898 - 1914

in elf Bänden

Gooch, George P.

Berlin, 1926

II. 24. Juli bis 4. August

[urn:nbn:de:hbz:466:1-80111](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-80111)

II

24. Juli bis 4. August

II
34. Juli bis 4. August

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 24. Juli

No. 152

Wien, den 21. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die „Neue Freie Presse“, die im Pressefeldzug gegen Serbien eine hervorragende Führerrolle gespielt hat, meldet eben in ihrer Abendausgabe aus Ischl, wo Graf Berchtold heute eine Audienz beim Kaiser hatte, man glaube dort, daß die erwartete Demarche im Laufe dieser Woche in Belgrad erfolgen werde. Die Forderungen an Serbien würden höflich in der Form, im Inhalt jedoch sehr unterschieden sein und man werde Serbien vermutlich eine Frist von nur 48 Stunden zur Beantwortung einräumen. Nach diesem Artikel wären die Hauptforderungen wahrscheinlich wie folgt:

1. Daß eine gründliche Untersuchung über die Mitschuld derjenigen Serben durchgeführt werde, die infolge des Verfahrens in Serajewo als bloßgestellt erscheinen.

2. Daß Maßnahmen gegen diejenigen serbischen nationalistischen Gesellschaften ergriffen werden, deren Machenschaften auf österreichisch-ungarischem Boden eine fortwährende Gärung in der Doppelmonarchie erzeugten.

3. Daß von der Grenzpolizei der beiden Länder gemeinsam Maßnahmen zur besseren Überwachung der Grenze getroffen werden*.

Obwohl die übrigen Wiener Blätter keine derart bestimmte Ankündigung eines nahe bevorstehenden diplomatischen Schrittes in Belgrad enthalten, sprechen Berichte aus Budapest davon, daß Graf Tisza dem Ministerrate den Wortlaut der zu überreichenden Note mitgeteilt habe; und die Effektenbörse, die sich für einen Augenblick von ihrem Sturz der letzten Woche erholt hatte, leidet aufs neue an weichenden Kursen.

Die Vermutung, daß man Serbien eine Frist von nur 48 Stunden zur Annahme der österreichisch-ungarischen Forderungen lassen wird, dürfte wohl kaum begründet sein, denn der serbische Ministerpräsident

* Siehe „Neue Freie Presse“, 21. Juli 1914, Abendblatt No. 17925.

ist dem Vernehmen nach auf einer zehntägigen Wahlagitationsreise von Belgrad fern, während andererseits die Ernte in Österreich und Ungarn vor Ablauf von weiteren drei Wochen nicht eingebracht sein wird. Man kann aber vor diesem Zeitpunkt eine Krise nicht herbeiführen wollen.

Eine Abschrift dieses Berichts wurde nach Belgrad gesandt.

Ich habe usw.

(für den Botschafter)

Theo Russell

(33531)

No. 89

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 47

Belgrad, den 23. Juli 1914

A. 23. Juli 10³⁰ nachm.

E. 24. Juli 8⁰ vorm.

Ich erfahre von meinem italienischen Kollegen, daß die österreichische Gesandtschaft heute abend eine Note überreicht hat, die der serbischen Regierung zur Erfüllung der darin enthaltenen Forderungen eine Frist von achtundvierzig Stunden gewährt. Ich kenne noch keine Einzelheiten, höre aber, daß die auferlegten Bedingungen außerordentlich schwer sind.

(Gleichlautend nach Wien)

(33574)

No. 90

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 95

Wien, den 23. Juli 1914

A. 23. Juli 8²⁵ nachm.

E. 24. Juli 11³⁰ vorm.

Russischer Geschäftsträger ist beauftragt, sich mit französischem Botschafter und mir wegen Vorstellungen ins Benehmen zu setzen, die wir im gleichen Sinne, jedoch nicht gemeinsam erheben sollen, um österreichisch-ungarische Regierung in freundschaftlicher aber fester Sprache zu warnen, an serbische Regierung eine Note zu richten, deren Bedingungen diese nicht ohne Demütigung annehmen könnte.

Ich verständigte russischen Geschäftsträger, daß ich noch ohne Weisung sei, jedoch während heutiger Unterhaltung mit Unterstaatssekretär Graf Forgach persönlich Hoffnung in obigem Sinne ausgedrückt hätte.

Unterstaatssekretär teilt mir mit, Note solle heute in Belgrad

überreicht und ihr Wortlaut in morgigen Zeitungen veröffentlicht werden. Er bemerkte, Note sei scharf, da sonst dem auf die Mordtat gefolgten Ausbruch öffentlicher Entrüstung über Serbien nicht Genüge geschehen würde. Er hoffte, schien aber kaum zu erwarten, daß serbische Regierung den peremptorischen Forderungen der Note nachkommen werde. Er sagte mir, Mitschuld serbischer Beamter am Verbrechen sei voll erwiesen und hier könne sich keine Regierung auch nur eine Woche halten, die verabsäume, Serbien ernstlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Französischer Botschafter sprach gestern ernst mit dem anderen Unterstaatssekretär, Baron Macchio, über Gefahr, einen bewaffneten Konflikt mit Serbien herbeizuführen. Baron Macchio nahm seine Warnung freundlich auf und erweckte bei französischem Botschafter Eindruck, daß Note in gemäßigter Sprache abgefaßt sei. Dieser Eindruck wurde nach Ansicht Seiner Exzellenz durch gestrige Sprache des ungarischen Ministerpräsidenten in Budapest bestätigt, doch ich gestehe, daß die mir von Graf Forgach heute nachmittag gesprächsweise abgegebenen Erklärungen über Stimmung im Lande und Unmöglichkeit für Regierung, ihr zu widerstehen, mich Bevorstehen einer ernsten Krise befürchten lassen.

(Gleichlautend nach Belgrad)

Siehe No. 76 und 84

(33652)

No. 91

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 148

Auswärtiges Amt, den 24. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

Österreichisch-ungarischer Botschafter hat mir die an Serbien gerichtete Note mit den Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung mitgeteilt¹⁾.

Ich sagte, die Ermordung des Erzherzogs sowie einige der in der österreichisch-ungarischen Note hinsichtlich Serbiens angeführten Umstände erweckten natürlich Sympathien für Österreich, ich hielte es aber für sehr bedauerlich, daß in diesem Stadium eine Frist, und zwar eine solch kurze Frist gestellt worden sei, und die Note scheine mir das furchtbarste Dokument zu sein, das ich je einen Staat an einen andern unabhängigen Staat habe richten sehen. Forderung No. 5 könnte bedeuten, daß die österreichisch-ungarische Regierung berechtigt sein solle, Beamte zu ernennen, die auf serbischem Gebiet

¹⁾ Siehe Anhang A.

amtliche Befugnisse ausüben dürften, und das würde mit Erhaltung unabhängiger Souveränität Serbiens kaum vereinbar sein.

Ich machte diese Bemerkungen jedoch nicht, um die Rechtslage des Streitfalles zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu erörtern; damit hätten wir nichts zu schaffen. Ich würde mich lediglich vom Gesichtspunkt des europäischen Friedens aus mit der Sache befassen und ich sei sehr besorgt.

Ich müßte die Ansichten anderer Mächte abwarten und wir würden uns ohne Zweifel mit ihnen beraten, um zu sehen, was zur Behebung von Schwierigkeiten geschehen könne.

Der österreichisch-ungarische Botschafter äußerte, Serbien habe eine derartige Verschleppungstaktik befolgt, daß eine Befristung notwendig sei. Seit der Ermordung des Erzherzogs wären einige Wochen verstrichen, von Serbien sei aber kein Zeichen der Teilnahme oder Hilfsbereitschaft erfolgt; hätte es nach dem Morde die Hand geboten, dann hätte die gegenwärtige Lage verhütet werden können.

Ich bemerkte, man hätte zu irgendeinem späteren Zeitpunkt eine Frist stellen können, falls Serbien mit einer Antwort gezögert hätte; wie die Dinge lägen, verlange die österreichisch-ungarische Regierung nicht bloß eine Antwort binnen achtundvierzig Stunden, sondern sie schreibe auch den Wortlaut der Antwort vor.

(Gleichlautend nach Paris No. 206/207; Berlin No. 193/194; Rom No. 186/187 und St. Petersburg No. 342/343: „Nur zur Information“)

*Im BB No. 5 (paraphrasiert) veröffentlicht
Siehe den Bericht des Grafen Mensdorff über diese Unterredung
in Oe II No. 14*

(33653)

No. 92

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 49. Dringend

Belgrad, den 24. Juli 1914

A. 1^o nachm.

E. 2⁵⁰ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm ¹⁾).

Ministerpräsident, der heute früh nach Belgrad zurückgekehrt, ist sehr besorgt und niedergeschlagen. Er bat mich dringend, Ihnen seine Hoffnung zu übermitteln, daß Seiner Majestät Regierung ihre guten Dienste anbieten werde, um österreichische Forderungen zu mäßigen, deren Annahme, wie er sagt, unmöglich sei ²⁾).

Im BB No. 8 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹⁾ ? No. 94.

²⁾ Siehe No. 102, sowie S No. 35.

(33656)

No. 93

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 99

Wien, den 24. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

E. 3¹⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 96 vom 24. Juli ¹⁾: Österreichisch-ungarische Note an Serbien.

Französischer Botschafter sprach soeben vor, um Eindrücke auszutauschen. Unseres Erachtens ist Note, wenn sie auch viele berechnete Forderungen enthält, in solch peremptorischer Weise abgefaßt, daß sofortige bedingungslose Annahme durch serbische Regierung sehr erschwert wird. Französischer Botschafter hat serbischen Gesandten bereits gesehen, der erklärt, daß zwischen Belgrad und St. Petersburg reger Telegrammwechsel stattfindet und seiner Meinung nach von dessen Ergebnis Antwort serbischer Regierung abhängen wird. Falls Frist für Antwort verlängert werden könnte, hält serbischer Gesandter persönlich eine Verständigung nicht für ausgeschlossen. In zwei oder drei Punkten müßten jedoch österreichisch-ungarische Forderungen eingeschränkt werden. König von Serbien könne sich niemals durch Erlaß eines Armeebefehls in vorgeschriebenen Worten demütigen. Forderung No. 4, derzufolge gewisse Offiziere verabschiedet werden sollen, deren Namen und Vergehen noch nicht einmal bekanntgegeben seien, ist völlig unannehmbar, und ebenso Forderung No. 5 betreffs Teilnahme österreichisch-ungarischer Organe bei Unterdrückung politischer Bewegung in Serbien.

Nach Ansicht französischen Botschafters war Haltung serbischen Gesandten sehr maßvoll und versöhnlich.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Belgrad)

(33659)

No. 94

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 48. Dringend

Belgrad, den 24. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

E. 3¹² nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm ²⁾.

Ich habe Wortlaut der österreichischen Note gesehen, der barsch und peremptorisch ist. Serbischer Ministerpräsident sagte mir, daß

¹⁾ Dieses Telegramm ist hier nicht abgedruckt, da es nur einen Abriß der österreichisch-ungarischen Note enthält.

²⁾ No. 89.

zwar noch kein endgültiger Beschluß bezüglich der zu erteilenden Antwort gefaßt worden sei, Note aber gewisse Forderungen enthalte, die für serbische Regierung ganz unannehmbar seien.

Verlangt wird unter anderm:

1. Die Einwilligung, daß die österreichisch-ungarische Regierung bei der Unterdrückung der gegen Österreich-Ungarn gerichteten nationalistischen Bewegung auf serbischem Boden mitwirkt.

2. Die Verpflichtung, aus dem Staatsdienst alle Offiziere und Beamten zu entfernen, die verdächtig sind, bei der Ermordung die Hand im Spiel gehabt zu haben, und deren Namen die österreichisch-ungarische Regierung mitteilen wird.

3. Die Beseitigung aus Schulen und öffentlichem Unterricht aller Lehrer und Schulbücher, die geeignet sind, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren.

4. Die Unterdrückung und Auflösung nationalistischer Gesellschaften in Serbien, wie z. B. der Narodna Odbrana.

Note verlangt ferner, daß die serbische Regierung in ihrem amtlichen Organ vom 26. Juli eine formelle Erklärung veröffentlicht, in der die serbische Bewegung und der Versuch verurteilt werden, serbische Bevölkerung Österreich-Ungarns der Monarchie abspenstig zu machen, und in der bedauert wird, daß serbische Beamte an dieser Propaganda teilgenommen und damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen Serbien in seiner Erklärung vom 31. März 1909 versprochen hatte.

Die Frist von 48 Stunden, die am Samstag um 6 Uhr abends abläuft, wurde mündlich gestellt.

(Nach Wien gesandt)

Vgl. Oman Seite 27

(33670)

No. 95

Sir H. Bax-Ironside an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 34. Vertraulich

Sofia, den 24. Juli 1914

A. 4³⁰ nachm.

E. 5⁵ nachm.

Es gibt gute Gründe für Annahme, daß zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien Vereinbarung geschlossen wurde, wonach im Falle Ausbruchs von Feindseligkeiten Bulgarien trachten wird, jetzt im Besitze Serbiens befindlichen Teil Mazedoniens zu besetzen.

Bulgarien wird insgeheim via Donau und Lom-Palanka mit schwerer Munition und *matériel* aller Art versorgt.

Bulgarische Armee ist noch nicht auf Kriegsfuß, könnte aber raschestens feldzugsbereit gemacht werden.

(33672)

No. 96

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 50. Streng vertraulich

Belgrad, den 24. Juli 1914

A. 4⁴⁰ nachm.

E. 6²⁰ nachm.

Kronprinz hat persönlich Telegramm an König von Italien geschickt, in dem er Seine Majestät auf Grund der Familienbande zwischen italienischem und serbischem königlichem Hause und in seiner Eigenschaft als Verbündeten Österreichs dringend um seine guten Dienste bittet, um Fristverlängerung und Milderung österreichischer Forderungen zu erlangen.

(Nach Wien und Rom gesandt)

(33671)

No. 97

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 100

Wien, den 24. Juli 1914

A. 7⁵⁰ nachm.

E. 10¹⁵ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm vom 24. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Französischer Botschafter hat jetzt eine ähnliche Weisung erhalten, wie sie mir gestern russischer Geschäftsträger mitgeteilt hat, aber mit dem Zusatz, französischer Botschafter solle in Anbetracht des Umstandes, daß österreichisch-ungarische Note bereits überreicht, mit russischem Geschäftsträger und mir beraten, ob eine Mitteilung in diesem Augenblick noch zweckdienlich sei. Ich stimme mit französischem Botschafter überein, daß Vorstellungen, um Übergabe der Note zu verhindern oder Änderung ihrer Bedingungen zu erzielen, jetzt nicht mehr angebracht wären.

Russischer Geschäftsträger ergriff Gelegenheit, Außenminister heute morgen seine persönliche Ansicht über Note auszudrücken, die er als ungewöhnlich und peremptorisch bezeichnete und als derart abgefaßt, daß ihre Annahme in jetziger Form unmöglich sei. Minister des Äußern sagte, sie müsse bis morgen nachm. 6 Uhr ohne Ein-

¹⁾ No. 93. Vgl. No. 90.

schränkung angenommen werden, sonst sei österreichischer Gesandter schon angewiesen, Belgrad unverzüglich zu verlassen. Der getane Schritt habe in gesamtter Doppelmonarchie, die fühle, daß ihre ganze Existenz auf dem Spiele stehe, große Befriedigung ausgelöst und Seine Exzellenz vermochte nicht zu glauben, daß irgendeine Macht daran denken könnte, Einwände zu erheben¹⁾.

Vertraulich

Ich hatte Unterhaltung mit türkischem Botschafter, der meint, Note sei durch Benehmen Serbiens seit geraumer Zeit gerechtfertigt, doch österreichisch-ungarische Regierung müsse wissen, daß sie nicht angenommen werden könne, und sie beabsichtige offenbar einen Angriff auf Serbien. Seine Exzellenz hat Eindruck, daß Rußland in diesem Fall nicht einschreiten werde, aber daß sich bulgarische und albanische Bevölkerung Neuserbiens sicher erheben und Verwicklungen daraus hervorgehen würden, die Österreich-Ungarn Gelegenheit verschafften, für Bulgarien Partei zu ergreifen und eine Revision des Bukarester Friedens zu verlangen. Türkischer Botschafter glaubt, daß, obgleich noch keine Truppen in Marsch gesetzt wurden, wenn nötig alles für einen sofortigen Vormarsch bereit ist.

Vor Antritt seines Urlaubs versicherte mir russischer Botschafter, daß österreichische Maßnahmen zur Demütigung Serbiens Rußland nicht gleichgültig lassen könnten.

(Gleichlautend nach Belgrad)

Zum Teil im BB No. 7 (paraphrasiert) veröffentlicht

(33782)

No. 98

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 491

Auswärtiges Amt, den 24. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Nachdem ich Herrn Cambon heute von der österreichischen Note an Serbien, die ich diesen Morgen erhalten, und von meinen gestrigen Bemerkungen darüber zu Graf Mensdorff²⁾ Mitteilung gemacht hatte, sagte ich Herrn Cambon, daß ich heute nachmittag den deutschen Botschafter sehen würde, der mich vor einigen Tagen privatim gebeten habe, mäßigend auf St. Petersburg einzuwirken. Ich würde dem Botschafter eröffnen, daß, wenn die Überreichung dieses Ultimatums an Serbien zu keinen Mißhelligkeiten zwischen Österreich und Rußland führen würde, wir uns natürlich nicht darum zu kümmern brauchten;

¹⁾ Siehe Oe II No. 23.

²⁾ No. 86.

sollte Rußland jedoch zu derjenigen Ansicht über das österreichische Ultimatum gelangen, zu der, wie mir scheine, jede an Serbien interessierte Macht gelangen würde, dann wäre ich angesichts der Bedingungen des Ultimatus ganz außerstande, einen mäßigenden Einfluß auszuüben. Ich würde ferner sagen, meines Erachtens bestünde die einzige Aussicht auf Ausübung einer vermittelnden oder mäßigenden Einwirkung darin, daß Deutschland, Frankreich, Italien und wir, die wir kein unmittelbares Interesse an Serbien hätten, gleichzeitig in Wien und St. Petersburg gemeinsam für den Frieden wirkten¹⁾.

Herr Cambon bemerkte, daß, wenn Aussicht auf Vermittlung durch die vier Mächte bestände, seine Regierung sich, wie er nicht bezweifle, gerne daran beteiligen würde; er wies aber darauf hin, daß wir nichts in St. Petersburg vorbringen könnten, bis Rußland eine Meinung geäußert oder einen Schritt unternommen hätte. Doch nach Ablauf von zwei Tagen werde Österreich in Serbien einrücken, denn die Serben könnten die österreichischen Forderungen unmöglich annehmen. Rußland würde durch seine öffentliche Meinung zum Einschreiten gezwungen werden, sobald Österreich Serbien angriffe, und daher wäre es für jede Vermittlung zu spät, wenn die Österreicher einmal Serbien angegriffen hätten.

Ich erwiderte, mein Gedanke wäre gewesen, erst dann mit einer Erklärung in St. Petersburg hervorzutreten, nachdem sich herausgestellt habe, daß Schwierigkeiten zwischen Österreich und Rußland unvermeidlich seien. Ich hätte gedacht, daß, wenn Österreich in Serbien einrücke und Rußland alsdann mobilisiere, es den vier Mächten möglich sein würde, auf Österreich und ebenso auf Rußland einzuwirken, ihren Vormarsch während der Vermittlungsaktion einzustellen. Sollte ein solcher Schritt jedoch Aussicht auf Erfolg haben, so sei es notwendig, daß Deutschland sich daran beteilige.

Herr Cambon warf ein, es wäre zu spät, nachdem Österreich einmal gegen Serbien vormarschiert sei. Worauf es ankäme, wäre, durch Vermittlung in Wien Zeit zu gewinnen. Die größte Aussicht auf Annahme dieser Vermittlung bestünde darin, daß Deutschland sie den andern Mächten vorschläge.

Ich bemerkte, daß er damit eine Vermittlung zwischen Österreich und Serbien meine.

Er bejahte dies.

Ich sagte, daß ich heute nachmittag mit dem deutschen Botschafter darüber sprechen würde¹⁾.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 10 veröffentlicht

Siehe den Bericht Cambons über diese Unterredung in F No. 32

¹⁾ No. 99.

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold

(Tel.) No. 196

Auswärtiges Amt, den 24. Juli 1914

A. 7⁴⁵ nachm.

Deutscher Botschafter hat mir die Ansicht der deutschen Regierung über die österreichischen Forderungen an Serbien mitgeteilt¹⁾; ich höre, daß die deutsche Regierung den andern Mächten dieselbe Mitteilung macht.

Ich bemerkte, daß, wenn das österreichische Ultimatum an Serbien zu keinen Mißhelligkeiten zwischen Österreich und Rußland führe, mich die Sache nichts angehe; ich hätte noch keine Nachricht aus St. Petersburg, sei aber sehr besorgt darüber, wie Rußland die Lage auffasse. Ich erinnerte den deutschen Botschafter daran, daß er vor einigen Tagen persönlich die Hoffnung ausgedrückt habe, ich möchte notfalls auf St. Petersburg mäßigend einzuwirken trachten; aber jetzt sagte ich, daß ich mich — soweit Rußland in Frage käme — angesichts des außerordentlich scharfen Charakters der Note, der kurzen Befristung und der umfassenden Forderungen an Serbien ganz hilflos fühlte, und ich glaubte nicht, daß eine Macht allein ihren Einfluß geltend machen könne.

Die einzige Aussicht auf eine wirksame vermittelnde oder mäßigende Einwirkung vermöge ich darin zu erblicken, daß die vier Mächte Deutschland, Italien, Frankreich und wir zusammen gleichzeitig in Wien und St. Petersburg auf eine Mäßigung hinarbeiteten, falls die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland bedrohlich werden sollten.

Die unmittelbare Gefahr läge darin, daß Österreich in ein paar Stunden in Serbien einrücken und slawenfreundliche öffentliche Meinung Rußlands fordern könnte, Rußland solle zur Unterstützung Serbiens marschieren; es wäre daher sehr erwünscht, Österreich dahin zu bringen, seine militärischen Maßnahmen nicht zu überstürzen, um so mehr Zeit zu gewinnen. Aber keiner von uns vermöge Österreich in dieser Hinsicht zu beeinflussen, falls Deutschland solch ein Vorgehen nicht vorschlage und selbst in Wien daran teilnehme. Wollen Sie Außenminister hiervon verständigen.

Vertraulich

Der deutsche Botschafter äußerte, es dürfte zu erwarten sein, daß Österreich, wenn Serbien nicht sämtliche österreichischen Forderungen bedingungslos annehmen könne, nach Ablauf der Frist marschieren werde. Er warf persönlich den Gedanken hin, Serbien dürfe auf keinen Fall eine abschlägige Antwort geben, sondern solle sofort

¹⁾ No. 100.

bezüglich einiger Punkte eine ausreichend befriedigende Antwort erteilen, um Österreich einen Vorwand zu liefern, nicht unverzüglich einzuschreiten.

(Gleichlautend nach Paris No. 210/11; Wien No. 151/52; Rom No. 190/91 und St. Petersburg No. 345/46: „Nur zu Ihrer Information“)

*Im BB No. 11 (nicht paraphrasiert, außer im letzten Absatz)
veröffentlicht*

*Siehe den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unterredung
in DD No. 157; siehe auch Oe II No. 15*

Vermerk

Abschrift des ersten Teils dieses Telegramms (nicht des vertraulichen Absatzes) ist an den italienischen Botschafter zu schicken, der sich nach meiner Ansicht erkundigt hat. — E. G.

(33736)

No. 100

Mitteilung des deutschen Botschafters, 24. Juli 1914

Die Veröffentlichungen der österreichisch-ungarischen Regierung über die Umstände, unter denen das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin stattgefunden hat, enthüllen offen die Ziele, die sich die großserbische Propaganda gesetzt hat, und die Mittel, deren sie sich zur Verwirklichung derselben bedient. Auch müssen durch die bekanntgegebenen Tatsachen die letzten Zweifel darüber schwinden, daß das Aktionszentrum der Bestrebungen, die auf Loslösung der südslawischen Provinzen von der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Vereinigung mit dem serbischen Königreich hinauslaufen, in Belgrad zu suchen ist, und dort zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der Regierung und Armee seine Tätigkeit entfaltet.

Die serbischen Treibereien gehen auf eine lange Reihe von Jahren zurück. In besonders markanter Form trat der großserbische Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mäßigung der österreichisch-ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte war es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welchen Österreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbiens ausgesetzt war, nicht zum Konflikt führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen; auf

ihr Konto ist das jüngste Verbrechen zu setzen, dessen Fäden nach Belgrad führen. Es hat sich in unzweideutiger Weise kundgetan, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie vereinbar sein würde, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen, durch das die Sicherheit und Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage können das Vorgehen sowie die Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung nur als billig und maßvoll angesehen werden. Trotzdem schließt die Haltung, die die öffentliche Meinung sowohl als auch die Regierung in Serbien in letzter Zeit eingenommen hat, die Befürchtung nicht aus, daß die serbische Regierung es ablehnen wird, diesen Forderungen zu entsprechen, und daß sie sich zu einer provokatorischen Haltung Österreich-Ungarn gegenüber hinreißen läßt. Es würde der österreichisch-ungarischen Regierung, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, alsdann nichts anderes übrig bleiben, als ihre Forderungen bei der serbischen Regierung durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß.

Die kaiserliche Regierung möchte der Anschauung nachdrücklich Ausdruck verleihen*, daß es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handele, die auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken das ernste Bestreben der Mächte sein müsse. Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Deutsche Botschaft, London

Im BB No. 9 veröffentlicht

*Siehe das deutsche Original in DD No. 100***

Vermerke

Sehr starke Unterstützung. — G. R. C. 25. Juli 1914.

Die Antwort lautet, daß infolge der äußerst scharfen österreichischen Forderungen und der vorgeschriebenen Frist die Lokalisierung des Konflikts ungemein schwierig geworden ist. Denn die österreichischen Bedingungen lassen deutlich die Merkmale der Absicht erkennen, einen Krieg herbeizuführen. Die von Österreich aufgestellten und nun von Deutschland wiederholten Behauptungen über die Missetaten Serbiens beruhen bis jetzt auf keinem den Mächten zugäng-

* Zu Beginn dieses Absatzes hieß es im Erlaß an Fürst Lichnowsky: „Ew. pp. beehre ich mich zu ersuchen, sich in vorstehendem Sinne Sir E. Grey gegenüber auszusprechen und dabei insbesondere der Anschauung nachdrücklich Ausdruck zu verleihen...“ Sonst ist der Wortlaut genau wie in DD No. 100.

** In der englischen Ausgabe ist noch bemerkt, daß die dort zum Abdruck gebrachte englische Übersetzung identisch mit der Schreibmaschinenabschrift in englischer Sprache ist, die der deutsche Botschafter auf dem Auswärtigen Amt hinterlassen hat.

lichen Beweismaterial, obwohl die österreichische Regierung die Mächte aufgefordert hat, jene Behauptungen hinzunehmen. Man müßte ihnen Zeit lassen, sich von den Tatsachen zu überzeugen, die sie anerkennen sollen. — E. A. C. 25. Juli.

Bei den Klubs sind Telegramme angeschlagen, wonach die konservative Presse Berlins herumgeschwenkt ist und Einspruch dagegen erhebt, daß Deutschland in einen Konflikt gezogen werde, den Österreich-Ungarn heraufbeschworen hat, und weil Deutschland in bezug auf das Ultimatum nicht im voraus befragt wurde. Ich weiß nicht, ob dieser Frontwechsel irgendwelche Bedeutung hat. — A. N.

Falls wahr, dann ist der Frontwechsel sehr überraschend. Ich habe in meinen Unterredungen mit Fürst Lichnowsky angenommen, daß ein Krieg zwischen Österreich und Serbien nicht lokalisiert werden kann. — E. G.

(33673)

No. 101

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 166. Dringend

St. Petersburg, den 24. Juli 1914

A. 5⁴⁰ nachm.

E. 8⁰ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm ¹⁾).

Minister des Äußern teilte mir heute morgen telephonisch mit, daß er eben Wortlaut des gestern von Österreich in Belgrad überreichten Ultimatums erhalten habe, das eine Antwort binnen achtundvierzig Stunden verlange. Dieser von Österreich getane Schritt bedeute den Krieg und er bat mich, ihn auf der französischen Botschaft zu treffen.

† Minister des Äußern und französischer Botschafter sagten mir vertraulich, Ergebnis des Besuchs des Präsidenten der französischen Republik sei gewesen, die folgenden Punkte festzulegen:

1. Vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten über die verschiedenen Probleme, denen sich die Mächte in bezug auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa, insbesondere im Osten, gegenübergestellt sehen.

2. Entschluß, in Wien Schritte zu unternehmen, um ein Verlangen nach Aufklärung oder irgendwelche Aufforderungen zu verhindern, die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkämen und die Serbien berechtigterweise als einen An-

¹⁾ No. 84.

† Anmerkung (des englischen Herausgebers): Im Blaubuch wurde dieser Abschnitt ausgelassen (siehe die Einleitung Seite XVI). Versehentlich blieb jedoch im Inhaltsverzeichnis ein Hinweis darauf stehen. Ein deutscher Forscher hat im Frühjahr 1924 die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf diese Tatsache gelenkt und ihm wurde mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Auswärtigen der Wortlaut des fehlenden Abschnitts mitgeteilt. Dieser wurde daher seitdem in Deutschland veröffentlicht.

griff auf seine Souveränität und Unabhängigkeit betrachten könnte.

3. Feierliche Bestätigung der den beiden Ländern durch das Bündnis auferlegten Verpflichtungen.†

Minister des Äußern drückte die Hoffnung aus, Seiner Majestät Regierung werde sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erklären. Er bezeichnete Österreichs Verhalten als unmoralisch und herausfordernd. Einige der von ihm erhobenen Forderungen seien vollkommen unannehmbar und es hätte niemals so gehandelt, ohne Deutschland vorher befragt zu haben. Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich Rußland nicht bloß diplomatisch energisch unterstützen, sondern im Notfall auch alle ihm durch sein Bündnis auferlegten Verpflichtungen erfüllen werde.

Ich bemerkte, daß ich nicht im Namen Seiner Majestät Regierung sprechen könne, daß ich Ihnen aber alle ihre Äußerungen telegraphieren würde. Ich vermöge persönlich keine Hoffnung zu erwecken, daß Seiner Majestät Regierung eine Solidaritätserklärung abgeben würde, die Verpflichtung einschliesse, Frankreich und Rußland mit Waffengewalt zu unterstützen. Wir seien an Serbien nicht unmittelbar interessiert und öffentliche Meinung Englands würde seinetwegen niemals einen Krieg gutheißen. Minister des Äußern entgegnete, serbische Frage bilde nur Teil allgemeiner europäischer Frage und wir könnten uns nicht ausschalten.

Ich sagte, ich entnähme den Worten Seiner Exzellenz den Wunsch, wir sollten uns einer Mitteilung an Österreich anschließen, daß wir seine aktive Einmischung in innere Fragen Serbiens nicht dulden könnten. Gedenke Rußland, falls Österreich unsere Vorstellungen nicht beachte und militärisch gegen Serbien vorgehe, ihm den Krieg zu erklären? Minister des Äußern erwiderte, heute nachmittag werde ein Ministerrat die ganze Frage erwägen, man würde aber bis zu einem weiteren, wahrscheinlich morgen stattfindenden Ministerrat unter dem Vorsitz des Kaisers keinen Beschluß fassen. Er persönlich glaube, Rußland werde auf jeden Fall mobil machen müssen.

Ich warf Gedanken hin, daß erstes Erfordernis sei, Zeitgewinn anzustreben, indem wir auf Österreich einwirkten und es veranlaßten, Serbien gewährte Frist zu verlängern. Der französische Botschafter erwiderte, dazu fehle die Zeit; entweder bluffe Österreich oder es sei entschlossen, sofort vorzugehen. In beiden Fällen bestünde unsere einzige Chance, den Krieg abzuwenden, darin, daß wir fest und vereint aufträten. Ich fragte dann, ob es nicht ratsam wäre, serbische Regierung zu genauer Angabe aufzufordern, wie weit sie bereit sei, österreichischen Wünschen entgegenzukommen. Minister des Äußern antwortete, daß einige Forderungen des Ultimatums ohne Zweifel angenommen werden könnten, er müsse sich aber vorher mit seinen Kollegen besprechen.

Da mich beide weiterhin drängten, wir sollten uns vollständig solidarisch mit ihnen erklären, bemerkte ich, Sie möchten meines Erachtens geneigt sein, Wien und Berlin eindringlich vorzuhalten, daß ein österreichischer Angriff auf Serbien europäischen Frieden gefährden würde. Sie dürften vielleicht darauf hinweisen, daß dies aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland zur Intervention zwingen, daß dadurch Deutschland und (? Frankreich) hineingezogen würde und daß es bei einem etwaigen allgemeinen Krieg für England schwierig sein würde, neutral zu bleiben. Minister des Äußern sprach Hoffnung aus, daß wir jedenfalls scharfe Mißbilligung über Österreichs Schritt ausdrücken würden. Wenn der Krieg ausbräche, würden wir früher oder später hineingezogen, und wenn wir nicht von Anfang an gemeinsam mit Frankreich und Rußland vorgingen, würden wir den Krieg nur wahrscheinlicher gemacht haben und hätten keine „beau rôle“ gespielt.

Nach Sprache französischen Botschafters sah es fast aus, als wären Frankreich und Rußland entschlossen, feste Haltung einzunehmen, selbst wenn wir ablehnen, uns ihnen anzuschließen. Sprache des Außenministers war in dieser Hinsicht jedoch nicht so (? entschieden).

Österreichische Regierung scheint ihr Ultimatum absichtlich im Augenblick überreicht zu haben, als Präsident der französischen Republik und Ministerpräsident Rußland verließen, um nach Frankreich zurückzukehren, wo sie vor vier oder fünf Tagen nicht eintreffen können.

Gegen den Schluß unserer Unterredung gesellte sich rumänischer Gesandter zu uns. Minister des Äußern führte ein Privatgespräch mit ihm, in dem Seine Exzellenz auch rumänische Regierung einlud, Vorstellungen in Wien zu erheben.

(Gleichlautend nach Paris, 1²⁰ nachm., No. 217)

*Im BB No. 6 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile)
veröffentlicht*

Vermerke

Der Augenblick ist vorüber, als es vielleicht noch möglich war, die französische Unterstützung für einen Versuch, Rußland zurückzuhalten, zu gewinnen.

Es ist klar, daß Frankreich und Rußland entschlossen sind, den ihnen hingeworfenen Handschuh aufzuheben. Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten mögen, Frankreich und Rußland sind der Ansicht, daß sie Vorwände sind und daß die größere Frage von Dreibund gegen Dreiverband endgültig aufgeworfen ist.

Ich glaube, es wäre unklug, um nicht zu sagen gefährlich, wenn England versuchte, dieser Meinung zu widersprechen oder durch Vorstellungen in St. Petersburg und Paris diese klare Sachlage zu verdunkeln.

Worauf es ankommt, ist, ob Deutschland zu diesem Krieg jetzt absolut entschlossen ist oder nicht.

Es besteht noch die Möglichkeit, Deutschland wankend zu machen, indem man ihm die Sorge einflößt, daß der Krieg England auf seiten Frankreichs und Rußlands finden wird.

Ich vermag bloß ein wirksames Mittel vorzuschlagen, um dies der deut-

schen Regierung klarzumachen, ohne uns in diesem Stadium absolut und endgültig festzulegen. Wenn Seiner Majestät Regierung im Augenblick, wo entweder Österreich oder Rußland zu mobilisieren beginnen, Befehl erteilt, unsere ganze Flotte unverzüglich auf Kriegsfuß zu setzen, so mag dies denkbarerweise Deutschland die Augen über den Ernst der Gefahr öffnen, der es ausgesetzt wäre, falls England am Kriege teilnähme.

Angenommen, dieser Entschluß könnte jetzt gefaßt werden, dann wäre es richtig, die französische und russische Regierung davon zu unterrichten, und das wäre wiederum das beste, was wir tun könnten, um das Entstehen einer sehr ernsten Lage zwischen England und Rußland zu verhindern.

Es fällt schwer, nicht mit Herrn Sasonow darin übereinzustimmen, daß England früher oder später in den Krieg hineingezogen wird, falls er wirklich ausbricht. Wir haben nichts dabei zu gewinnen, wenn wir uns nicht schlüssig werden, was wir unter Umständen, die vielleicht schon morgen eintreten, tun können.

Sollte der Krieg ausbrechen und England unbeteiligt bleiben, dann muß sich folgendes ergeben:

a) Entweder siegen Deutschland und Österreich, sie erdrücken Frankreich und demütigen Rußland. Die französische Flotte verschwunden, Deutschland im Besitz des Kanals, mit der bereitwilligen oder widerstrebenden Kooperation Hollands und Belgiens: wie wird dann die Lage eines freundlosen England sein?

b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Wie werden sie sich dann gegen England verhalten? Und wie wird's mit Indien und dem Mittelmeer stehen?

In diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern bei dem es sich um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu errichten, und um den Wunsch der Mächte handelt, ihre individuelle Freiheit zu erhalten — in diesem Kampf sind unsere Interessen mit denen Frankreichs und Rußlands verknüpft. Wenn wir dazu beitragen können, den Konflikt zu verhüten, indem wir unsere maritime Stärke zeigen, jederzeit zum Einsatz bereit, dann wäre es falsch, diesen Versuch (effort) nicht zu machen.

Wie daher auch letzten Endes unser Entschluß ausfallen mag, ich meine, wir sollten *jetzt* beschließen, die Flotte zu mobilisieren, sobald irgendeine Großmacht mobilisiert, und wir sollten diesen Entschluß unverzüglich der französischen und russischen Regierung bekanntgeben. — E. A. C. 25. Juli.

Die von Sir Eyre Crowe aufgeworfenen Punkte verdienen ernste Beachtung und das Kabinett wird ohne Zweifel die Lage erwägen. Rußland wird unsere Haltung in dieser Krise als Prüfstein betrachten und wir müssen äußerst vorsichtig sein, es uns nicht zu entfremden. — A. N.

Herr Churchill hat mir heute gesagt, daß die Flotte binnen vierundzwanzig Stunden mobilisiert werden könne, aber ich glaube, es wäre verfrüht, Rußland und Frankreich schon jetzt eine Erklärung abzugeben. — E. G.

(33822)

No. 102

Sir Edward Grey an Herrn Crackanthorpe

(Tel.) No. 17

Auswärtiges Amt, den 24. Juli 1914

A. 9³⁰ nachm.

Ich habe deutschem Botschafter nachdrücklich vorgestellt, Österreich solle nicht übereilt militärisch vorgehen ¹⁾.

¹⁾ No. 99.

Mir scheint, Serbien müßte entschieden Teilnahme und Bedauern ausdrücken, daß Beamte, wenn auch in untergeordneter Stellung, an Ermordung des Erzherzogs mitschuldig gewesen sein sollten, und, falls dies bewiesen ist, versprechen, vollste Genugtuung zu geben. Im übrigen kann ich nur sagen, daß serbische Regierung so antworten muß, wie es ihres Erachtens die Interessen Serbiens erheischen.

Ich vermag nicht zu sagen, ob irgend etwas außer bedingungsloser Annahme militärisches Vorgehen Österreichs nach Ablauf der Frist abwenden wird, aber die einzige Chance wäre, eine befriedigende Antwort auf so viele Punkte als innerhalb gestellter Frist möglich zu erteilen und österreichische Forderungen nicht völlig abschlägig zu bescheiden.

Wollen Sie sich mit Ihrem russischen und französischen Kollegen wegen Mitteilung des Vorstehenden an serbische Regierung beraten. Hiesiger serbischer Gesandter bittet uns dringend, unsere Ansicht anzudeuten, doch ich kann Verantwortung nicht übernehmen, mehr als Obiges anzuraten, und selbst das tue ich ungern, ohne zu wissen, was russische und französische Regierung in Belgrad vorbringen werden.

(Gleichlautend nach Paris No. 212 und St. Petersburg No. 347)

Im BB No. 12 (paraphrasiert) veröffentlicht

(33674)

No. 103

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 89. Vertraulich

Berlin, den 24. Juli 1914

A. 8⁴⁰ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Österreichisch-ungarische Note an Serbien.

Französischer Botschafter besuchte Staatssekretär des Auswärtigen heute nachmittag und hat mir über die Unterredung berichtet. Französischer Botschafter sagte Staatssekretär, daß er ohne Weisungen und persönlich spreche.

Botschafter bemerkte, deutsche Regierung könne Fiktion nicht aufrechterhalten, daß Streitfrage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine interne sei und lokalisiert werden könne. Keine Frage sei intern, bei der es sich um Erörterungen zwischen zwei Mächten handle. Überdies habe Haltung deutscher Presse auf alle Fälle Frage jedes lokalen Charakters beraubt, denn Deutschland habe sich öffentlich an die Seite Österreich-Ungarns gestellt.

Auf Äußerungen des Staatssekretärs, serbische Regierung werde zweifellos nachgeben, fragte französischer Botschafter, ob Staats-

sekretär ernstlich glaube, daß serbische Regierung gewisse Forderungen der Note annehmen könne, wie zum Beispiel Forderung No. 5 und einen durch König von Serbien im vorgeschlagenen Wortlaut zu erlassenden Tagesbefehl an Armee. Wenn König solch einen Befehl erlasse, bestehe in einem Lande wie Serbien die Wahrscheinlichkeit, daß er ermordet würde.

Staatssekretär meinte, es sei Sache der Ententemächte, in Belgrad zur Mäßigung und Nachgiebigkeit zu raten. Botschafter fragte, ob deutsche Regierung nicht auch bei ihrem Verbündeten auf Mäßigung dringen wolle. Staatssekretär erwiderte nach einigem Überlegen, „das würde von den Umständen abhängen.“

Staatssekretär bestritt wiederum, daß er irgendwelche Vorkenntnis von Bedingungen österreichisch-ungarischer Note gehabt habe, und gab zu, Note sei zu scharf. Botschafter drückte darauf Überraschung aus, daß er solch ein Dokument decken könne.

Französischer Botschafter neigt zur Annahme, daß österreichisch-ungarische und deutsche Regierung ein gefährliches Bluffspiel treiben und glauben, sie könnten die Sache mit starker Hand durchführen. Er meint, sein Gespräch mit Staatssekretär habe diesem viel Stoff zum Nachdenken gegeben. Er bat mich, seine Äußerungen als streng vertraulich zu behandeln, da er nicht beabsichtige, seiner Regierung die Unterredung zu berichten.

Vgl. Bericht No. 160 und F No. 30

Vermerk

Wir können nichts in bezug auf Mäßigung tun, wenn Deutschland nicht bereit ist, *pari passu* dasselbe zu tun. — E. G.

(33652)

No. 104

Mitteilung des österreichischen Botschafters

Sir E. Grey,

Graf Mensdorff hat, nachdem Sie fortgegangen, telephonisch angefragt, ob er Sie heute abend sehen könne. Ich erwiderte, Sie seien bereits fortgegangen und ich wisse nicht, wann Sie zu Hause sein würden. Er bat mich, ob ich auf meinem Heimweg auf der Botschaft vorsprechen könne.

Das tat ich und er sagte mir, er habe ein Telegramm seiner Regierung mit der Ermächtigung erhalten, Sie darüber aufzuklären, daß der in Belgrad unternommene Schritt kein Ultimatum, sondern „eine befristete Demarche“ sei, und daß, sollten die österreichischen Forderungen nicht innerhalb der gesetzten Frist angenommen werden, seine Regierung die diplomatischen Beziehungen abbrechen und mili-

tärische Vorbereitungen (nicht Operationen) beginnen würde. Graf Mensdorff wollte Sie das im Hinblick auf die von Ihnen bezüglich des Ultimatums geäußerten Besorgnisse sobald als möglich wissen lassen und meinte, der Unterschied möge nicht groß sein, aber die Sache liege zweifellos um eine „nuance“ anders.

24. 7. 14.

H. M.

Vgl. Oe II No. 13

(33827)

No. 105

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 352

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

A. 12¹⁰ vorm.

Österreichischer Botschafter wurde ermächtigt, mich darüber aufzuklären, daß der in Belgrad unternommene Schritt kein Ultimatum, sondern eine befristete Demarche sei, und daß, sollten die österreichischen Forderungen nicht innerhalb der gesetzten Frist angenommen werden, die österreichische Regierung die diplomatischen Beziehungen abbrechen und militärische Vorbereitungen, nicht Operationen, beginnen werde.

Falls österreichisch-ungarische Regierung die gleiche Mitteilung nicht in St. Petersburg (Paris) gemacht hat, wollen Sie Minister des Äußern sobald als möglich unterrichten; die augenblickliche Lage wird dadurch etwas entspannt.

(Gleichlautend nach Paris No. 216)

Im BB No. 14 veröffentlicht

(33681)

No. 106

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 2

Budapest, den 24. Juli 1914

A. 24. Juli 8¹⁵ nachm.

E. 25. Juli 12⁵ vorm.

Österreichisch-ungarische Note an serbische Regierung wurde gestern spät abends durch Graf Tisza persönlich Pressevertretern mitgeteilt. Wie ich höre, konnte er seine Befriedigung mit ihrem Inhalt, den er auf seine Rechnung setzt, nicht verbergen. Graf Tisza hielt heute morgen Rede im Parlament und erklärte Notwendigkeit von Form und Ton der Note, fügte aber hinzu, daß gegenwärtige Lage

keinen Kriegszustand bedeute und nicht einmal unvermeidlich zum Kriege führen müsse.

Note wurde im ganzen günstig von Presse aufgenommen, die ungewöhnlichen Ton durch die Umstände gerechtfertigt hält. Finanzkreise sind über Heftigkeit des Tons bestürzt und die Börse erlebte starke Kursstürze.

Allgemeine Meinung geht dahin, daß serbische Regierung Forderungen nicht annehmen kann und daß Tag der Abrechnung mit Serbien gekommen ist.

Wahrscheinlichkeit russischen Eingreifens wird bestritten oder außer acht gelassen und Regierung erwartet offenbar, Krieg werde lokalisiert bleiben, trotz dem Umstand, daß sie ihre Sache durch ihre Maßlosigkeit geschädigt hat.

Ich höre, daß, wenn zufriedenstellende Antwort nicht bis Samstag eingeht, am Sonntag morgen acht Armeekorps mobilisiert werden und daß Monitore bereits nach unterer Donau gesandt wurden.

(Nach Wien geschickt)

Vgl. *Berichte No. 191 und 242*

(33704)

No. 107

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 51

Belgrad, den 24. Juli 1914

A. 24. Juli 8⁰ nachm.

E. 25. Juli 8⁰ vorm.

Ich höre, daß man im Kriegsfall keinen Versuch zur Verteidigung Belgrads machen und daß sich Regierung nach Kruschewatz und von da möglicherweise nach Nisch begeben wird.

(Nach Wien gesandt)

(33789)

No. 108

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 168

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

A. 12³² nachm.

E. 12⁰ mittags

Ihr Telegramm No. 207 vom 24. Juli nach Paris¹⁾.

Minister des Äußern fragte mich gestern, ob Sie Weisungen nach Wien geschickt hätten. Da er die Frage wahrscheinlich wiederholen wird, wäre es mir angenehm zu wissen, was ich sagen soll.

¹⁾ No. 91.

Vermerke

Unser Telegramm an Sir G. Buchanan von heute nachmittag (No. 353)¹⁾ wird es Sir G. Buchanan klargemacht haben, welches die Haltung und Ansichten Seiner Majestät Regierung sind. — E. A. C. 25. Juli.

Heute morgen sollte an Sir M. de Bunsen ein Telegramm mit dem Auftrag gesandt werden, ein Ersuchen des russischen Botschafters in Wien um Fristverlängerung allgemein zu unterstützen²⁾.

Das ist das Telegramm, das Sir G. Buchanan zugehen soll. — E. G.

(33828)

No. 109

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

Erhalten 25. Juli

(Tel.) No. 167. *En clair*

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

Folgendes amtliches Communiqué heute veröffentlicht:

„Die eingetretenen Ereignisse und das von Österreich-Ungarn an Serbien gerichtete Ultimatum beschäftigen die Regierung aufs lebhafteste. Sie verfolgt aufmerksam die Entwicklung des serbisch-österreichischen Konflikts, der Rußland nicht gleichgültig lassen kann.“

(Gleichlautend nach Paris No. 225)

Siehe Bericht No. 196

(33845)

No. 110

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 101

Wien, den 25. Juli 1914

A. 12⁵ nachm.

E. 1⁴⁵ nachm.

Sprache heutiger Morgenblätter hinterläßt den Eindruck, daß man völliges Nachgeben Serbiens weder erwartet noch wünscht. Amtlich wird verkündet, daß der österreichische Gesandte Auftrag hat, mit Stab der Gesandtschaft Belgrad zu verlassen, falls bis heute abend 6 Uhr Note nicht bedingungslos angenommen ist.

Minister des Äußern begibt sich heute nach Ischl, um dem Kaiser serbische Antwort bei Eintreffen persönlich zu übermitteln.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 20 veröffentlicht

¹⁾ No. 112.

²⁾ No. 118.

(33846)

No. 111

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 53

Belgrad, den 25. Juli 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 2¹⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 17 vom 24. Juli ¹⁾: Österreich und Serbien.

Ich habe meinen russischen Kollegen und neuen französischen Gesandten, der eben aus Konstantinopel eingetroffen ist, gesprochen und sie von Ihren Ansichten in Kenntnis gesetzt. Sie sind noch ohne Weisungen von ihren Regierungen. Infolgedessen und in Anbetracht beabsichtigter versöhnlicher Form der serbischen Antwort (siehe mein vorhergehendes Telegramm von heute ²⁾) habe ich bislang abgesehen, serbischer Regierung Rat zu erteilen.

Es erscheint mir höchst wahrscheinlich, daß russische Regierung der serbischen schon dringend äußerste Mäßigung anempfohlen hat. (Gleichlautend nach Paris und St. Petersburg)

Im BB No. 22 (paraphrasiert) veröffentlicht

(33673)

No. 112

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 353

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

A. 2¹⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 166 vom 24. Juli ³⁾: Österreich und Serbien.

Sie haben unter sehr schwierigen Umständen bezüglich Haltung Seiner Majestät Regierung ganz richtige Sprache geführt. Ich bin vollkommen damit einverstanden und kann von seiten Seiner Majestät Regierung nicht mehr versprechen.

Ich bin nicht der Ansicht, daß hiesige öffentliche Meinung es gutheißen würde oder sollte, wenn wir wegen des serbischen Streitfalls in den Krieg träten.

Falls der Krieg aber ausbricht, könnten wir durch Entwicklung anderer Fragen hineingezogen werden, und ich bin daher bestrebt, den Krieg zu verhüten.

Der schroffe, unerwartete und peremptorische Charakter der österreichischen Demarche macht es fast unvermeidlich, daß Österreich und Rußland in kurzem gegeneinander mobilisiert haben werden.

¹⁾ No. 102.

²⁾ No. 114.

³⁾ No. 101.

In diesem Falle scheint mir die einzige Friedensmöglichkeit darin zu liegen, daß die andern vier Mächte gemeinsam Österreich und Rußland auffordern, Grenze nicht zu überschreiten und den vier in Wien und St. Petersburg tätigen Mächten Zeit zu lassen, Beilegung der Sache zu versuchen.

Wenn Deutschland sich dieser Auffassung anschließt, bin ich entschieden der Ansicht, daß Frankreich und wir danach handeln sollten¹⁾. Italien würde zweifellos gerne mitwirken.

Doch die Mitwirkung Deutschlands wäre notwendig. Weder Rußland noch Österreich würden eine diplomatische Intervention oder Vermittlung dulden, wenn sie nicht offensichtlich unparteiisch wäre und Freunde oder Verbündete beider Seiten einschloße.

(Gleichlautend nach Paris No. 218/19: „Verständigen Sie Außenminister“)

Im BB No. 24 (leicht paraphrasiert) veröffentlicht

(33847)

No. 113

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 120

Rom, den 25. Juli 1914

A. 1¹⁵ nachm.

E. 2³⁵ nachm.

Ihre Telegramme No. 190 und 191 vom 24. Juli¹⁾.

Ich erfuhr heute morgen, daß der Generalsekretär Kenntnis von der Anregung hatte, Deutschland, Italien, Frankreich und wir sollten in Wien und St. Petersburg im Sinne der Mäßigung wirken, falls Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bedrohlich würden.

Seiner Ansicht nach wird sich Österreich-Ungarn nur durch bedingungslose Annahme der Note durch Serbien zurückhalten lassen, (? insofern als) (? sonst) Besetzung serbischen Gebiets geplant ist. Italienische Regierung hat Nachricht, daß Österreich von Salonikibahn Besitz zu ergreifen gedenkt.

Im BB No. 19 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹⁾ Siehe No. 116.

²⁾ No. 99.

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 52

Belgrad, den 25. Juli 1914

A. 12³⁰ nachm.E. 3⁰ nachm.

Antwort auf österreichische Note wird gegenwärtig im Ministerrat abgefaßt. Unterstaatssekretär des Auswärtigen teilt mir mit, daß sie in versöhnlichster Form gehalten sein und österreichischen Forderungen so weit als nur möglich entgegenkommen wird. Er gab mir im voraus kurze Zusammenfassung vorgesehener Antwort.

Serbische Regierung willigt ein, Erklärung im amtlichen Organ zu veröffentlichen. Die zehn Punkte werden mit Vorbehalten angenommen. Serbische Regierung erklärt sich mit gemischter Untersuchungskommission einverstanden, sofern dargetan werden kann, daß Einsetzung solcher Kommission in Einklang mit internationalem Brauch ist. Sie willigt ein, jene Offiziere zu entlassen und unter Anklage zu stellen, deren Schuld klar nachgewiesen werden kann, und sie hat bereits den in österreichischer Note erwähnten Offizier verhaftet. Sie ist einverstanden, Narodna Odbrana zu unterdrücken.

Serbische Regierung ist der Ansicht, daß österreichische Regierung, falls sie nicht Krieg um jeden Preis will, die in serbischer Antwort angebotene volle Genugtuung annehmen wird.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 21 (paraphrasiert) veröffentlicht
Vgl. No. 111*

Sir Edward Grey an den deutschen Botschafter

Den 25. Juli 1914

Verehrter Fürst Lichnowsky,

Anbei eine Vorhersage der serbischen Antwort, die ich eben erhalten habe¹⁾. Mir scheint, daß sie einen günstigen Eindruck in Wien machen müßte, aber es ist schwer für jeden, der nicht Verbündeter ist, der österreichischen Regierung nahezulegen, wie sie diese Antwort auffassen sollte.

Ich hoffe, daß, wenn die serbische Antwort bei ihrem Eintreffen in Wien dieser Vorhersage entspricht, die deutsche Regierung sich

¹⁾ No. 114.

in der Lage sehen wird, auf die österreichische Regierung einzuwirken, die Antwort günstig aufzunehmen.

Ihr aufrichtig ergebener
E. Grey

Anlage: Die ersten beiden Absätze von Herrn Crackanthorpes Telegramm No. 52¹⁾

*Der deutsche Botschafter hat dies wörtlich auf Englisch
nach Berlin telegraphiert
Siehe DD No. 186 und 191a*

(34198)

No. 116

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold

(Tel.) No. 197

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914
A. 3^o nachm.

Ich habe deutschem Botschafter gesagt, österreichischer Botschafter sei ermächtigt worden, mir mitzuteilen, daß Vorgehen Österreichs nach Ablauf der Frist in Abbruch diplomatischer Beziehungen und in militärischen Vorbereitungen, aber nicht Operationen, bestehen würde. Ich bemerkte, damit werde ein Stadium der Mobilmachung eingeschoben, ehe die Grenze tatsächlich überschritten würde, was aufzuschieben ich gestern dringend empfohlen hatte.

Anscheinend würden wir uns jetzt bald dem Augenblick gegenübersehen, da sowohl Österreich wie Rußland mobil gemacht hätten. Wenn sie das täten, bestünde die einzige Friedensaussicht darin, daß die vier Mächte Deutschland, Rußland (*sic*)²⁾, Frankreich und wir zusammenhielten und vereint Österreich und Rußland ersuchten, Grenze nicht zu überschreiten, bis wir Zeit gehabt hätten, Beilegung der Sache zwischen ihnen zu versuchen.

Deutscher Botschafter las mir ein Telegramm vom deutschen Auswärtigen Amt vor, daß Deutschland die scharfe Sprache österreichischer Note an Serbien nicht vorher gekannt und ebensowenig wie andere Mächte damit zu tun gehabt habe; nachdem Österreich die Note aber hinausgeschickt, könne es nicht mehr zurückweichen³⁾. Der Botschafter bemerkte indes, daß, was ich ins Auge faßte, Vermittlung zwischen Rußland und Österreich sei; das sei etwas anderes; er meinte, Österreich könne das in Würde annehmen und er sprach sich persönlich günstig über meinen Vorschlag aus.

¹⁾ No. 114.

²⁾ Es sollte „Italien“ heißen.

³⁾ Siehe DD No. 153.

Ich bestätigte die Richtigkeit seiner Bemerkung und sagte, ich fühlte mich nicht berechtigt, zwischen Serbien und Österreich zu intervenieren; sobald die Frage aber auf Österreich und Rußland übergreife, würde es sich um den Frieden Europas handeln, und dabei hätten wir alle mitzuwirken.

Ich verwies ihn nachdrücklich darauf, daß, falls Österreich und Rußland mobilisierten, die Teilnahme Deutschlands bei jeder diplomatischen Friedensaktion notwendig sei. Allein könnten wir nichts machen. Ich hätte keine Zeit gehabt, die französische Regierung, die gegenwärtig auf Reisen sei, zu befragen und ich könne ihrer Ansicht nicht sicher sein; aber wenn die deutsche Regierung bereit sei, meiner Anregung zuzustimmen, wäre ich bereit, der französischen Regierung zu erklären, daß ich dies für das richtige Vorgehen hielte.

(Gleichlautend nach Paris No. 221/22; Rom 192/93; Wien No. 355/56 und St. Petersburg No. 154/55: „Nur zu Ihrer persönlichen Information“)

Im BB No. 25 (paraphrasiert) veröffentlicht

Vgl. No. 112

Siehe den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unterredung in DD No. 180 und 179

(34243)

No. 117

Mitteilung des russischen Botschafters, 25. Juli 1914

Graf Benckendorff gab mir die Anlage. Ich sagte ihm, daß Sir M. de Bunsen den Auftrag erhalte, dies zu unterstützen ¹⁾. — E. G. 25. Juli 1914.

M. Sazonoff télégraphie au Chargé d’Affaires de Russie à Vienne en date du 11 (24) juillet, 1914:

„La communication du Gouvernement Austro-Hongrois aux Puissances le lendemain de la présentation de l’ultimatum à Belgrade ne laisse aux Puissances qu’un délai tout à fait insuffisant pour entreprendre quoi qu’il soit d’utile pour l’aplanissement des complications surgies.

Pour prévenir les conséquences incalculables et également néfastes pour toutes les Puissances qui peuvent suivre le mode d’action du Gouvernement Austro-Hongrois, il nous paraît indispensable qu’avant tout le délai donné à la Serbie pour répondre soit

¹⁾ No. 118.

prolongé. L'Autriche-Hongrie se déclarant disposée à informer les Puissances des données de l'enquête sur lesquelles le Gouvernement Impérial et Royal base ses accusations, devrait leur donner également le temps de s'en rendre compte.

En ce cas si les Puissances se convainquaient du bien-fondé de certaines des exigences Autrichiennes, elles se trouveraient en mesure de faire parvenir au Gouvernement Serbe des conseils en conséquence.

Un refus de prolonger le terme de l'ultimatum priverait de toute portée la démarche du Gouvernement Austro-Hongrois auprès des Puissances et se trouverait en contradiction avec les bases mêmes des relations internationales.

Le Prince Koudachef est chargé de communiquer ce qui précède au Cabinet de Vienne."

M. Sazonoff espère que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique adhérera au point de vue exposé, et il exprime l'espoir que Sir Edward Grey voudra bien munir l'Ambassadeur d'Angleterre à Vienne d'instructions conformes.

Mit Übersetzung im BB No. 13 veröffentlicht; siehe auch R No. 4

(34199)

No. 118

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 153

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914
A. 3¹⁵ nachm.

Russischer Botschafter hat mir ein Telegramm mitgeteilt, das seine Regierung an russischen Botschafter in Wien mit Auftrag gesandt hat, es dem Minister des Äußern bekanntzugeben. Sein wesentlicher Inhalt besagt¹⁾:

„Die Serbien für eine Antwort gewährte Frist ist so kurz, daß die Mächte keine Schritte zum Abwenden der drohenden Verwicklungen unternehmen können. Die russische Regierung hegt die Hoffnung, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Frist verlängern wird, und da diese sich bereit erklärt hat, den Mächten das Material vorzulegen, auf das sie ihre Forderungen an Serbien gestützt hat, hofft die russische Regierung, daß dies Material vorgelegt wird, so daß die Mächte die Sache zu prüfen vermögen, und wenn sie finden, daß einige der österreichischen Forderungen wohlbegründet sind, wären sie in der Lage, die serbische Regierung entsprechend zu beraten. Sollte die österreichisch-ungarische Regierung einer Frist-

¹⁾ No. 117.

verlängerung abgeneigt sein, dann würde sie nicht nur gegen die internationale Moral verstoßen, sondern auch ihrer Mitteilung an die Mächte jede praktische Bedeutung nehmen.“

Sie können den von Ihrem russischen Kollegen getanen Schritt in allgemeinen Ausdrücken unterstützen, aber seit Abgang der Weisung hörten wir zu unserer Erleichterung, daß die von der österreichisch-ungarischen Regierung zu unternehmenden Schritte sich vorderhand auf Abbruch der Beziehungen und militärische Vorbereitungen, nicht aber Operationen, beschränken sollen. Wenn österreichisch-ungarische Regierung es daher für zu spät hält, die bereits festgesetzte Frist zu ändern, so vertraue ich doch darauf, daß sie jedenfalls in dem von Rußland gewünschten Sinne und aus den angegebenen Gründen Zeit gewähren wird, ehe sie zu unwiderruflichen Schritten übergeht.

(Gleichlautend nach Paris No. 220 und St. Petersburg No. 354)

*Im BB No. 26 (mit geringfügigen Wortänderungen) veröffentlicht
Vgl. No. 108*

(34242)

No. 119

Mitteilung des serbischen Gesandten

Den 25. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Der serbische Gesandte sprach heute vor, um eine Abschrift der österreichischen Note zu überreichen. Ich sagte ihm, daß wir bereits ein Exemplar hätten. Er war beauftragt hinzuzufügen, daß, als der österreichische Gesandte Herrn Paschitsch die Note überreichte*, jener mündlich erklärt habe, er werde mit seinem Stab Belgrad verlassen müssen, wenn er bis heute nachmittag 6 Uhr keine zufriedenstellende Antwort erhalte.

Der serbische Gesandte sollte auf Wunsch des Herrn Paschitsch des weitern erklären, daß er nach Zusammenberufung seiner Kollegen eine Antwort erwägen werde, daß aber keine serbische Regierung imstande sein würde, die österreichischen Forderungen „dans leur ensemble“ anzunehmen. Herr Paschitsch gebe sich der Hoffnung hin, Seiner Majestät Regierung würde Serbien unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen ihre Unterstützung leihen¹⁾.

(Das Telegramm war von vorgestern datiert)

Ich erwiderte, daß wir in einem Meinungsaustausch mit andern Regierungen begriffen wären und daß ich ihm keine Informationen

¹⁾ Vgl. S No. 34 und 35.

* Die Note wurde dem Finanzminister Patschu überreicht, der den abwesenden Ministerpräsidenten Paschitsch vertrat. Paschitsch kehrte erst am 24. Juli zurück.

geben könne, doch habe ich ihm mündlich das Wesentliche von dem mitgeteilt, was Herr Gruitsch Herrn Crackanthorpe bezüglich des serbischen Antwortentwurfes gesagt hatte¹⁾.

A. N.

(33849)

No. 120

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 228

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

A. 4³⁰ nachm.

Ich habe deutschem Botschafter die in Herrn Crackanthorpes Telegramm No. 52 vom 25. Juli enthaltene und an Sie weitergegebene Vorhersage der serbischen Antwort mitgeteilt¹⁾. Ich habe gesagt, daß, wenn serbische Antwort nach Erhalt in Wien dieser Vorhersage entspricht, ich hoffte, die deutsche Regierung werde sich in der Lage sehen, auf die österreichische Regierung einzuwirken, die Antwort günstig aufzunehmen²⁾.

(Auch nach Berlin No. 200 und nach St. Petersburg No. 360 gesandt)

Im BB No. 27 veröffentlicht

(33854)

No. 121

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 81

Paris, den 25. Juli 1914

A. 3¹⁵ nachm.

E. 5³⁰ nachm.

Stellvertretender politischer Direktor sagt, französische Regierung habe von der österreichischen noch nicht die in Ihrem heutigen Telegramm No. 216 erwähnte Erklärung³⁾ erhalten; sie habe Serbien aber durch hiesigen serbischen Gesandten ähnlichen Rat wie laut Ihrem gestrigen Telegramm No. 17 nach Belgrad erteilt⁴⁾.

Im BB No. 15 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹⁾ No. 114.

²⁾ No. 115.

³⁾ No. 105.

⁴⁾ No. 102.

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 90

Berlin, den 25. Juli 1914

A. 3¹⁶ nachm.E. 6⁰ nachm.Ihr Telegramm No. 196 vom 24. Juli ¹⁾ ausgeführt.

Staatssekretär des Auswärtigen sagt, er habe, nachdem er heute morgen 10 Uhr ein Telegramm deutschen Botschafters in London erhalten ²⁾, sofort deutschen Botschafter in Wien beauftragt, österreichischem Minister des Äußern Ihren Vorschlag betreffs einer Fristverlängerung mitzuteilen und mit Seiner Exzellenz darüber zu sprechen ³⁾. Leider sei Graf Berchtold Zeitungsnachrichten zufolge in Ischl und Staatssekretär glaubte, daß unter diesen Umständen Verzögerungen eintreten und Fristverlängerung schwer zu erlangen sein würde. Staatssekretär bemerkte, er wisse nicht, was Österreich-Ungarn an Ort und Stelle verwendungsbereit hätte, aber er gab ganz offen zu, daß österreichisch-ungarische Regierung den Serben eine Lektion zu erteilen wünsche und daß sie militärisch vorzugehen gedenke. Er gab auch zu, daß serbische Regierung gewisse Forderungen Österreich-Ungarns nicht schlucken könne.

Staatssekretär meinte, eine beruhigende Erscheinung in Lage sei, daß Graf Berchtold russischen Vertreter in Wien zu sich gebeten und ihm gesagt habe, Österreich-Ungarn beabsichtige nicht, sich serbischen Gebiets zu bemächtigen. Dieser Schritt sollte seiner Ansicht nach einen beruhigenden Einfluß auf St. Petersburg ausüben. Ich fragte, ob nicht zu befürchten sei, daß Österreich durch militärische Maßnahmen gegen Serbien öffentliche Meinung Rußlands gefährlich erregen würde. Er sagte, das glaube er nicht. Er blieb bei Ansicht, daß Krise lokalisiert werden könne. Ich warf ein, daß Telegramme aus Rußland in heutigen Morgenblättern nicht sehr beruhigend lauten, doch er beharrte auf seiner optimistischen Auffassung bezüglich Rußlands. Er bemerkte, er habe der russischen Regierung zu verstehen gegeben, daß das Letzte, was Deutschland wünsche, ein allgemeiner Krieg sei, und er würde alles in seiner Macht stehende tun, solch ein Unheil zu verhüten. Wenn die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland bedrohlich würden, sei er durchaus bereit, auf Ihren Vorschlag einzugehen, daß die vier Mächte mäßigend auf Wien und St. Petersburg einwirken sollten.

Vertraulich

Staatssekretär wiederholte wiederum ernstlichst, er habe keine vorherige Kenntnis vom Inhalt der österreichisch-ungarischen Note

¹⁾ No. 99.²⁾ DD No. 157.³⁾ DD No. 164, 171. Vgl. Oe II No. 32.

gehabt, obwohl er beschuldigt worden sei, alles über sie gewußt zu haben. Privatim bekannte er, daß die Note als diplomatisches Dokument viel zu wünschen übrig lasse.

Hiesiger französischer Botschafter erfährt aus Wien, Österreicher seien bereit, mit acht Armeekorps vorzugehen.

(Nach Wien gesandt)

(Gleichlautend nach Paris No. 233, Rom No. 209 und St. Petersburg No. 370)

Im BB No. 18 (nur vorletzten Absatz paraphrasiert, aber ohne den letzten Absatz) veröffentlicht

(33884)

No. 123

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 82

Paris, den 25. Juli 1914

A. 4²⁰ nachm.

E. 8⁰ nachm.

Das „Echo de Paris“ meldet, der deutsche Botschafter habe gestern auf Ministerium des Äußern mündlich mitgeteilt, daß deutsche Regierung Inhalt und Form österreichischer Note an Serbien billige, daß deutsche Regierung hoffe, Auseinandersetzung zwischen Wien und Belgrad werde lokalisiert bleiben, und daß etwaige Einmischung einer dritten Macht ernste Spannung unter den beiden Mächtegruppen hervorrufen würde. Das „Echo de Paris“ greift auf Grund dieser Meldung Deutschland und Österreich heftig an, indem es sie beschuldigt, einen Augenblick zu wählen, da England und Rußland mit Ulster beziehungsweise Streik in St. Petersburg beschäftigt und Präsident der französischen Republik und Ministerpräsident auf hoher See sind, um Dreiverband demütigen zu wollen, wobei Mordtat von Serajewo lediglich Vorwand sei.

Deutscher Botschafter hat auf Ministerium des Äußern protestiert und behauptet, daß deutsche Regierung Inhalt der Note nicht kannte und erst wie andere Regierungen nach ihrer Überreichung unterrichtet wurde. Deutscher Botschafter hat weiter erklärt, Deutschland sei äußerst darum besorgt, daß Streit streng lokalisiert bleibe und keine dritte Macht eingreife, da solche Einmischung infolge Bündnisbestimmungen zu sehr gefährlicher Lage führen müsse. Deutscher Botschafter erklärte stellvertretendem politischem Direktor, dies sei keine Drohung.

Vom „Echo de Paris“ ist bekannt, daß es in enger Beziehung zur russischen Botschaft steht.

(Gleichlautend nach St. Petersburg)

Vgl. Bericht No. 193, sowie F No. 36 und DD No. 169, 170

(33852)

No. 124

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 102

Wien, den 25. Juli 1914

A. 6³⁰ nachm.

E. 9¹⁰ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Folgende Nachricht ist bestätigt:

Chef des Stabes benachrichtigte italienischen Militärattaché gestern abend, daß bis zum Eintreffen serbischer Antwort keine Maßnahmen außer kleinere Vorsichtsmaßregeln getroffen würden. Vorbereitungen für sofortige Mobilmachung seien beendet und Befehl würde im Falle Nichtempfangs oder bei unbefriedigender Antwort ohne Verzug erlassen werden. Gewöhnliche Wachen seien heute bei Tagesanbruch an allen Hauptbahnen, Arsenalen und Depots ausgestellt.

Folgendes aus guter Quelle, jedoch nicht voll bestätigt:

Eine Abteilung Belagerungstrain mit schweren Haubitzen verließ heute morgen 3 Uhr Südbahnhof.

Nach guter Quelle, jedoch noch ohne endgültige Bestätigung, soll einleitende (? Mobilmachung) sich auf XV., XVI., XIII., V., VII. Korps sowie 20. und 41. Honveddivision erstrecken. (Zwei Gruppen nicht entzifferbar) XII. Korps und eine andere Budapester Honveddivision. Erachte (Gruppe nicht entzifferbar) mobilisieren gleichzeitig mit galizischem Korps (mehrere Gruppen nicht entzifferbar) wahrscheinlich.“

(33883)

No. 125

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

(Tel.) No. 169. Streng vertraulich

A. 8⁰ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Durch Privatbrief teilte ich Außenminister heute morgen Inhalt Ihres Telegramms No. 216 vom 25. Juli nach Paris¹⁾ mit und besprach heute nachmittag mit ihm die vom französischen Botschafter angeregte Mitteilung an serbische Regierung, die in Ihrem Telegramm No. 17 vom 24. Juli nach Belgrad erwähnt ist²⁾.

Was ersteres betrifft, bemerkte Minister des Äußern, daß Erklärung des österreichischen Botschafters sich nicht ganz mit Nach-

¹⁾ No. 105.

²⁾ No. 102.

richt decke, die ihm von deutscher Seite zugegangen sei. Bezüglich des zweiten Punktes stimmten Seine Exzellenz und französischer Botschafter darin überein, daß es für solch eine Mitteilung zu spät sei, da gestellte Frist heute abend abläuft. Minister des Äußern sagte, Serbien sei durchaus bereit zu tun, was Sie vorgeschlagen und die schuldig Befundenen zu bestrafen, aber man könne von keinem unabhängigen Staat erwarten, erhobene politische Forderungen anzunehmen. Zuzufolge einer Unterredung, die er mit serbischem Gesandten gestern hatte, glaubte Minister des Äußern, daß serbische Regierung im Falle österreichischen Angriffs Belgrad räumen, ihre Truppen ins Innere zurückziehen und gleichzeitig Mächte um Beistand anrufen würde. Seine Exzellenz sprach sich für solch einen Appell aus. Die 1908 (*sic*) von Serbien übernommenen Verpflichtungen, auf die österreichisches Ultimatum verweist, seien Mächten und nicht Österreich gegenüber eingegangen und er möchte Frage auf internationale Grundlage gestellt sehen. Sollte Serbien Mächte anrufen, dann wäre Rußland durchaus bereit, sich abseits zu halten und Sache England, Frankreich, Italien und Deutschland zu überlassen. Es sei möglich, fügte er hinzu, daß Serbien vorschläge, Frage Schiedsspruch zu unterwerfen.

Minister des Äußern teilte uns dann mit, heute morgen habe Kaiser im Ministerrat unter seinem Vorsitz Entwurf kaiserlichen Ukases genehmigt, der erst veröffentlicht werden soll, wenn Minister des Äußern Augenblick für seine Inkraftsetzung gekommen erachtet, und der Mobilmachung von 1 100 000 Mann anordnet. Notwendige einleitende Vorbereitungen für Mobilmachung würden jedoch sofort begonnen werden. Als ich ernstliche Hoffnung ausdrückte, Rußland werde Krieg durch Mobilisierung nicht übereilt herbeiführen, ehe Sie Zeit gehabt hätten, Ihren Einfluß zugunsten des Friedens geltend zu machen, versicherte mir Seine Exzellenz, daß Rußland keine aggressiven Absichten habe und zu Handlungen nur, wenn ihm aufgezungen, schreiten werde.

Französischer Botschafter bemerkte sodann, er habe eine Anzahl Telegramme vom stellvertretenden Minister des Äußern erhalten; kein einziges von ihnen verrate geringstes Anzeichen von Unschlüssigkeit und er sei in der Lage, Seiner Exzellenz formelle Zusicherung zu geben, daß sich Frankreich vorbehaltlos an Seite Rußlands stelle.

Nachdem er ihm gedankt, wandte sich Außenminister an mich mit Frage: „Und Ihre Regierung?“ Ich entgegnete, Sie gäben Lage noch nicht für verloren und Hauptsache sei, Zeit zu gewinnen. Ich wiederholte, was ich dem Kaiser in Audienz gesagt hatte — siehe meinen geheimen Bericht No. 100 vom 3. April [Auszüge unten] —, daß England nämlich Rolle des Vermittlers in Berlin und Wien zweckmäßiger als Freund spielen könne, der sich, falls seine Ratschläge der Mäßigung unbeachtet blieben, eines Tages in einen Verbündeten verwandeln könnte,

als wenn es sich sofort zum Verbündeten Rußlands erklären würde. Seine Exzellenz meinte, Deutschland sei leider überzeugt, daß es auf unsere Neutralität rechnen könne. Mit Ausnahme der „Times“ stünde fast die gesamte Presse Englands auf seiten Österreichs, das Herr Gladstone mit „Hände weg“ gewarnt habe. Die Sinne der Leute seien (Gruppe nicht entzifferbar). Sie verstünden nicht, daß Vorgehen Österreichs in Wahrheit gegen Rußland gerichtet sei. Es strebe danach, gegenwärtigen Status quo auf dem Balkan umzustürzen und dort seine eigene Hegemonie aufzurichten. Er glaubte nicht, daß Deutschland wirklich den Krieg wolle, aber seine Haltung würde durch die unsere bestimmt. Wenn wir uns entschlossen an die Seite Frankreichs und Rußlands stellten, gäbe es keinen Krieg, ließen wir sie aber jetzt im Stich, so würden Ströme von Blut fließen und wir würden schließlich doch in den Krieg hineingezogen werden.

Französischer Botschafter bemerkte, französische Regierung würde sogleich wissen wollen, ob unsere Flotte bereit sei, die ihr durch englisch-französische Marinekonvention zugewiesene Rolle zu spielen¹⁾. Er vermöge nicht zu glauben, daß England seinen beiden Freunden, die in dieser Sache Hand in Hand gingen, nicht beistehen werde.

Ich tat mein möglichstes, um Minister des Äußern zur Vorsicht zu mahnen, und warnte ihn, daß, wenn Rußland mobilisiere, Deutschland sich nicht mit bloßer Mobilmachung begnügen oder Rußland Zeit zur Ausführung der seinen lassen, sondern wahrscheinlich sofort den Krieg erklären würde. Seine Exzellenz versicherte mir nochmals, er wünsche den Konflikt nicht zu überstürzen, aber falls Deutschland Österreich nicht zurückzuhalten vermöge, könne ich Lage als verzweifelt betrachten. Rußland könne nicht zulassen, daß Österreich Serbien erdrücke und vorherrschende Macht auf dem Balkan werde, und Rußland würde, des französischen Beistandes sicher, alle Gefahren des Krieges auf sich nehmen. Unsere eigene Lage ist höchst gefährvoll und wir werden zu wählen haben, ob wir Rußland aktiv unterstützen oder auf seine Freundschaft verzichten wollen. Wenn wir es jetzt im Stich lassen, können wir nicht hoffen, jenes freundschaftliche Zusammengehen mit ihm in Asien fortzusetzen, das von solch vitaler Bedeutung für uns ist. Haltung Italiens scheint, nach Minister des Äußern, lauwarm zu sein und Österreich hat es anscheinend nicht vorher zu Rate gezogen.

(Nach Paris gesandt)

*Im BB No. 17 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile)
veröffentlicht*

¹⁾ Der französische Botschafter hatte keinen Auftrag seiner Regierung, diese Frage aufzuwerfen. Es handelte sich lediglich um eine private Bemerkung des Botschafters, die aus seiner eigenen persönlichen Auffassung der Lage entsprang. Siehe Einleitung Seite XXVI.

Auszüge aus einem Bericht Sir G. Buchanans an Sir Edward Grey,
datiert St. Petersburg, den 3. April 1914

Erhalten 7. April

(Privat)

Auf die europäische Lage übergehend sagte der Kaiser, daß die einzige Frage, die ihn beunruhige, die albanische sei. Er wisse nicht, ob es auf die Dauer möglich sein werde, die Kooperation Österreichs und Italiens mit den anderen Mächten aufrechtzuerhalten, oder ob jene nicht das Konzert verlassen und eine Politik der Teilung einschlagen würden. In diesem Falle würden sie sicher in Streit miteinander geraten, und da dies eine Schwächung des Dreibundes bedeutete, so würden sich einige ausgleichende Vorteile daraus ergeben. Er bedauerte die Griechen sehr, da sie hinsichtlich der augenblicklichen Lage in Epirus wie auch der Inselfrage ziemlich hart behandelt würden. Sollten die Inseln neutralisiert werden, dann scheine es nur fair zu sein, wenn die Mächte sie gegen einen Angriff der Türkei garantierten. Er wisse indessen nicht, was da geschehen könne. Es sei die alte Geschichte. Europa sei in zwei Lager geteilt und es sei unmöglich, das Konzert zum Zusammenarbeiten zu bringen.

Dies veranlaßte Seine Majestät zu der Bemerkung, daß er gerne eine engere Verbindung zwischen England und Rußland hergestellt sehen würde, wie zum Beispiel ein Bündnis rein defensiven Charakters. Als ich darauf die Befürchtung äußerte, daß dies gegenwärtig undurchführbar sei, meinte der Kaiser, wir könnten jedenfalls ein ähnliches Übereinkommen schließen, wie es zwischen Seiner Majestät Regierung und der Regierung der französischen Republik bestünde. Ich antwortete, daß mir die Bedingungen dieses Übereinkommens unbekannt seien. Seine Majestät sagte, er sei auch in Unkenntnis darüber, glaube aber, daß, wenn wir auch keine wirkliche Militärkonvention mit Frankreich hätten, wir doch erörtert und vereinbart hätten, was jedes der beiden Länder bei gewissen Eventualitäten zu tun habe. Auf meine Bemerkung, das Herüberschaffen eines Expeditionskorps, das mit der russischen Armee kooperieren solle, käme aus materiellen Gründen nicht in Frage, sagte der Kaiser, daß, selbst wenn dies ausführbar wäre, es gar keinen Zweck habe, da er übergenug Truppen im Lande hätte. Es möchte jedoch vorteilhaft sein, sich im voraus über das Zusammenwirken der britischen und russischen Flotte zu verständigen. Bis zum Jahre 1917 hoffe er 8 Dreadnoughts in der Ostsee zu haben und im Kriegsfall müßten die Deutschen mehr als diese Anzahl von Schiffen zu ihrer Überwachung detachieren. Er würde niemals die Entsendung einer britischen Flotte in die baltischen Gewässer vorschlagen und zwar wegen der Gefahren, denen sie durch Minen im Belt und durch Angriffe einer den Nordostseekanal passierenden überlegenen deutschen Flotte ausgesetzt wäre. Indes würde das Vorhandensein einer russischen Flotte in der Ostsee die Lage der britischen Flotte in der Nordsee erleichtern. Augenblicklich, fuhr Seine Majestät fort, beschränke sich unsere Verständigung auf Persien und er sei entschieden der Meinung, daß diese Verständigung entweder durch irgendein Übereinkommen, wie er es vorgeschlagen habe, oder durch eine schriftliche Formel ausgedehnt werden sollte, welche die Tatsache einer englisch-russischen Kooperation in Europa zum Ausdruck bringen würde.

Ich erwiderte dem Kaiser, darüber könne ich nicht im Namen Seiner Majestät Regierung sprechen, aber ich persönlich würde jedes Übereinkommen begrüßen, das dazu diene, die englisch-russischen Beziehungen zu festigen. Ich müsse mir jedoch die Frage vorlegen, ob, angenommen England wäre im vergangenen Jahr der Verbündete Rußlands gewesen, es diesem wirkungsvollere Dienste hätte leisten können, als es ihm in Wirklichkeit als Freund geleistet habe. Während der langwierigen Balkankrise habe England bei verschiedenen

Gelegenheiten die Rolle eines Vermittlers in Berlin und Wien zu spielen vermocht und es sei seiner freundschaftlichen Intervention zu verdanken gewesen, daß man zu einer mehr oder weniger befriedigenden Lösung der serbischen Hafenfrage gelangt sei und daß Österreich in bezug auf Djakowa und Dibra nachgegeben habe, die das Hindernis für eine freundschaftliche Regelung der so überaus wichtigen Skutarifrage bildeten. Es sei meines Erachtens zweifelhaft, ob wir in Berlin oder Wien so viel hätten erreichen können, wenn wir als der Verbündete Rußlands an diese beiden Regierungen herantreten wären, wogegen der Umstand, daß wir nur ein Freund seien, der sich in einen Verbündeten verwandeln könnte, falls Deutschland und Österreich Rußland einen Krieg aufzwingen sollten, die Mittelmächte viel geneigter machte, auf uns zu hören. Wenn Rußland in der Frage von Adrianopel nachgeben müssen, so sei dies nicht so sehr auf irgend etwas zurückzuführen, was Seiner Majestät Regierung getan oder unterlassen habe, als vielmehr auf den Wunsch der französischen Regierung, daß Rußland nichts unternehmen möge, was etwa die Einmischung Deutschlands hervorrufen könnte. In der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel habe Seiner Majestät Regierung wiederum mit ganz beträchtlichem Erfolg ihre freundschaftlichen Dienste in Berlin verwertet.

Der Kaiser gab die Richtigkeit meiner Ausführungen über die Franzosen und die Frage von Adrianopel zu und erkannte auch die mannigfachen Dienste an, die Seiner Majestät Regierung Rußland während der Krise geleistet hatte. An meiner Argumentierung möge, wie er meinte, etwas sein, er würde es aber dennoch vorziehen, unsere jetzige Verständigung einen präzisieren und bestimmteren Charakter annehmen zu sehen

(33859)

No. 126

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 3

Budapest, den 25. Juli 1914

A. 9⁴⁴ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Ich erfahre, daß serbische Antwort kurz vor 6 Uhr auf österreichisch-ungarischer Gesandtschaft einging und daß, da sie unbefriedigend befunden wurde, Gesandtschaft mit Stab Belgrad verlassen hat.

Einberufung von Reservisten hat hier begonnen.

(Nach Wien gesandt)

(33855)

No. 127

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 85

Paris, den 25. Juli 1914

A. 7¹⁰ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Ich habe stellvertretenden Minister des Äußern gesprochen.

Er hatte keinen Vorschlag zu machen, außer daß man in Wien sowohl wie in Belgrad zur Mäßigung raten könnte. Er hofft, Antwort

serbischer Regierung auf österreichische Note werde soweit zufriedenstellend lauten, um Ergreifen äußerster Maßnahmen seitens österreichischer Regierung vorzubeugen, er meint aber, es würde eine Revolution in Serbien geben, wenn serbische Regierung österreichische Forderungen in ihrer Gesamtheit annähme.

Im BB No. 16 (paraphrasiert) veröffentlicht

(33858)

No. 128

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 91

Berlin, den 25. Juli 1914

A. 8¹⁵ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Österreich-Ungarn und Serbien.

Ich habe Eindruck, daß nach Ansicht hiesiger österreichisch-ungarischer Botschaft Lokalisierung der Krise zwischen Österreich-Ungarn und Serbien davon abhängen wird, ob und, wenn ja, bis zu welchem Grade Rußland und Frankreich im Falle allgemeiner Verwicklungen auf aktive Unterstützung Seiner Majestät Regierung glauben rechnen zu können.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Belgrad)

(33856)

No. 129

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 86. Vertraulich

Paris, den 25. Juli 1914

A. 8³⁰ nachm.

E. 11¹⁵ nachm.

Ihren heutigen telegraphischen Erlaß No. 219¹⁾ heute abend erhalten. Ich werde stellvertretendem Minister des Äußern erforderliche Mitteilung machen, sobald ich im Besitz St. Petersburger Telegramms No. 166 vom 24. Juli²⁾ bin.

Heute nachmittag drückte ich stellvertretendem Minister des Äußern die Ansicht aus, in demokratischen Ländern wie England und Frankreich könne ein Krieg nicht ohne Unterstützung der öffentlichen Meinung gemacht werden, und ich sei sicher, daß öffentliche Meinung Englands einen Krieg zur Unterstützung Rußlands nicht gutheißen

¹⁾ No. 112.

²⁾ No. 101.

würde, wenn es als Beschützer der Slawen wegen österreichisch-serbischer Differenzen einen Streit mit Österreich vom Zaune brechen würde. Er gab zu, aber nicht als Minister, daß es in einem Fall wie dem gegenwärtigen schwierig wäre, öffentliche Meinung Frankreichs in Kampf Stimmung zu versetzen.

(33998)

No. 130

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 54

Belgrad, den 25. Juli 1914

A. 10⁰ nachm.

E. 11³⁰ nachm.

Mobilmachung angeordnet.

(33857)

No. 131

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 55

Belgrad, den 25. Juli 1914

A. 9²⁰ nachm.

E. 11³⁰ nachm.

Österreichischer Gesandter um 6³⁰ abgereist. Regierung hat sich nach Nisch begeben, wo Skupschtina auf Montag einberufen wurde. Heute abend wird diplomatischem Korps Sonderzug zur Verfügung gestellt. Ich reise mit meinen andern Kollegen ab und nehme eine Chiffer mit. Vizekonsul bleibt und hat Chiffren und Archive (? in) Verwahrung.

(Nach Wien gesandt)

*Im BB No. 23 (paraphrasiert und unter Auslassung einzelner Stellen)
veröffentlicht*

(34450)

No. 132

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

No. 295. Vertraulich

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich teilte Graf Benckendorff heute mit, was ich diesen Morgen dem deutschen Botschafter über die Möglichkeit eines gemeinsamen

Zusammenwirkens von Deutschland, Italien, Frankreich und England gesagt hatte, um den Frieden zu wahren, nachdem Österreich und Rußland mobilisiert hätten¹⁾).

Graf Benckendorff war sehr besorgt, meine Äußerungen möchten in Deutschland den Eindruck erwecken, als wären Frankreich und England uneins mit Rußland*.

Ich bemerkte, Frankreich und England würden meiner Anregung gemäß nicht uneiniger mit Rußland sein als Deutschland mit seinem Verbündeten Österreich. Ich hätte dem Fürsten Lichnowsky gegenüber betont, daß die Teilnahme Deutschlands an solch einer diplomatischen Vermittlung eine Hauptbedingung sei, und die Lage gestalte sich für Rußland gewiß nicht unbefriedigend, wenn Frankreich und England an sich hielten, vorausgesetzt, daß Deutschland ein Gleiches tue.

Graf Benckendorff drang darauf, ich solle Deutschland zu erkennen geben, daß wir im Kriegsfall nicht unbeteiligt bleiben würden.

Ich erwiderte, ich hätte durch nichts zu verstehen gegeben, daß wir unbeteiligt bleiben würden; ich hätte dem deutschen Botschafter im Gegenteil gesagt, daß ich mich nicht zur Einmischung berechtigt fühle, solange es sich um einen Streitfall zwischen Österreich und Serbien handle, daß aber in dem Augenblick, wo er auf Österreich und Rußland übergreife, eine Frage des europäischen Friedens daraus würde, die uns alle angehe. Ich wäre ferner bei meiner Unterredung von der Annahme ausgegangen, daß Rußland mobilisieren werde, während die deutsche Regierung bisher offiziell angenommen habe, daß Serbien keine Unterstützung erhalten würde; und meine Äußerungen müßten die deutsche Regierung veranlassen, die Sache ernst zu nehmen. In der Tat verlangte ich von der deutschen Regierung, die die österreichischen Forderungen an Serbien unterstützt habe, sie solle, wenn Rußland gegen Österreich mobilisiere, Österreich auffordern, unter der Drohung der russischen Mobilmachung eine Einschränkung seiner Forderungen in Betracht zu ziehen. Das zu tun wäre nicht leicht für Deutschland, selbst wenn wir gleichzeitig Rußland vereint ersuchen würden, eine Aktion aufzuschieben. Ich befürchtete auch, Deutschland würde antworten, daß seine Mobilmachung eine Frage von Stunden, die russische eine Frage von Tagen sei, und daß ich tatsächlich verlangt hätte, Deutschland solle im Falle der russischen Mobilmachung gegen Österreich, anstatt gegen Rußland zu mobilisieren, seine Mobilmachung aufschieben und sich unserer Intervention in Wien anschließen, wodurch es seinen Zeitgewinn opfere; denn wenn die diplomatische Intervention fehlschläge, würde Rußland mittlerweile Zeit für seine Mobilmachung gewonnen haben.

¹⁾ No. 116.

* Eigentlich „von Rußland getrennt“ (detached from Russia).

Es sei zwar richtig, daß ich direkt nichts darüber gesagt hätte, ob wir im Falle eines europäischen Konfliktes daran teilnehmen würden oder nicht, und ich könne das auch nicht sagen; aber mein der deutschen Regierung gemachter Vorschlag biete Rußland absolut keinen Anlaß für eine Klage und ich befürchte nur, daß sich bezüglich seiner Annahme durch die deutsche Regierung Schwierigkeiten ergeben könnten. Ich hätte den Vorschlag auf meine eigene Verantwortung gemacht und bezweifle nicht, daß er der beste im Interesse des Friedens sei.

Ich bin usw.

E. Grey

In Grey Band I Seite 317 veröffentlicht

Anmerkung. Dieser Erlaß, der ursprünglich im Blaubuch unter No. 28 aufgenommen war, wurde später im Auftrag Sir Edward Greys fortgelassen (siehe Einleitung Seite XVII). Die Gründe dafür waren laut einem Brief des parlamentarischen Unterstaatssekretärs an einen Korrespondenten vom 7. November 1914 wie folgt:

„Der Erlaß stellte die Aufzeichnung einer Unterredung zwischen Sir Edward Grey und einem der Botschafter [Graf Benckendorff] dar, in der der Botschafter nicht den gleichen Standpunkt hinsichtlich eines Vorschlags von Sir Edward Grey einnahm wie später seine Regierung, und Sir Edward Grey dachte, es wäre freundlicher gegen den Botschafter, diesen Umstand nicht zu veröffentlichen.“

Während Graf Benckendorff Einwendungen gegen Sir Edward Greys Vorschlag einer Vermittlung durch die vier Mächte erhob, war Sasonow, wie sich zeigen wird, gemäß No. 125 bereit, auf den Gedanken einzugehen.

(34451)

No. 133

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

No. 217. Vertraulich

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der italienische Botschafter suchte mich heute auf.

Ich teilte ihm in allgemeinen Ausdrücken mit, was ich dem deutschen Botschafter heute morgen gesagt habe¹⁾.

Der italienische Botschafter stimmte dem wärmstens bei. Er machte kein Hehl aus der Tatsache, daß Italien den Krieg sehnlichst vermieden zu sehen wünscht.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 29 veröffentlicht

¹⁾ No. 116.

No. 134

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Privat) Britische Botschaft, Paris, den 25. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Ich glaube nicht, daß, wenn Rußland wegen der österreichisch-serbischen Differenz einen Streit mit Österreich vom Zaune bricht, die öffentliche Meinung Frankreichs dafür wäre, Rußland in einer solch schlechten Sache zu unterstützen.

Folglich wird die französische Regierung wahrscheinlich der russischen empfehlen, jeden Übereifer zu zügeln, den sie etwa geneigt sein möchte, zugunsten ihres serbischen Schützlings zu entfalten.

Ihr aufrichtig ergebener

Francis Bertie

(33853)

No. 135

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 103. *En clair*

Wien, den 25. Juli 1914

A. 25. Juli 11²⁰ nachm.

E. 26. Juli 8⁰ vorm.

Serbische Antwort auf die österreichisch-ungarischen Forderungen wird nicht als befriedigend angesehen und der österreichisch-ungarische Gesandte hat Belgrad verlassen. Man hält Kriegsausbruch für unmittelbar bevorstehend. In Wien herrscht höchste Begeisterung. Russische Botschaft wird von Truppen bewacht, um wiederholte Versuche feindseliger Kundgebungen seitens der ungeheuren, die Straßen durchziehenden Volksmengen zu vereiteln.

Im BB No. 31 (ohne die beiden letzten Sätze) veröffentlicht

(33886)

No. 136

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 104

Wien, den 26. Juli 1914

A. 11⁵ vorm.

E. 1⁰ nachm.

Folgendes vergangene Nacht vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung erhalten:

„Nach soeben aus guter Quelle erhaltener, aber nicht endgültig bestätigter Nachricht werden Armeen gegen Serbien wie folgt zusammengesetzt sein:

Potiorek, Hauptquartier Serajewo, XV. und XVI. Korps.

Ritter von Frank, Hauptquartier Agram, mit Auftrag, gegen Belgrad zu operieren, XIII. Korps unterstützt durch Detachements des (? II.) und III. Korps.

Ritter von Auffenberg, Hauptquartier Budapest, mit Auftrag, über Temesvar im Morawatal aufwärts zu rücken, IV. und VII. Korps unterstützt durch 20. Honveddivision.

VI. Korps und 41. Honveddivision in Reserve.

XII. Korps bleibt zur Beobachtung von Rumänien.

Jedes Korps besteht nur aus zwei gewöhnlichen Armeedivisionen. Zunächst alles in allem: siebzehn Divisionen, einschließlich XII. Korps. Außerdem sind sechs selbständige Honveddivisionen und eine mobile Brigade für jedes Armeekorps verfügbar.

Einberufung der Reservisten hat begonnen.

Es herrscht großer Zweifel über die Haltung Rumäniens.“

(33869)

No. 137

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 14

Kristiania, den 26. Juli 1914

A. 11⁵⁰ vorm.

E. 1⁰ nachm.

Morgenblätter melden, deutsche Flotte, zusammen achtundzwanzig große Schiffe, habe Befehl erhalten, sich während vergangener Nacht bei vorher bestimmtem Punkt an der norwegischen Küste zu sammeln.

(33868)

No. 138

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 13. *En clair*

Kristiania, den 26. Juli 1914

A. 11⁵⁰ vorm.

E. 1³⁰ nachm.

Wie verlautet, ist Kaiser Wilhelm gestern abend 6 Uhr von Balestrand abgefahren und begibt sich direkt nach Kiel.

Sir A. Nicolson an Sir Edward Grey (Itchen Abbas)

a)

(Tel.)

(Undatiert — 26. Juli)

Ich glaube, unsere einzige Hoffnung, einen allgemeinen Konflikt zu verhüten, besteht darin, daß wir sofort die Anregung Sasonows laut zweitem Absatz des Ihnen heute morgen zugehenden Telegramms Buchanans No. 169¹⁾ aufgreifen und daß Sie nach Berlin, Paris und Rom telegraphieren, man möge die betreffenden hiesigen Botschafter ermächtigen, zu einer Konferenz mit Ihnen zusammenzutreten, um einen Ausweg zur Vermeidung von Verwicklungen zu suchen, und daß Wien, Serbien und St. Petersburg ersucht werden sollen, bis zu Ergebnissen der Konferenz allseitig von aktiven militärischen Operationen abzusehen. Dies Telegramm wäre gleichlautend nach Wien, Belgrad und St. Petersburg zur Mitteilung an Minister des Äußern mit Weisung zu schicken, danach zu trachten, daß vorgeschlagene Verpflichtungen bezüglich militärischer Fragen zugestanden werden, da von dieser Zusicherung Zusammentritt der Konferenz notwendigerweise abhängen würde. Wenn Sie einverstanden, bitte an Resident Clerk zu telegraphieren, dem ich Telegrammentwürfe im obigen Sinn übergebe.

b)

Sir Edward Grey an Resident Clerk, Auswärtiges Amt, London S.W.

(Tel.)

Itchen Abbas, den 26. Juli 1914

A. 2² nachm.

Ich bin mit Nicolson's Telegrammentwürfen einverstanden und sie sind abzusenden (No. 140/41). — E. Grey

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 232

Auswärtiges Amt, den 26. Juli 1914

A. 3⁰ nachm.

Fragen Sie Minister des Äußern, ob er geneigt wäre, hiesigen Botschafter anzuweisen, unverzüglich mit Vertretern von Italien, Deutschland und Frankreich zu einer hier abzuhaltenden Konferenz mit mir zusammenzutreten, um einen Ausweg zur Vermeidung von

¹⁾ No. 125.

Verwicklungen zu suchen. Im Verfolg dieser Absicht sollten Vertreter in Wien, St. Petersburg und Belgrad bei Übermittlung obigen Vorschlags an Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, ermächtigt werden zu ersuchen, daß alle aktiven militärischen Operationen bis zu Ergebnissen der Konferenz aufgeschoben werden sollten.

(Gleichlautend nach Wien No. 159; St. Petersburg No. 365 und Nisch No. 18)

(Auch nach Berlin No. 204 und Rom No. 198 gesandt)

Im BB No. 36 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34200)

No. 141

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 160

Auswärtiges Amt, den 26. Juli 1914

A. 3^o nachm.

Mein heutiges Telegramm nach Paris No. 232¹⁾.

Sie wollen Auftrag ausführen, sobald Ihr italienischer, deutscher und französischer Kollege gleiche Weisungen erhalten haben.

(Auch nach St. Petersburg No. 366 und Belgrad No. 19 gesandt)

(33887)

No. 142

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 105

Wien, den 26. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 3¹⁵ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Folgendes nach französischen Nachrichten aus Budapest (*sic*):

Potiorek, XV. und XVI. Korps. Von Frank XIII. und IV. Korps und 41. Honveddivision. Von Auffenberg VI. und VII. Korps und 20. Honveddivision. XII. Korps gegen Rumänien bereit gehalten. I., X. und XI. Korps, von Brudermann, gegen Rußland bereit gehalten. General Böhm-Ermolli als Führer Reservearmee bestimmt, XIV., VIII., IX., II. und III. Korps, falls welche der letzteren später benötigt werden.

Ungefähre Stärke Potioreks: 4 Marschdivisionen und 2 Reservebrigaden, 100 000 Mann. Von Frank: 5 Marschdivisionen, 2 mobile

¹⁾ No. 140.

Divisionen, 2 weitere Honveddivisionen, 156 000 Mann. Von Auffenberg wie von Frank: 12 (*sic.* ? 2) Korps, 2 Marschdivisionen, 1 weitere Honveddivision, 1 Marschbrigade, 68 000 Mann. Alles zusammen 480 000 Mann, ausschließlich selbständiger Kavalleriedivisionen und Landsturmtrouppen. Nach unverbürgten Nachrichten soll Erzherzog Friedrich Oberbefehl übernehmen.“

(33885)

No. 143

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 234

Auswärtiges Amt, den 26. Juli 1914

A. 3³⁰ nachm.

Berliner Telegramm No. 90 vom 25. Juli¹⁾.

Es ist wichtig zu erfahren, ob Frankreich nötigenfalls vorgeschlagener Aktion der vier Mächte zustimmen wird.

Im BB No. 37 veröffentlicht

No. 144

Sir A. Nicolson an Sir Edward Grey

Cadogan Gardens 53, S.W., den 26. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Ich telegraphierte Ihnen einen Gedanken²⁾, der mir kam, nachdem ich Buchanans Telegramm No. 169³⁾ gelesen hatte. Es scheint mir die einzige Aussicht zu sein, einen Konflikt zu vermeiden — es ist, wie ich zugebe, eine sehr geringe Aussicht — aber auf jeden Fall werden wir unser Äußerstes getan haben. Berlin spielt mit uns. Jagow hat Ihren Vorschlag, in Wien zu intervenieren und von uns und Frankreich unterstützt zu werden, nicht wirklich angenommen, sondern hat Ihre Anregung bloß „weitergegeben“ und seinem Botschafter Weisung erteilt, darüber zu sprechen. Das ist nicht das, was beabsichtigt oder gewünscht wurde. Mensdorff bat mich heute nachmittag um eine Unterredung. Er kam nur, um amtlich mitzuteilen, daß die Beziehungen mit Serbien abgebrochen seien und daß Serbien mobilisiere. Er fragte mich, was für Nachrichten wir aus St. Petersburg hätten. Ich sagte ihm, die Lage werde dort naturgemäß höchst

¹⁾ No. 122.

²⁾ No. 139.

³⁾ No. 125.

ernst beurteilt, aber ich gab ihm keine Einzelheiten. Ich sah Benckendorff, dem ich Buchanans 169¹⁾ vorlas. Er wußte nichts Neues, verwies mich aber nachdrücklich darauf, daß Lichnowsky überzeugt sei, wir könnten unbeteiligt und neutral bleiben — eine unglückliche Überzeugung, da, wenn Deutschland einsehen würde, daß auf unsere Neutralität durchaus nicht zu rechnen sei und man von uns nicht erwarten könne, gleichgültig zu bleiben, wenn ganz Europa in Flammen stünde, ein hemmender Einfluß auf Berlin ausgeübt werden würde.

Ich habe eben gehört, daß Sie meinen Vorschlag gebilligt haben — das freut mich, wiewohl ich nicht hoffnungsvoll bin. Indessen sollte keine Chance vernachlässigt werden.

Ich habe mit Stamfordham zu Mittag gespeist. Er erzählte mir, Prinz Heinrich sei gestern herübergekommen und habe heute morgen mit dem König gefrühstückt. Prinz Heinrich sagte, wenn Rußland marschiere, gebe es im Innern Revolution und die Dynastie würde gestürzt werden. Das ist Unsinn — aber es zeigt, wie eifrig die Deutschen bestrebt sind, uns vorzumachen, daß Rußland ruhig bleiben werde, und auszustreuen, daß wir uns ebenso still verhalten werden — ein törichtes Verfahren — (Prinz Heinrich ist nach Deutschland zurückgekehrt).

Ihr aufrichtig ergebener
A. Nicolson

(34244)

No. 145

Der deutsche Botschafter an Sir Edward Grey

Carlton House Terrace 9, S. W., den 26. Juli 1914

Verehrter Sir Edward,

Wie ich aus Berlin höre, sind dort von vertrauenswürdiger Seite Nachrichten eingelangt, daß Rußland beabsichtigt, mehrere Reservistenjahrgänge einzuberufen. In diesem Falle würden wir zu Gegenmaßnahmen gezwungen sein, da dies einer Mobilisierung auch gegen uns gleichkommen würde.

Da meine Regierung immer noch hofft, den Krieg lokalisieren und den europäischen Frieden erhalten zu können, bin ich beauftragt, Sie zu bitten, in diesem Sinne in St. Petersburg zu wirken²⁾.

Ich verbleibe usw.

Lichnowsky

P. S. Meine Regierung nimmt die von Ihnen angeregte Vermittlung zu vieren an³⁾.

¹⁾ No. 125.

²⁾ Siehe DD No. 199.

³⁾ Siehe No. 116, sowie DD No. 192.

Mitteilung des deutschen Botschafters

Den 26. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Fürst Lichnowsky sprach heute nachmittag mit einem dringenden Telegramm seiner Regierung vor, wonach sie Nachricht erhalten habe, daß Rußland „Reservistenjahrgänge“ einberufe, was Mobilisierung bedeute. Falls diese Mobilmachung an der deutschen Grenze stattfände, werde Deutschland gezwungen sein, selbst zu mobilisieren — und Frankreich würde dem natürlich folgen. Fürst Lichnowsky war daher beauftragt zu ersuchen, wir möchten bei der russischen Regierung darauf dringen, nicht zu mobilisieren. Die Deutschen würden nichts gegen eine Teilmobilmachung, zum Beispiel in Odessa oder Kiew, einzuwenden haben — sie könnten aber eine Mobilmachung an der deutschen Grenze nicht gleichgültig hinnehmen.

Ich sagte dem Fürsten Lichnowsky, daß wir keine Nachricht hinsichtlich einer allgemeinen Mobilmachung oder überhaupt einer augenblicklichen Mobilmachung hätten. (Der Ukas, der die Mobilmachung von 1 100 000 Mann befiehlt, ist noch nicht ausgegeben)¹⁾. Es wäre indes schwierig und heikel für uns, Petersburg zu bitten, gar nicht zu mobilisieren — wenn Österreich eine derartige Maßnahme beabsichtige — und man würde uns nicht anhören. Die Hauptsache sei, aktive militärische Operationen möglichst zu verhindern — und ich gab Fürst Lichnowsky allgemein von dem Vorschlag einer Konferenz zu vieren hier Kenntnis, den Sie in Paris, Rom und Berlin unter der Bedingung gemacht hätten, daß Rußland, Österreich und Serbien bis zu den Ergebnissen der Konferenz aktive militärische Operationen aufschieben sollten²⁾. Dem Fürsten Lichnowsky gefiel der Vorschlag.

(Er war sehr aufgeregt)

A. N.

*Siehe DD No. 236 und 218**Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey*

(Tel.) No. 92

Berlin, den 26. Juli 1914

A. 2³⁰ nachm.E. 4³⁰ nachm.

Österreich-Ungarn und Serbien.

Vor der österreichischen Botschaft fand gestern abend eine Kundgebung statt und große Volksmassen zogen, vaterländische Lieder und

¹⁾ Siehe No. 125.²⁾ No. 140.

die österreichische Nationalhymne singend, durch die Hauptstraßen. Deutsche öffentliche Meinung fährt fort, Österreich-Ungarn kräftig zu unterstützen. Bislang war Publikum der Stärke österreichischer Sache so sicher, daß es überzeugt war, Konflikt mit Serbien werde lokalisiert bleiben. Jetzt tauchen Anzeichen auf, daß deutsche Öffentlichkeit und Presse anfangen, Ernst der Lage zu begreifen. Obschon sie den Krieg nicht wollen, sind sie doch entschlossen, Österreich-Ungarn durchzuhelfen.

Kaiser kehrt unerwartet heute abend zurück und Unterstaatssekretär des Auswärtigen sagt, Auswärtiges Amt bedaure diesen Schritt, der auf eigene Initiative Seiner Majestät erfolgt sei. Man befürchtet, plötzliche Rückkehr Seiner Majestät könne Vermutungen Raum geben und Aufregung verursachen. Ferner teilte mir Unterstaatssekretär mit, deutscher Botschafter in St. Petersburg habe berichtet, daß russischer Außenminister im Gespräch mit ihm geäußert habe, Rußland werde nicht gleichgültig bleiben, falls Österreich Stücke serbischen Gebiets annektiere. Unterstaatssekretär folgerte daraus, daß Rußland nicht eingreifen werde, wenn Österreich kein Gebiet annektiert.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 33 (nur den letzten Absatz) veröffentlicht

(33864)

No. 148

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 122

Rom, den 26. Juli 1914

A. 3⁴⁵ nachm.

E. 5³⁰ nachm.

Österreichisch-serbischer Konflikt.

Meinen Eindrücken nach wird italienische Regierung, selbst wenn Rußland zur Unterstützung Serbiens einschreiten sollte, zu argumentieren versuchen, daß, da Österreich Italien vor Überreichung der Note nicht befragt habe und es durch die Art seines Angriffs auf Serbien Rußland zwangsläufig herausforderte, der im Bündnis vorgesehene *casus foederis* nicht eintreten würde. Man gibt jedoch zu, daß Deutschland anderer Meinung ist.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

(33891)

No. 149

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 94

Berlin, den 26. Juli 1914

A. 7³⁵ nachm.

E. 8¹⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 228 nach Paris¹⁾.

Unterstaatssekretär des Auswärtigen hat mir soeben telephonierte, deutscher Botschafter in Wien habe Weisung erhalten, österreichisch-ungarischer Regierung Ihre Hoffnung zu übermitteln, sie möge die serbische Antwort günstig aufnehmen, wenn sie der im Belgrader Telegramm No. 52 enthaltenen Vorhersage²⁾ entspricht.

Nach Ansicht Unterstaatssekretärs bedeutet bloße Tatsache dieser Mitteilung an österreichisch-ungarische Regierung, daß sich deutsche Regierung Ihrer Hoffnung bis zu einem gewissen Grad anschließt. Sie sieht sich nicht in der Lage, darüber hinauszugehen.

(Gleichlautend nach Paris und St. Petersburg)

Im BB No. 34 veröffentlicht

Vgl. No. 115, sowie DD No. 186 (Fußnote 2)

Vermerke

Sehr hinterhältig von seiten der deutschen Regierung. Vermutlich wird Sir E. Grey dem Fürsten Lichnowsky ein Wort über diese etwas eigentümliche Art sagen, mit unserem Vorschlag zu verfahren, daß Deutschland sich uns anschließen solle, eine Mitteilung in Wien zu machen. — E. A. C. 27. Juli.

Dies ist der zweite Fall, in dem sich Herr von Jagow ähnlich verhalten hat. — A. N.

(33888)

No. 150

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 106. Vertraulich

Wien, den 26. Juli 1914

A. 7⁰ nachm.

E. 10⁰ nachm.

Deutscher Botschafter hat mir seinen zuversichtlichen* Glauben ausgedrückt, Rußland werde sich, nachdem es Zusicherung erhalten, daß Österreich-Ungarn kein serbisches Gebiet annektieren werde, während Züchtigung, die an Serbien zu vollziehen Österreich-Ungarn

¹⁾ No. 120.

²⁾ No. 114.

* Im Original: his confidential belief. Das ist offenbar ein Schreibfehler für: his confident belief. Confidential = vertraulich, confident = zuversichtlich. Der Herausgeber der englischen Akten hat daher hinter confidential (*sic*) eingefügt.

entschlossen ist, ruhig verhalten. Ich fragte ihn, ob er nicht glaube, öffentliche Meinung könnte russische Regierung zwingen, zugunsten eines stammverwandten Volkes einzugreifen. Er entgegnete, Tage panslawistischer Agitation in Rußland seien vorüber. Moskau sei vollkommen ruhig und alles hänge von Persönlichkeit russischen Außenministers ab, der, wenn er wolle, dem Druck etlicher Zeitungen leicht widerstehen könne. Seine Exzellenz hielt russischen Außenminister nicht für so unvorsichtig, einen Schritt zu tun, der voraussichtlich viele Rußland interessierende Fragen, wie die schwedische, polnische, ruthenische, rumänische und persische Frage, aufrollen würde. Auch sei Frankreich durchaus nicht in der Lage, es auf einen Krieg ankommen zu lassen.

Ich sagte, meiner Ansicht nach habe österreichisch-ungarische Regierung anderen Mächten Sache durch Ton des Ultimatus an Serbien ein wenig erschwert; man sympathisiere ja natürlich mit vielen Forderungen des Ultimatus, wenn sie nur maßvoller gefaßt worden wären. Deutscher Botschafter erklärte es für unmöglich, mit Serbien auf andere Weise wirksam zu reden. Deutschland wisse sehr gut, was es tue, wenn es Österreich-Ungarn in dieser Sache decke. Serbien verdiene Lektion und sei daran, sie zu erhalten, doch sollte der Streit nicht auf andere Länder übergreifen; Rußland habe kein Recht, sich Schutzherrschaft über Serbien anzumaßen, und er bezweifle, ob es so auftreten würde, als erhebe es Anspruch darauf.

Italienischer Botschafter sagt, der deutsche Botschafter habe ihm gegenüber genau dieselbe Sprache geführt, die sich auf gleiche Ansichten sowohl deutschen wie österreichischen Botschafters in St. Petersburg stütze. Italienischer Botschafter befürchtet, daß sie russische Untätigkeit allzu optimistisch einschätzt.

Deutscher Botschafter fragte mich, ob ich gehört hätte, daß serbische Regierung im letzten Augenblick Nachgiebigkeit geheuchelt habe. Seine Exzellenz hatte von einem Brief gehört, den Sie gestern an den deutschen Botschafter geschrieben haben und in dem Sie Hoffnung ausdrückten, daß die serbischen Zugeständnisse als befriedigend betrachtet würden¹⁾. Ich erwiderte, ich hätte gehört, daß Serbien bereit gewesen wäre, so ziemlich in jedem Punkt nachzugeben. Er bemerkte, das sei alles Schwindel, denn Serbien habe, ehe es sein Anerbieten machte, Mobilisierung und Abzug der Regierung aus Belgrad befohlen und damit bewiesen, wie gut es wußte, daß sein Anerbieten ungenügend sei, um berechtigige Forderungen Österreich-Ungarns zu befriedigen.

Im BB No. 32 (paraphrasiert und unter Auslassung einzelner Teile) veröffentlicht

¹⁾ No. 115 und DD No. 186 (Fußnote 2).

Vermerke

Das ist nur Herr von Tschirschky. — E. A. C. 27. Juli.

So ist's — und er verbreitet den Glauben, daß Rußland sich ruhig verhalten wird, wenn keine Annexionen vorgenommen werden! Wie wenig vermag er doch die wahre Lage zu erfassen! — A. N.

(33893)

No. 151

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 456

Konstantinopel, den 26. Juli 1914

A. 8⁵⁶ nachm.

E. 10⁰ nachm.

Ich habe allen Grund anzunehmen, daß Türkei in Hinblick auf Abbruch der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien abwartende Haltung einnehmen und sich in ihrer Politik von künftigen Ereignissen leiten lassen, aber gierig jede Gelegenheit ergreifen wird, verlorenes Gebiet wiederzugewinnen. Bis jetzt haben Anordnungen über Zusammenkunft zwischen Großwesir und Herrn Veniselos keine Änderungen erfahren und sie wird am 31. Juli stattfinden, falls Herr Veniselos nicht, was wahrscheinlich sein dürfte, nach Athen zurückkehren muß.

Russischer Botschafter ist sehr pessimistisch und der Ansicht, österreichische Aktion sei ebenso sehr gegen Dreiverband und besonders Rußland wie gegen Serbien gerichtet, indem Dreibund Augenblick für günstig halte, Prestigeverlust infolge jüngster Balkanereignisse wieder wettzumachen und Serbien völlig zu vernichten.

(33874)

No. 152

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 4

Budapest, den 26. Juli 1914

A. 5⁵⁰ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Budapest war gestern abend Schauplatz überaus stürmischer Volkskundgebungen für Krieg mit Serbien.

Heute früh wurden Zettel angeschlagen, die Teilmobilmachung Budapester Korps und gewisser Honvedregimenter befehlen; betreffende Reservisten haben sich innerhalb vierundzwanzig Stunden zu stellen. Landsturmleute müssen sich während der nächsten drei Tage melden.

General Putnik, Chef des serbischen Generalstabs, wurde gestern

abend auf der Fahrt nach Serbien durch Militärbehörden auf Bahnstation festgenommen.

(Nach Wien gesandt)

No. 153

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel. Privat)

St. Petersburg, den 26. Juli 1914

A. 8⁰ nachm.

E. 10⁴⁰ nachm.

Ich erlaube mir die Hoffnung auszudrücken, Sie möchten sich, falls Sie Erklärungen im Unterhaus abgeben, in der Lage sehen darzulegen, daß es nicht die Schuld Rußlands sondern Österreichs ist, wenn der Friede Europas gefährdet ist. Rußland hat sein möglichstes getan, Serbien zu veranlassen, alle österreichischen Forderungen anzunehmen, soweit sie nicht seinem Status als unabhängigem Land oder seinen bestehenden Gesetzen widersprechen. Österreich hat bislang durch nichts zu erkennen gegeben, daß es friedliche Lösung der Frage wünscht, und hat Rußland direkt herausgefordert. Gegen Serbien geführter Schlag sei, wie mir Außenminister gestern sagte, in Wirklichkeit gegen Rußland gerichtet.

Deutscher Botschafter hat gesprächsweise die in gewissen österreichfreundlichen liberalen Zeitungen zum Ausdruck gelangten Ansichten des Außenministers in dem Sinne zitiert, als würden sie die Ansichten Seiner Majestät Regierung und der britischen öffentlichen Meinung wiedergeben. Es wäre meines Erachtens höchst unklug, hier Glauben aufkommen zu lassen, daß unsere Sympathien auf seiten Österreichs sind. Unsere Lage ist sowieso schon recht heikel und Minister des Äußern erzählte mir gestern, Kaiser habe sich sehr enttäuscht geäußert, als er von ihm hörte, was ich bezüglich der wahrscheinlichen Haltung Seiner Majestät Regierung gesagt hatte (siehe mein Telegramm No. 166 vom 24. Juli¹⁾).

(33865)

No. 154

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 123

Rom, den 26. Juli 1914

A. 10⁶ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 232 nach Paris vom 26. Juli²⁾: Österreich und Serbien.

¹⁾ No. 101.

²⁾ No. 140.

Minister des Äußern begrüßt Ihren Vorschlag einer Konferenz und wird italienischem Botschafter heute abend entsprechende Weisung erteilen.

In bezug auf zweiten Absatz stimmt er zwar grundsätzlich zu, meint aber, es wäre klug, wenn Italien sich in seiner Stellung als Verbündeter an Berlin und Wien wende, bevor es daran geht, Österreich formell zu ersuchen, jede Aktion einzustellen.

Österreichischer Botschafter hat italienische Regierung heute abend benachrichtigt, Gesandter in Belgrad sei abberufen worden, was aber nicht Kriegserklärung bedeute.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 35 (ohne einen Abschnitt) veröffentlicht

(33867)

No. 155

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 172

St. Petersburg, den 26. Juli 1914

A. 8^o nachm.

E. 11^o nachm.

Durch kaiserlichen Ukas vom 26. Juli ist in Gouvernements von St. Petersburg und Moskau der „Zustand des außerordentlichen Schutzes“ erklärt worden, scheinbar im Hinblick auf Streiks. Diese sind aber so gut wie beendet, und Maßnahme steht zweifellos im Zusammenhang mit einsetzender Mobilmachung.

(34071)

No. 156

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 151. Vertraulich

Wien, den 19. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Gestern habe ich mich mit meinem italienischen und russischen Kollegen über den Pressefeldzug unterhalten, der gegenwärtig in Wien gegen Serbien geführt wird.

Herzog Avarna sagte mir, er habe Graf Berchtold am Tage vor-

her geradeheraus gefragt, ob die Lage als ernst zu betrachten sei. Graf Berchtold habe diesem bestimmten Ausdruck widersprochen, aber geäußert, die Beziehungen zu Serbien bedürften der Klärung und die Lage sei *peu sérène*. Der Herzog erkundigte sich dann, ob es wahr sei, daß eine scharfe Note in Belgrad überreicht werden solle, und drückte, wenn dem so sei, die Hoffnung aus, sie würde keine ungerechtfertigten Forderungen enthalten. Graf Berchtold erwiderte, er wisse selbst noch nicht, was geschehen werde. Die Untersuchung in Serajewo sei noch nicht abgeschlossen. Alles hänge von dem genauen Ergebnis der Untersuchung ab, die das zuständige Gericht gerade vornehme. Wahrscheinlich werde schließlich eine Mitteilung an die serbische Regierung gerichtet werden müssen. Es sei noch zu früh, um ihren Inhalt angeben zu können. Der italienische Botschafter gab mir zu verstehen, er habe Graf Berchtold vor der Gefahr gewarnt, durch die Presse bei der Öffentlichkeit die Erwartung wecken zu lassen, daß eine Art Ultimatum abgesandt und, falls Belgrad sich nicht sofort füge, Gewalt gebraucht würde. Der gegenwärtige Ton der „Neuen Freien Presse“ und anderer bedeutender Blätter, namentlich der „Reichspost“, dürfte diese Wirkung erzielen und die österreichisch-ungarische Regierung könnte am Ende in eine schwierige Lage geraten. Die Feindschaft des Volkes gegen Serbien würde dann bis zu einem solchen Grade aufgepeitscht worden sein, daß zur Befriedigung der öffentlichen Meinung eine Sprache mit der serbischen Regierung geführt werden müsse, die vielleicht eine gefährliche Krise herbeiführen würde. Herzog Avarna fügte hinzu, er habe den Minister des Äußern zum Schlusse auf die Nutzlosigkeit hingewiesen, gegen nationale Aspirationen dadurch vorzugehen, daß man zum Beispiel die Unterdrückung sogenannter vaterländischer Gesellschaften verlange, und es würde gut sein, die an Serbien zu stellenden Forderungen auf ein Verlangen zu beschränken, es solle dabei mitwirken, daß Förderer oder Mitschuldige des Verbrechens, die sich etwa in Serbien befänden, festgestellt und ihrer Strafe zugeführt würden. Seine Exzellenz nahm den Eindruck mit, daß Graf Berchtold, wenn die Zeit herangereift sei, mit der gebührenden Mäßigung und Vorsicht zu Werke gehen würde, daß es aber schwierig sein könne, der Allgemeinheit zu erklären, was man als Rückzug von der ursprünglich eingenommenen Haltung erachten würde.

Der russische Botschafter sagte mir, er habe wegen der Unsicherheit der Lage den Antritt seiner Urlaubsreise verschoben, fühle aber nun, daß er ruhig auf zwei oder drei Wochen fortgehen könne, und er werde wahrscheinlich in ein oder zwei Tagen nach Rußland abreisen. Hier herrsche jedoch eine sehr gereizte Stimmung gegen die Serben und er habe den Ballplatz über das Schweigen der serbischen Regierung verärgert gefunden, die seiner Ansicht nach mit Recht jede Aktion aufgeschoben habe, bis sie im Besitze konkreter

Anschuldigungen gegen bestimmte Personen sei, die ihr ein wirk-
sames Vorgehen gestatteten. Herr Schebeko beklagte die Heftigkeit
einiger Preßorgane und er lenkte meine Aufmerksamkeit auf eine
Anzahl in den gestrigen Blättern erschienener Artikel, in denen Aus-
lassungen der englischen Presse wiedergegeben und kommentiert
wurden, Auslassungen, die als Ermutigung der Doppelmonarchie ge-
deutet wurden, streng gegen Serbien einzuschreiten. In diesem Sinne
wurde zum Beispiel ein Artikel der „Times“ vom 16. Juli erwähnt,
und der Artikel der „Westminster Gazette“¹⁾ vom andern Tag wurde
in mehreren Wiener Zeitungen mit Überschriften wiedergegeben,
die ihn als eine vom amtlichen Organ der britischen Regierung an
Serbien gerichtete Warnung bezeichneten. Herr Schebeko fand, es
sei schade, daß die Flammen, die an sich schon nur allzu leicht auf-
loderten, auf diese Weise angefacht würden. Ich sagte Seiner Ex-
zellenz, die fraglichen Artikel seien sicher amtlich nicht inspiriert
worden, und ich bemerkte, sie schienen mir auf nicht mehr als den
Ausdruck der durchaus vernünftigen Ansicht hinauszulaufen, daß Ser-
bien in seinem eigenen Interesse vielleicht gut daran täte, ein Ver-
fahren gegen verdächtige Personen in Serbien einzuleiten, ohne eine
diesbezügliche peremptorische Forderung Österreich-Ungarns abzu-
warten. Der russische Botschafter erklärte, seine Regierung habe in
der St. Petersburger Presse ein Communiqué veröffentlicht, in dem
die Überzeugung zum Ausdruck gelangt, daß die österreichisch-
ungarische Regierung keine übermäßigen Forderungen erheben werde,
und dies sei als Wink gedacht gewesen, daß die österreichisch-unga-
rische Regierung gut daran tue, maßvoll vorzugehen. Er wollte gerne
wissen, ob die britische Regierung sich in der Lage sehen würde,
eine ähnliche Erklärung in der Presse zu veröffentlichen. Ich ent-
gegnete, ich vermöge gegenwärtig keinen Anlaß dafür zu erblicken,
soweit mir die Auslassungen der englischen Blätter bekannt wären.

Der französische Botschafter beklagt zwar die Sprache der
Presse und verfolgt mit einiger Besorgnis die Berichte, die ihm über
eine immer gereizter werdende Stimmung bosnischer Serben gegen
die Doppelmonarchie zugehen, er neigt aber im ganzen zur Ansicht,
die österreichisch-ungarische Regierung werde schließlich einsehen,
daß es klug wäre, einen bewaffneten Zusammenstoß mit Serbien zu
vermeiden. Wie er hört, wurde trotz den feindseligen Handlungen
der bosnischen Kroaten gegen ihre serbischen Nachbarn unmittelbar
nach der Mordtat die vor einigen Jahren zwischen den Kroaten und
Serben Kroatiens getroffene Vereinbarung durch die jüngsten Ereig-
nisse bloß zeitweilig gestört und werden sich die Serben und Kroaten
in den Südprowinzen der Doppelmonarchie wahrscheinlich gemeinsam
gegen zu bedrückende Maßnahmen wenden, die die gemeinsame Re-

¹⁾ No. 58, 73.

gierung vielleicht gegen sie ergreifen wird. Herr Dumaine hat, wie ich mich bereits beehrt habe, vertraulich in meinem Telegramm No. 93 vom 20. Juli zu berichten¹⁾, aus Paris erfahren, daß der dortige italienische Botschafter und der serbische Gesandte der französischen Regierung ihre Befürchtung anvertraut haben, Österreich-Ungarn könnte sich in einem Wutausbruch gegen Serbien dazu verleiten lassen, plötzlich einen Angriff auf den Berg Lovtschen zu unternehmen, eine Stellung, die Österreich-Ungarn, wenn einmal in seinen Händen, instand setzen würde, Montenegro seinen Willen zu diktieren und das bewaffnete Zusammenwirken von Montenegro und Serbien erfolgreich zu verhindern. Die Wegnahme des Berges Lovtschen würde unfraglich ein schwerer Schlag für Serbien sowohl wie Montenegro sein.

Ich gebe mich jedoch der Hoffnung hin, daß meine Kollegen, deren Ansichten ich kurz zusammenzufassen versucht habe, mit ihrem allgemeinen Glauben, kriegерische Verwicklungen würden vermieden werden, recht haben.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

(34114)

No. 157

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 33

Budapest, den 23. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf meinen Bericht No. 32 vom 17. d. Mts.²⁾ zu melden, daß gestern in der Abgeordneten-kammer nicht weniger als vier Interpellationen über die gegenwärtigen Schwierigkeiten mit Serbien, davon eine im Namen des Grafen Julius Andrássy, auf der Tagesordnung standen und daß die Erwiderungen des Grafen Tisza mit dem größten Interesse erwartet wurden.

Wie ich bereits die Ehre hatte, Ihnen telegraphisch zu berichten³⁾, erklärte Graf Tisza, daß er noch nicht in der Lage sei, die an ihn gerichteten Anfragen bezüglich eines ins Auge gefaßten Schrittes zu beantworten, er hoffe aber, bald eine ausführliche Erklärung abgeben zu können. Er führte aus, daß es im gegenwärtigen Augenblick nicht im Interesse des Landes liege, die Frage aufzurollen, die den Gegenstand der Interpellationen bilde.

Trotzdem begann eine Debatte, in der die Verwaltung von Bos-

¹⁾ No. 71.

²⁾ No. 82.

³⁾ No. 85.

nien und der Herzegowina, die von der gegenwärtigen Regierung den Südslawen gegenüber befolgten Methoden, sowie die Saumseligkeit und Entschlußlosigkeit scharf kritisiert wurden, die die Regierung bei Behandlung der infolge der Ermordung des Erzherzogs entstandenen Vorfälle an den Tag legte. Ein Redner ging so weit zu behaupten: „Die Lage in Ungarn und Österreich ist heute die, daß einige alte Herren, einige alte Exzellenzen und einige Generale sich zusammenschließen, den König hermetisch abschließen und das alte System des Fortwurstelns fortsetzen. Eine solche Politik kann vielleicht in Friedenszeiten verteidigt werden. Aber jetzt, in einem Augenblick der Krise, ist mehr Rücksicht, mehr Gerechtigkeit, mehr Mäßigung gegen die ungarische Opposition, und mehr Tatkraft und größere Entschlossenheit im Verkehr mit diesen alten Herren erforderlich.“

Graf Tisza erklärte, die auswärtige Lage sei nicht derart, daß man den Eintritt einer ernsten Wendung behaupten oder auch nur als wahrscheinlich hinstellen könnte; die außenpolitische Lage sei noch ungewiß und könne mit friedlichen Mitteln geschlichtet werden, obwohl er die Möglichkeit eines ernsten Konfliktes nicht ignorieren könne.

Die Debatte ging dann auf die Frage der scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Opposition, sowie auf den Schaden über, den sie dem Lande zu einer Zeit zufügten, wenn alle Parteien dem äußeren Feind eine einige Front entgegenstellen sollten. Nach vielen gegenseitigen Beschuldigungen versprach Graf Tisza in Erwiderung auf einen Appell des Grafen Julius Andrássy, daß, solange die gegenwärtige Spannung in den auswärtigen Beziehungen andauere, er alles in seiner Macht stehende tun werde, die Auswüchse der Parteikonflikte einzudämmen; zu diesem Zwecke könne er aber unter den gegenwärtigen Umständen, wenn er auch eine Verständigung mit der Opposition aufs äußerste anstrebe, sein Amt als Chef der Regierung nicht niederlegen, solange er das Vertrauen seiner Partei genieße. Seine Exzellenz schloß mit der Erklärung, er sei stets bereit gewesen, im geeigneten Augenblick die Initiative zur Herbeiführung normaler parlamentarischer Verhältnisse zu ergreifen, und er habe das Gefühl, daß der geeignete Augenblick durch irgendeine auswärtige Verwicklung geschaffen werden würde. Er sei jedoch bereit, nicht länger auf das Auftauchen solcher auswärtiger Verwicklungen zu warten, sondern sofort in Verhandlungen mit der Opposition einzutreten, um ein gesundes und geregeltes parlamentarisches Leben wiederherzustellen und der Opposition zu ermöglichen, einen Schleier über die Vergangenheit zu breiten*.

* Siehe über die Debatte die „Neue Freie Presse“, Wien, 23. Juli, Morgenblatt, No. 17927.

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese vortrefflichen Absichten verwirklichen oder ob sie bloß ein frommer Wunsch bleiben werden.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

(33912)

No. 158

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 299

Berlin, den 22. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß, als ich Herrn von Jagow an seinem gestrigen Empfangstage spät nachmittags sah, er von selbst die Sprache auf die Demarche brachte, die seitens der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad bevorstehe. Er hatte offenbar erwartet, daß die österreichisch-ungarische Regierung den Schritt inzwischen unternommen haben würde.

Ich sagte, daß ich mit Interesse das Communiqué gelesen hätte, das am 20. d. Mts. in der „Norddeutschen Zeitung“* erschienen sei¹⁾. Herr von Jagow erwiderte, dies Communiqué gäbe die Ansichten der deutschen Regierung getreu wieder. Er könne mir sagen, daß er es eigentlich selbst entworfen habe. Seine Exzellenz bemerkte beiläufig, er wisse, wenn auch die deutsche Börse schwach gewesen und es noch sei, doch ganz bestimmt, daß diese Schwäche auf die Machenschaften von Spekulanten zurückzuführen sei.

Herr von Jagow behauptete mit großem Nachdruck, daß die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebende Frage nur diese beiden Länder allein angehe. Österreich-Ungarn fühle, daß es die Sache mit Serbien ausfechten müsse, und er sah keinen Grund, warum sich dritte Parteien einmischen sollten. Bei dieser Auffassung fand er nicht, daß er sich hinsichtlich der bevorstehenden Demarche der österreichisch-ungarischen Regierung gegenüber irgendwie hätte äußern können.

Seine Exzellenz erklärte, daß er die serbische Regierung nicht der direkten Mitschuld an dem Anschlag beschuldige, der zur Ermordung des Erzherzogs geführt habe, er sei jedoch der Ansicht, daß die serbische Regierung infolge ihrer Duldung der ungezügelter Auslassungen eines Teiles der serbischen Presse für die Schaffung einer Lage mitverantwortlich sei, die das Verbrechen ermöglichte.

¹⁾ Vgl. No. 73, 77.

* Genauer: in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Er habe dem serbischen Gesandten wieder und wieder gesagt, es sei sehr erwünscht, daß Serbien seine Beziehungen zu Österreich-Ungarn in das richtige Verhältnis bringe und Maßnahmen treffe, um die serbische Presse zu überwachen. Der Gesandte habe entgegnet, die Presse in Serbien sei frei und seine Regierung vermöge sie nicht zu kontrollieren.

Herr von Jagow bemerkte zu mir, daß, wenn jemand einen Nachbarn habe, der entweder nichts tun könne oder nichts tun wolle, um einer Schädigung ein Ende zu machen, er das Recht habe, auf die bestmögliche Weise zur Selbsthilfe zu schreiten. Seine Exzellenz meinte, Österreich habe sich seit langem sehr nachsichtig gezeigt. Ich glaubte diese Bemerkung allgemein auf die österreichische Haltung in Balkanangelegenheiten beziehen zu sollen und dieser Eindruck fand eine Bestätigung, als Herr von Jagow hinzufügte, daß er den Sandschak annektiert hätte, wenn er damals österreichisch-ungarischer Minister des Äußern gewesen wäre.

Dies Gespräch hinterließ in mir den Eindruck, daß Herr von Jagow ein rasches und tatkräftiges Vorgehen Österreich-Ungarns im gegenwärtigen Zeitpunkt billigen würde und daß er vom allgemeinen Charakter der bevorstehenden Demarche in Belgrad Kenntnis hat.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

Vermerk

Das bestätigt den Eindruck, daß Herr von Jagow, wenn er überhaupt etwas getan, die Österreicher aufgehetzt hat. — E. A. C. 29. Juli.

(33914)

No. 159

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 301

Berlin, den 24. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die Berliner Presse hat in ihren Auslassungen fast ohne Ausnahme die Haltung vollkommen gebilligt, die die österreichisch-ungarische Regierung in ihrer an die serbische Regierung gerichteten Note eingenommen hat. Allgemein gelangt die Hoffnung zum Ausdruck, daß ein etwa entstehender Konflikt ganz auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleiben möge, aber gleichzeitig wird kein Zweifel darüber gelassen, daß, falls sich irgendeine andere Großmacht einmischen sollte, das deutsche Volk bereit sein wird, seinen österreichischen Bundesgenossen wenn nötig mit Waffengewalt zu unterstützen.

Nur der „Lokal-Anzeiger“ hat bis jetzt einen Artikel gebracht, von dem man annehmen kann, daß er die Ansichten der deutschen Regierung annähernd wiedergibt. Dieser Artikel lautet:

„Ein historisches Dokument ersten Ranges liegt hier vor uns. Wenn man Ton und Inhalt dieser Note würdigen will, muß man in erster Reihe bedenken, daß ihren Verfassern die zornige Empörung über die Bluttat von Serajewo die Feder geführt hat. Sie hatten bisher volle Selbstbeherrschung geübt und auch den Vorwurf der Schwäche und Unentschlossenheit nicht gescheut. Nun sie aber das Wort ergreifen, um die Verantwortlichkeit für die Ermordung des österreichischen Thronfolgers festzustellen und daraus die unvermeidlichen Konsequenzen zu ziehen, da hallt jeder Satz dieser furchtbaren Anklageschrift wider von verächtlicher Entrüstung gegen die Treiber und Anstifter der großserbischen Bewegung. Mit schonungsloser Deutlichkeit wird die Königlich serbische Regierung für das Geschehene haftbar gemacht, mit harter Faust werden alle die Tatsachen aneinandergereiht, die der österreichisch-ungarischen Monarchie das Leben in den letzten Jahren so sauer gemacht haben. Man hat lange gezaudert und überlegt in Wien und Budapest, aber man hat sich endlich entschlossen, den Stier bei den Hörnern zu packen und ihn festzuhalten, bis für alle Zukunft Ruhe und Sicherheit gewährleistet ist. Für ihre Beschuldigungen und Forderungen haben die Grafen Berchtold und Tisza eine Sprache gefunden, die dem schicksalsschweren Ernst der Lage angepaßt ist, und nirgends in der Welt wird man nunmehr darüber im Zweifel sein, was hier auf dem Spiele steht. Die serbische Regierung hat Zeit genug gehabt, sich auf dieses Ereignis vorzubereiten; sie ist über die Vorgänge und Stimmungen in der Donaumonarchie gut genug unterrichtet, um zu wissen, daß die Geduld auch des alten, schwer geprüften Kaisers diesmal erschöpft war. Die ihr gesetzte kurze Frist wird deshalb ausreichen, um sie die Entschlüsse fassen zu lassen, die sie für angemessen findet. Es geht jetzt um die Abrechnung mit Serbien, die man nach allen den Ereignissen der letzten Jahre kommen sah, die einmal kommen mußte, wenn unser verbündeter Kaiserstaat sich nicht um sein Prestige in der Welt und namentlich im nahen Orient bringen wollte. Darauf ist von manchen Seiten deutlich genug spekuliert worden. Diese Rechnung wird jetzt zerrissen, und man kann nur mit großer Genugtuung feststellen, daß die Forderungen der Lage in Wien klar erkannt und furchtlos formuliert worden sind.

In Belgrad wird man diese Note wie einen furchtbaren Schlag ins Gesicht empfinden. Zweifellos ist die serbische Regierung vor eine für sie unheilvolle Wahl gestellt, sie muß jetzt die Sünden der Vergangenheit büßen. Entweder nimmt sie die demütigenden Bedingungen der Note hin, was auf lange Zeit hinaus ihrem Ansehen

schwere Wunden zufügen muß, oder sie weigert sich — dann werden die österreichisch-ungarischen Gewehre losgehen, die so lange und so oft geladen waren und doch immer wieder entladen werden mußten. Auf ein Feilschen, auf Abhandeln und Versprechungen wird man sich nicht mehr einlassen, die Zeiten der Nachsicht, der Gutmütigkeit, des Hoffens und Vertrauens sind endgültig vorüber. Serbien hat die Wahl und muß sich rasch und vorbehaltlos entscheiden. Es wird vielleicht nach Petersburg hinhorchen, und nach Paris, nach Bukarest und nach Athen. Aber es wird ihm alles nichts nutzen. In Wien weiß man, was man will, und es gibt kein Zurück, ehe dieser Wille nicht vollinhaltlich durchgesetzt ist. Das deutsche Volk atmet erleichtert auf, daß endlich Klarheit geschaffen werden soll auf dem Balkan. Es beglückwünscht seinen Verbündeten an der Donau zu diesem mannhaften Entschluß und wird es an Beweisen seiner Treue und Hilfsbereitschaft in den schweren Tagen, denen er vielleicht entgegengeht, nicht fehlen lassen.“*

In seiner Abendausgabe nahm der „Lokal-Anzeiger“ eine noch entschiedenere Haltung ein und schrieb:

„Es gibt kein Zurück mehr, weder für die Donaumonarchie... noch für alle diejenigen, die entschlossen sind, ihren Bündnispflichten im Ernstfall treu nachzukommen.“

In bezug auf Rußland fährt derselbe Artikel fort:

„Wir können nicht annehmen, daß man dort gewillt ist, seine Hände an eine Sache zu legen, an der Blut klebt, und zwar unschuldig vergossenes Blut!..... Serbien wird die österreichischen Forderungen erfüllen oder aber — es wird zugrunde gehen!“**

Nachdem die konservative „Kreuz-Zeitung“ die volle Billigung des österreichisch-ungarischen Schrittes ausgesprochen, gibt sie der Hoffnung Ausdruck, daß Rußland infolge seiner inneren Lage verhindert sein wird, irgend etwas zur Nackensteifung Serbiens zu tun. Die Zeitung hält Frankreich im Augenblick für verhältnismäßig friedliebend und da „England durch seine Homerulesorgen vollauf in Anspruch genommen ist“, vertritt sie die Ansicht, daß Serbien nur geringe Aussicht auf Unterstützung durch die Tripelentente hat. Man dürfe deshalb hoffen, fährt das Blatt fort, daß Serbien, wenn auch widerstrebend, die österreichischen Forderungen annehmen wird. Selbst wenn Volksleidenschaften oder andere unvorhergesehene Zwischenfälle einen Strich durch diese Rechnung ziehen sollten, sei die Erwartung begründet, den unvermeidlichen Krieg zwischen Österreich und Serbien lokalisiert zu sehen. Die deutsche Regierung würde ihren Einfluß

* „Berliner Lokal-Anzeiger“, 24. Juli 1914, Morgenausgabe, No. 370.

** „Berliner Lokal-Anzeiger“, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 371.

zweifelloos nach dieser Richtung hin ausüben, während England dasselbe bezüglich seiner Freunde tun würde. Jedenfalls bleibe aber für Deutschland der Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn in voller Wirksamkeit und es sei vielleicht angezeigt, nachdrücklichst zu betonen, daß das deutsche Volk unter allen Umständen bereit und gewillt sei, den aus diesem Bündnis erwachsenden Pflichten in weitestgehendem Maße gerecht zu werden*.

Ähnlich schreibt die „Tägliche Rundschau“:

„Was und wie geht die Sache uns an? Antwort: Zunächst gar nichts und auf keine Weise, falls man Österreich und Serbien unter sich läßt... Aber alles und bis aufs letzte, falls das wider alle Erwägungen der staatsmännischen Klugheit und gegen alle elementarste moralische Einsicht nicht geschehen sollte.“**

Selbst das radikale „Tageblatt“ deckt das Vorgehen Österreich-Ungarns und meint:

„So sehr jeder fühlende und sittliche Mensch die Erhaltung des Friedens wünschen muß, man wird doch anerkennen müssen, daß Österreich-Ungarn nicht anders handeln konnte. Und zumindest bei seinen Verbündeten wird es auf die vollste moralische und tatkräftige Unterstützung der jetzt eingeleiteten Aktion zählen dürfen.“***

Die liberale „Vossische Zeitung“ gibt ebenfalls zu, daß Österreich nicht anders handeln konnte, wenn es sich seine Stellung als Großmacht erhalten wolle. Die Zukunft der Habsburgischen Monarchie stehe jetzt auf dem Spiel. Diese Monarchie werde entweder alle Kräfte zur Wiederaufrichtung eines imponierenden Staatsbaues zusammenfassen, oder Zertrümmerung und Zerfall werde die Folge sein. „Was Österreich tut, das zu tun ist es durch den Selbsterhaltungstrieb gezwungen; wer aber ohne Not sich einmengen wollte, der würde den größeren Frevel an seinem eigenen und an allen Völkern Europas begehen.“†

Die einzige absprechende Kritik der Note, die mir zu Gesicht gekommen, ist merkwürdigerweise in der alldeutschen und chauvinistischen „Post“ erschienen. Die Note, schreibt sie, sei keine Note, sondern ein Ultimatum in schärfster Form. Sie sei von der *bona fides* der österreichisch-ungarischen Regierung überzeugt, daß der Mord von Serajewo auf serbische Wühlereien zurückzuführen ist. Womit begründe sie aber ihre schweren Anklagen? Selbst wenn ein serbischer Major die Hand im Spiele hatte und wenn serbische Grenz-

* „Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung“, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 342.

** „Tägliche Rundschau“, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 342.

*** „Berliner Tageblatt“, 24. Juli 1914, Morgenausgabe, No. 370.

† „Vossische Zeitung“, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 371.

beamte bestochen und in das Vorhaben verwickelt waren, sei es immerhin gewagt, ein ganzes Volk des Mordes zu beschuldigen, wie das klar in der Note geschehe. Warum hielt die österreichisch-ungarische Regierung das Beweismaterial zurück, das sie doch in ihren Händen haben muß, warum lieferte sie nicht den unwiderlegbaren Beweis, daß sie nicht allein von dem Bedürfnis nach Rache beseelt war, sondern daß eindeutige Tatsachen die Existenz einer gegen die Monarchie gerichteten großserbischen Verschwörung beweisen? Die kurzen Feststellungen, die sie mache, seien zweifellos kompromittierend für Serbien, aber man müßte doch wissen, was die serbische Regierung zu ihrer Verteidigung zu sagen habe. Dazu lasse die österreichische Regierung jedoch keine Zeit. Sie bestehe auf sofortiger Einwilligung in eine Reihe unmöglicher Forderungen. Warum handelt Österreich auf diese Art und Weise? Es weiß, daß es um sein Prestige geht. Es sei kein Zweifel mehr möglich, daß Österreich die kriegsgerische Auseinandersetzung mit Serbien wünscht.

Es frage sich jetzt, ob die Kalkulation Österreichs, daß das durch die beiden Balkankriege geschwächte Serbien kaum ernstlich Widerstand werde leisten können, richtig sei, und ferner, ob die tschechischen und südslawischen Regimenter zuverlässig seien. Eine weitere Frage von großer Bedeutung erhebe sich: werde und könne der österreichisch-serbische Konflikt lokalisiert bleiben? Diese Frage könne zurzeit schwerlich beantwortet werden. Alles komme auf die Haltung Rußlands an, und niemand könne verbürgen, daß es sich damit begnügen werde, passiver Zuschauer zu bleiben. Auch sei mit dem Selbstgefühl der Bulgaren zu rechnen, die vermutlich geneigt sein möchten, sich eine Gelegenheit zunutze zu machen, um in bezug auf ihren verhaßten Rivalen alte Scharten auszuwetzen. Und wenn Rußland Serbien beispringe, wird dann Frankreich nicht den Augenblick für gekommen erachten, um Deutschland anzugreifen, damit es nicht in die Lage kommt, Österreich zu unterstützen?

„Ein ganzes Knäuel von Fragen“, schließt das Blatt, „liegt in der Überreichung der österreichischen Note beschlossen. Nie war die Gefahr eines europäischen Krieges näher gerückt als in diesen Tagen. Österreich mußte sich der vollen Verantwortung für diejenige Art von Energie bewußt sein, die es jetzt in so überraschender Weise an den Tag gelegt hat... Österreich-Ungarn geht selbständig vor? Gut. So möge es auch selbständig weitergehen. Wir können warten.“*

Die häufigen Kommentare über die gewohnheitsmäßige Wankelmütigkeit und Unentschlossenheit des Wiener Kabinettes, die vor Überreichung der österreichisch-ungarischen Note in der Presse erschienen, haben sich so ziemlich zu einem Aufstacheln der österrei-

* „Die Post“, Berlin, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 342.

chisch-ungarischen Regierung gesteigert, endlich einmal energisch und entschlossen vorzugehen.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

Vermerk

Wenn man wirklich annehmen darf, daß die Artikel im „Lokal-Anzeiger“ die Ansichten der deutschen Regierung wiedergeben, dann kann es nicht überraschen, daß Österreich fühlte, es werde von Berlin aus ermutigt. — E. A. C. 29. Juli.

(33916)

No. 160

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 303. Vertraulich

Berlin, den 24. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der französische Botschafter bat mich, ihn heute vormittag zu besuchen. Herr Cambon erkundigte sich nach meiner Ansicht über die österreichisch-ungarische Note an Serbien. Ich erwiderte, daß sie gewisse Forderungen, namentlich die Punkte 5 und 6, enthielte, die ein unabhängiger Staat meines Erachtens nur schwer annehmen könne. Seine Exzellenz pflichtete dem bei und äußerte die Meinung, daß es zum Kriege zwischen Österreich-Ungarn und Serbien kommen werde.

Herr Cambon sagte weiterhin, es sei in seinen Augen mehr als ein bloßer Zufall, daß die Note in dem Augenblick in Belgrad überreicht wurde, als der französische Präsident St. Petersburg verließ. Eine Erörterung zwischen Herrn Viviani und Herrn Sasonow sei jetzt vorerst ausgeschlossen. Darauf zeigte er mir ein Telegramm, das er soeben vom französischen Botschafter in Wien erhalten hatte. Darin berichtete Herr Dumaine, die österreichisch-ungarische Regierung wäre im Falle der Zurückweisung ihrer Forderungen bereit, mit acht Armeekorps vorzugehen. Herr Dumaine erklärte ferner, Graf Tisza habe die österreichisch-ungarische Regierung gewarnt, daß bei der gegebenen Zusammensetzung des österreichisch-ungarischen Reiches ein Krieg, selbst mit Serbien allein, die Rassenfrage in gefährlicher Weise aufwerfen würde. Der französische Botschafter in Wien berichtete weiter, sein deutscher Kollege habe einer entschlossenen Aktion gegen Serbien eifrig das Wort geredet, obschon er zugab, daß er sich in diesem Punkte nicht ganz im Einklang mit der deutschen Regierung befinde. Herr Cambon bemerkte, er werde Herrn von Jagow am Nachmittag aufsuchen und ihm privatim sagen,

daß Herr von Tschirschky für das Vorgehen der österreichisch-ungarischen Regierung mitverantwortlich sei.

Der russische Geschäftsträger sprach im Laufe des Nachmittags hier auf der Botschaft vor. Er denkt sehr pessimistisch über den Ausgang der Krise. Er wußte nicht, welche Haltung seine Regierung einnehmen werde. Vielleicht würde, wenn der König von Serbien abdankte, eine neue Lage entstehen, die die österreichisch-ungarische Regierung veranlassen könnte, ihre Forderungen einzuschränken. Ich bemerkte, die Befristung erschwere das. Ich sagte ihm auch, Rußland sei so groß und so gewichtig, daß es sich's gestatten könne, bezüglich der slawischen Meinung die Frage des Prestiges außer acht zu lassen.

Der französische Botschafter kam auf dem Rückweg vom Auswärtigen Amt auf die Botschaft. Ich hatte die Ehre, Ihnen den Inhalt seiner Unterredung mit Herrn von Jagow telegraphisch zu berichten¹⁾. Als Herr Cambon im Begriff war, sich von Herrn von Jagow zu verabschieden, fragte dieser den französischen Botschafter, ob er die Lage für ernst halte. Herr Cambon erwiderte, er halte die Lage für sehr ernst.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

Vermerk

Herr von Tschirschky war anscheinend ein weiteres Glied in der Kette der Österreich zuteil gewordenen Ermutigungen, ohne jede Rücksicht vorzugehen. — E. A. C. 29. Juli.

(33981)

No. 161

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 276. Vertraulich

Rom, den 22. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß der Minister des Äußern gestern abend nach Rom zurückgekehrt ist, um an einem Bankett teilzunehmen, das der persische Gesandte zur Feier der Krönung des Schahs veranstaltet hat. Da ich meinen Platz neben Seiner Exzellenz erhielt, hatten wir Gelegenheit, uns etwas zu unterhalten, und er begann sofort von der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien bestehenden ernsten Lage zu sprechen. Er befürchtete, daß in Belgrad eine gefährliche Stimmung der Gereiztheit und des Selbstvertrauens herrsche. Er gab sich jedoch immer noch der Hoffnung hin, die be-

¹⁾ No. 103.

kannten friedlichen Ziele des Kaisers würden die Überstürzung einer Krise verhindern. Sollte Serbien, wie es erwarte, von Rußland unterstützt werden, dann sei es nicht zweifelhaft, daß Deutschland mit Österreich zusammengehen würde. Das hinge nicht bloß von seinen Verpflichtungen als Verbündeter ab, sondern Deutschland glaube auch, es sei eine Lebensfrage für Österreich, wenn es seine Stellung und sein Prestige wahren wolle, einen Erfolg davonzutragen, und es liege im Interesse Deutschlands, dem Vorschub zu leisten. Ich fragte, was Italien dann tun würde und wieweit es durch seine Verpflichtungen gebunden sei. Er entgegnete, der Dreibund verfolge rein defensive Ziele. Es bleibe abzuwarten, wie die Dinge sich entwickeln würden. Offenbar könne den Wünschen Italiens nichts ferner liegen, als in solch einen Streit verwickelt zu werden. Ich sah Seine Exzellenz wieder heute morgen und er sagte mir, er habe allen Grund zu befürchten, daß die Mitteilung, die die österreichisch-ungarische Regierung im Begriffe stehe, an Serbien zu richten, in einer Form abgefaßt sei, die Serbien als unannehmbar betrachten müsse¹⁾. Es bestünde noch eine geringe Hoffnung, daß, da Graf Berchtold in Ischl gewesen sei, der Kaiser vielleicht den Inhalt der Mitteilung etwas mildern lassen würde. In Österreich sei aber eine Partei — und zwar die stärkste Partei —, die danach trachte, diese Gelegenheit zur Erdrückung Serbiens zu ergreifen. Es sei natürlich nicht im Interesse Italiens gelegen, daß Serbien erdrückt werde.

Ich sagte, es sei zu hoffen, daß unsere beiden Länder jedem Konflikt auszuweichen vermöchten. Man könne sich kaum vorstellen, daß wir in einen Streit hineingezogen würden, bei dem keine direkten eigenen Interessen auf dem Spiele stünden, bei dem Italien in der Tat wahrscheinlich gegen seine eigenen realen Interessen Partei ergreifen würde.

Marquis di San Giuliano bemerkte, da unsere beiden Nationen mit Gruppen verbunden seien, die durch die Macht der Verhältnisse voraussichtlich in Gegnerschaft zueinander gebracht würden, erscheine es durchaus denkbar, daß wir unter den besonderen Umständen des Falles abmachen könnten, uns aus der Sache herauszuhalten*.

Wir erörterten selbstverständlich nur Hypothesen, von denen ernstlich zu hoffen ist, daß sie sich nie verwirklichen werden, doch diese neue Form der Rückversicherung schien ihm ziemlich empfehlenswert zu sein.

Ein Erfolg, durch den Österreich seinen Einfluß in der Adria ausdehnen oder der es instand setzen würde, sich dort eine neue Stellung zu verschaffen, würde Österreich natürlich mit seinem Ver-

¹⁾ Vgl. Telegramm No. 78.

* Im Original: arrange to „pair“, like members of the British Parliament; „pair“ bedeutet, mit einem Mitglied der Gegenpartei das beiderseitige Fehlen im Parlament zu verabreden.

bündeten in Konflikt bringen und Italien muß nun die Möglichkeit ins Auge fassen, aufgefordert zu werden, indirekt zu solch einem Ergebnis beizutragen. Unter all diesen Umständen, sowie in Anbetracht der keineswegs befriedigenden inneren Lage Italiens und der anscheinend einsetzenden Reaktion gegen die Hinneigung zu Wien, die während der beiden letzten Jahre in der italienischen Außenpolitik Platz gegriffen hatte, vermag ich nur schwer zu glauben, daß man hier im Falle der Entstehung eines Konflikts nicht irgendein Mittel finden wird, sich den Verpflichtungen eines Bündnisses zu entziehen, dessen Gefahren die gegenwärtige Lage geeignet ist, in grelles Licht zu rücken.

Im Vorzimmer sah ich den serbischen Geschäftsträger, der mir versicherte, daß nur die kleineren serbischen Blätter ohne Bedeutung Österreich angriffen. Im allgemeinen sei der Ton in Belgrad ruhig. Unglücklicherweise schlage die österreichische Presse aus diesen Blättern zweiten Ranges Kapital und gäbe ihre Artikel als typisch für die serbische öffentliche Meinung wieder.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

(33982)

No. 162

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 278. Vertraulich

Rom, den 23. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß sich der Generalsekretär, den ich heute morgen auf dem italienischen Auswärtigen Amt sprach, über die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebende Frage in ganz ähnlicher Weise zu mir äußerte, wie das der Außenminister laut meinem gestrigen Bericht No. 276¹⁾ getan hat. Wie mir scheint, wurde die italienische Regierung vom Inhalt der Mitteilung, die Serbien gemacht werden soll, in Kenntnis gesetzt. Der Generalsekretär war auch der Ansicht, der Ernst der Lage bestände in der Überzeugung der österreichisch-ungarischen Regierung, daß es nach den vielen Enttäuschungen, die ihr der Gang der Ereignisse auf dem Balkan bereitet hat, ihr Prestige unbedingt erheische, einen entschiedenen Erfolg davonzutragen. In Anbetracht der sehr ernsten Folgen, die entstehen können, ist die italienische Regierung offenbar schon mit der Überlegung beschäftigt, wie sie am besten einen plau-

¹⁾ No. 161.

siblen Grund ausfindig machen kann, um nicht in die Sache verwickelt zu werden.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

Im BB No. 38 (unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

(33986)

No. 163

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 282

Rom, den 23. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß der bulgarische Gesandte, der nach einem Besuch in Bulgarien soeben nach Rom zurückgekehrt ist, mich gestern aufgesucht hat. Herr Risoff ist, wie ich schon bei verschiedenen Gelegenheiten hervorhob, ein fähiger und sehr gut unterrichteter Diplomat, dessen Informationen über Balkanangelegenheiten ich im allgemeinen zutreffend gefunden habe. Es lag ihm natürlich hauptsächlich daran, die bedrohliche Lage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien und die wahrscheinliche Haltung Rußlands im Falle einer Krise zu erörtern. Da Bulgarien die Verhältnisse in Rußland stets genau verfolgt, war es interessant, seine Ansichten darüber zu hören. Er war der Meinung, daß der revolutionäre Geist in Rußland zurzeit stark herangereift sei und die Regierung ernstlich beschäftige. Dieser Geist habe selbst die Bevölkerung auf dem Lande ergriffen, wo die Bauern zusammenliefen, um sich Bücher und Zeitungen von irgendwelchen schriftkundigen Leuten vorlesen zu lassen. Der Name Maxim Gorkis übe gerade jetzt eine Zauberwirkung in Rußland aus. Die ganze Bewegung sei im Grunde genommen agrarisch und habe den Ehrgeiz des Volkes nach Landbesitz zum Gegenstand. Pan-slawistische Bewegungen fesselten nur die Gebildeten und sonst ein paar Leute. Es könne vielleicht nützlich sein, sich dieses Vorwandes zu bedienen, aber er glaubte nicht, daß er auf die Masse des Volkes Eindruck machen würde. Nun sei die Frage, ob ein Krieg den Ausbruch einer revolutionären Bewegung nicht beschleunigen würde. Auf der andern Seite bestehe immer die Möglichkeit, daß ein Krieg eine Ablenkung schaffen und einen gefährlichen Geist in eine neue Bahn lenken könne. Er neigte im großen und ganzen zur Ansicht, daß die innerrussischen Verhältnisse hemmend auf die Regierung wirken und sie unschlüssig machen würde, das größere Risiko eines Krieges auf sich zu nehmen.

In bezug auf sein eigenes Land war er davon überzeugt, daß es Neutralität wahren würde. Nicht daß Bulgarien durch seine kürzlichen unglücklichen Erfahrungen irgendwie in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wäre. Sein Grad der Bereitschaft sei so hoch und wahrscheinlich höher wie vor dem Balkankriege. Der einzige Krieg, den das bulgarische Volk gegenwärtig mit Begeisterung ins Auge fassen würde, sei ein Krieg gegen Rumänien. Aber er war überzeugt, daß selbst in dieser Hinsicht keine Gefahr vorliege. Für Bulgarien bestehe die offenbar richtige Politik darin, allen Verwicklungen fernzubleiben und die Geschehnisse aufmerksam zu verfolgen, und vielleicht würde es in den Unglücksfällen anderer eine Gelegenheit finden, etwas von dem wiederzuerlangen, was es im zweiten Balkankrieg verloren habe. Seine Landsleute bezeigten zurzeit keine besondere Vorliebe für die eine oder andere Mächtegruppe. Das einzige Land, zu dem sie sich hingezogen fühlten, sei Großbritannien, weil das britische Volk und seine Presse die einzigen in Europa gewesen seien, die sich unparteiisch gezeigt und die Haltung Rumäniens verurteilt hätten, als dieser Staat den Augenblick nutzte, in dem sich Bulgarien an die Wand gedrückt sah.

Ich habe usw
Rennell Rodd

Vgl. No. 649

No. 164

Sir G. Buchanan an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

St. Petersburg, den 23. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

In den letzten vierzehn Tagen habe ich nur wenig von Sasonow gesehen, da er erst am Abend vor Poincarés Ankunft vom Lande zurückkehrte, und seitdem habe ich ihn nur einmal in einer Gesellschaft getroffen. In der einzigen regelrechten Unterredung, die ich am vergangenen Samstag mit ihm hatte, besprach er die persische Frage in sehr versöhnlichem Geiste und Sie werden aus meinem Telegramm ersehen haben, daß er sowohl wie der Kaiser dem französischen Präsidenten hinsichtlich der Weisungen an die russischen Konsuln befriedigende Zusicherungen gegeben haben. Ich hatte Poincaré auf Wunsch Paléologue ein *Aide-mémoire* über alle wichtigeren Punkte zugestellt, die wir bezüglich Persiens aufgeworfen haben, und er sowohl wie Viviani scheinen die ganze Frage ausführlich mit Sasonow besprochen zu haben und dabei von seinen Äußerungen

durchaus befriedigt gewesen zu sein. Beide sprachen mir von der transpersischen Eisenbahn und drückten die Hoffnung aus, daß wir uns gemäß den Vorschlägen der russischen Regierung verständigen würden. Ich habe telegraphiert, was Klemm mir über den Gegenstand sagte, und ich persönlich halte den russischen Vorschlag für annehmbar. Den Russen liegt sehr daran, den Bau der Linien im Norden zu beginnen, bevor die Bagdadbahn sich der Vollendung nähert, und wenn wir ihnen in diesem Punkte entgegenkommen, werden sie um so eher geneigt sein, auf irgendwelche Vorschläge einzugehen, die wir etwa allgemein hinsichtlich der persischen Frage vorbringen werden. Ich glaube, der Augenblick ist für einen Versuch günstig, um alle diese noch nicht geregelten Fragen zu erledigen; aber unglücklicherweise bleibt uns sehr wenig Zeit für Unterhandlungen, da Sasonow immer noch davon spricht, um die Mitte unseres August auf Urlaub zu gehen. Lassen wir die Unterhandlungen sich bis zum Herbst hinziehen, dann ist er vielleicht nicht mehr in solch entgegenkommender Stimmung wie jetzt.

Sowohl er als auch Poincaré sind wegen der österreichisch-serbischen Beziehungen recht beunruhigt. Sasonow nimmt einen sehr verständigen Standpunkt ein und will keine Schwierigkeiten machen, wenn sich Österreich, falls es zu beweisen vermag, daß der Anschlag gegen den Erzherzog in Serbien ausgeheckt wurde, auf die Forderung einer amtlichen Untersuchung beschränkt. Wenn es jedoch die Ermordung des Erzherzogs zum Vorwand einer aggressiven Haltung gegen Serbien benutzt, wird Rußland früher oder später gezwungen sein, auf die eine oder andere Weise einzugreifen. Sasonow hat sehr nachdrücklich mit Pourtalès darüber gesprochen; er hat ihm einerseits versichert, daß es der einzige Wunsch Rußlands sei, in Frieden gelassen zu werden, um seine inneren Kräfte entwickeln zu können, ihm jedoch anderseits gesagt, daß Rußland zwar „pazifistisch“ gesinnt sei, aber, wenn herausgefordert, nicht „passiv“ bleiben könne. Sasonow hält Tisza und Forgach für zwei sehr gefährliche Männer und befürchtet, daß der Einfluß Forgachs am Ballplatz allmächtig ist. Ich kannte Forgach in Sofia und bin ihm stets mit dem größten Mißtrauen begegnet. Er ist sehr intelligent und sehr ehrgeizig, aber völlig gewissenlos.

In der letzten Woche hatten wir eine Anzahl sehr schlimmer Streiks. Sie tragen einen durchaus politischen Charakter und der Geheimausschuß, der sie organisiert, hat den Augenblick, wo die Truppen wegen der heute zu Ehren Poincarés stattfindenden Parade von Petersburg nach Krasnoe verlegt wurden, zu dem Versuch benutzt, die Regierung einzuschüchtern. Die Streiks sind die Folge der reaktionären Politik des Innenministers Maklakow und bis er den Arbeitern die Bildung eigener anerkannter Organisationen gestattet,

mit denen die Regierung in schwierigen Zeiten verhandeln kann, wird die russische Industrie einem unbekannten Geheimausschuß preisgegeben sein, der durch terroristische Methoden Streiks erzwingt.

Stets Ihr

George W. Buchanan

(33902)

No. 165

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 107

Wien, den 26. Juli 1914

A. 26. Juli 12⁰ mitternachts

E. 27. Juli

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Folgendes ist vertraulich:

Einzige betroffene Einheiten II. Wiener Korps sind 44.* und 99. Regiment, die ohne Reservisten abzuwarten vorige Nacht ausgerückt sind. Man glaubt, daß sie zwei österreichisch-serbische Regimenter XIII. Korps ersetzen sollen. Reservisten für 4. und 99. Regiment werden jetzt ausgerüstet und folgen abteilungsweise. Erster Mobilmachungstag ist 28. Juli. Mobilmachungsanschlüge XIII. und III. Korps (Triest) betreffend werden bestätigt.

In Semlin wird Anwesenheit von drei schweren Haubitzbatterien und vollzähliger Monitorflotille bestätigt. Fahrt von Truppenzügen durch Maria Theresiopel wird bestätigt. Berechnung der für Versammlung an den drei Mittelpunkten Serajewo, Peterwardein und Temesvar erforderlichen Zeit ergibt folgendes: 28. und 29. einschließlich: Mobilmachung; 30. Juli bis 4. August einschließlich: Truppentransporte. 5. August wird als frühester Termin erachtet, an dem allgemeiner Vormarsch möglich ist. Italienische Nachrichten nahezu wie französische, außer daß VI. Korps an Stelle III. Korps. Gerücht, wonach Chef des Stabes aus Wien abgereist, ist unbestätigt.“

* Es muß sich um das 4. bosnische Infanterieregiment gehandelt haben, das seinen Standort in Wien hatte. Siehe weiter unten.

(33903)

No. 166

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 108

Wien, den 26. Juli 1914

A. 26. Juli 12⁰ mittern.

E. 27. Juli 9³⁰ vorm.

Informationen Militärattachés lauten dahin, daß Mobilmachung am 31. Juli und Konzentration nahe der serbischen Grenze um den 5. August beendet sein wird. Eben vom Urlaub zurückgekehrter russischer Botschafter gedenkt nicht, auf Zeitgewinn im Sinne letzten Absatzes Ihres Telegramms No. 153 vom 25. Juli¹⁾ zu dringen. Er meint, die österreichisch-ungarische Regierung sei zum Krieg entschlossen und Rußland könne unmöglich gleichgültig bleiben. Französischer und russischer Botschafter waren bei mir, als Wiedergabe Ihres Telegramms No. 232 vom 26. Juli nach Paris eintraf²⁾. Ich teilte ihnen seinen Inhalt mit. Beide äußerten sich sehr befriedigt darüber, bezweifelten aber, ob österreichisch-ungarische oder deutsche Regierung den Grundsatz gelten ließen, daß Rußland eine interessierte Partei und berechtigt ist, bei Austrag einer rein österreichisch-serbischen Auseinandersetzung mitzureden.

Italienischer Botschafter war auch beauftragt, russisches Ersuchen um Fristverlängerung zu unterstützen, jedoch zu spät, um einen nutzbringenden Schritt tun zu können. Italienischer Botschafter drückte mir vertraulich und nachdrücklich seine Mißbilligung der Bedingungen des Ultimatums und allgemein der serbischen Politik Österreich-Ungarns aus.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 40 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile)
veröffentlicht*

(33964)

No. 167

Generalkonsul Roberts an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 9

Odessa, den 27. Juli 1914

A. 12⁴⁵ nachm.

E. 12⁰ mittags

Gestern abend sah ich Telegramm der serbischen Regierung an Generalkonsul, wonach sie alle ihre Reservisten einberuft.

Hiesige Südwestbahn seit Mitternacht als im Kriegszustand be-

¹⁾ No. 118.

²⁾ No. 140.

findlich erklärt; alle beurlaubten Beamten zurückberufen. Siebenundzwanzig Züge von hier nach allen Teilen dieses Militärbezirks abgegangen.

In der Nähe Odessas lagernde Truppen zurückbeordert.

(34007)

No. 168

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 15

Kristiania, den 27. Juli 1914

A. 11¹⁵ vorm.

E. 12¹⁵ nachm.

Nach Erhalt von Befehlen haben alle Kriegsschiffe beträchtliche Mengen Kohle eingenommen und sollten um acht heute morgen auslaufen.

Gestern mittag sollen noch elf Schiffe im Sognefjord gewesen sein. Es verlautet, daß vier auf Fahrt nach Süden, dreißig Meilen südlich von Stavanger, begriffen sind, möglicherweise Eskorte des Kaisers.

Alle Familienangehörigen deutscher Seeoffiziere erhielten Befehl, sofort auf einem Zerstörer nach Stettin zurückzukehren.

Anmerkung. Ein weiteres Telegramm des Herrn Findlay, No. 17, abgegangen am 27. Juli 10³⁰ nachm. und eingelaufen am 28. Juli 8⁰ vorm., lautet:

Britischer Vizekonsul in Molde hat am 26. Juli 3⁰ nachm. erfolgte Abfahrt folgender deutscher Schiffe gemeldet: „Hannover“, „Schleswig-Holstein“, „Moltke“, „Deutschland“, „Pommern“, „Seydlitz“ und „Stralsund“.

(34060)

No. 169

Sir H. Lowther an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 17. *En clair*

Kopenhagen, den 27. Juli 1914

A. 11⁵⁵ vorm.

E. 12⁵⁵ nachm.

Präsident der französischen Republik, der heute in Kopenhagen erwartet wurde, hat seinen offiziellen Besuch im letzten Augenblick abgesagt.

Vgl. Bericht No. 646

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 173

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

A. 10⁶ vorm.E. 1¹⁵ nachm.

Minister des Äußern hatte gestern eine lange Unterredung mit österreichischem Botschafter, in der dieser anstößige Seiten kürzlicher Aktion Österreichs wegzargumentieren suchte¹⁾. Minister des Äußern bemerkte, er verstehe Beweggründe Österreichs vollkommen, aber Form des Ultimatus sei derart, daß Serbien es als Ganzes unmöglich annehmen könne. Während einige Forderungen ganz vernünftig seien, wären andere nicht nur mit Würde Serbiens als einem unabhängigen Staat unvereinbar, sondern könnten auch unmöglich sofort ausgeführt werden, da sie Änderung bestehender serbischer Gesetze bedingten. Rußland, fügte Seine Exzellenz hinzu, sei Gegenstand solchen Mißtrauens in Österreich, daß es zwecklos sei, wenn es seine guten Dienste in Belgrad anbieten würde. England und Italien dürften jedoch seines Erachtens gewillt sein, mit Österreich zusammenzuwirken, um gegenwärtiger Spannung ein Ende zu machen. Botschafter versprach, seiner Regierung die Ausführungen Seiner Exzellenz zu berichten.

Auf diesbezügliche Frage des Außenministers erwiderte ich, daß ich in der mit meinem Telegramm No. 166 vom 24. Juli berichteten Unterredung²⁾ Haltung Seiner Majestät Regierung richtig definiert hätte und daß Sie darüber hinaus nichts versprechen könnten. Seine Exzellenz gehe im Glauben fehl, wir würden Sache des Friedens fördern, wenn wir deutscher Regierung mitteilen, sie würde, falls sie Österreich mit Waffengewalt unterstützte, es sowohl mit uns wie mit Frankreich und Rußland zu tun bekommen. Eine derartige Drohung würde Haltung Deutschlands nur versteifen und wir könnten es nur dann bewegen, seinen Einfluß in Wien zur Vermeidung des Kriegs geltend zu machen, wenn wir als Freund an es heranträten, der bestrebt sei, Frieden zu erhalten. Wollten wir jedoch Erfolg haben, dürfe Seine Exzellenz nichts tun, einen Konflikt zu beschleunigen, und ich hoffte daher ernstlich, daß Mobilmachungsbefehl so lange als möglich hinausgeschoben und selbst nach seinem Erlaß das Überschreiten der Grenze durch Truppen nicht erlaubt werde.

Minister des Äußern entgegnete, er glaube nicht, daß es uns gelänge, Deutschland für Sache des Friedens zu gewinnen, falls wir unsere Solidarität mit Frankreich und Rußland nicht öffentlich ver-

¹⁾ Siehe Oe II No. 73.

²⁾ No. 101.

kündeten. Vor Erlaß kaiserlichen Ukases könnten keine wirklichen Maßnahmen zur Mobilmachung ergriffen werden, würde diese aber zu lang hinausgeschoben, dann würde Österreich inzwischen Nutzen daraus ziehen, um seine militärischen Vorbereitungen zu vollenden, während Rußland zur Untätigkeit verurteilt sei. Zusammen mit Mobilmachungsbefehl könne vielleicht erklärt werden, daß Truppen dieserseits der Grenze zurückgehalten würden. Er vermochte mir nicht zu sagen, wann Ukas erlassen würde, meinte aber wahrscheinlich am Tag, an dem österreichische Armee in Serbien einrücke.

Seine Exzellenz verurteilte scharf Festnahme serbischen Generals Putnik in Ungarn, da sie gegenwärtige Spannung wahrscheinlich erhöhen werde.

(Gleichlautend nach Paris)

Im BB No. 44 (paraphrasiert und unter Auslassung einzelner Teile) veröffentlicht

Vermerk

Sir G. Buchanan hat gut gesprochen.

Ich fürchte, man wird finden, daß die wirkliche Schwierigkeit, die zu überwinden ist, in der Frage der Mobilmachungen besteht. Österreich mobilisiert bereits. Das bedeutet, wenn es zum Kriege kommt, eine ernste Bedrohung Rußlands, von dem man nicht erwarten kann, daß es seine eigene Mobilmachung hinausschiebt, die sich sowieso erst in der doppelten von Österreich und Deutschland benötigten Zeit auswirken kann.

Wenn Rußland mobilisiert, wird Deutschland, wie man uns angekündigt hat, dasselbe tun und da die deutsche Mobilmachung beinahe ganz gegen Frankreich gerichtet ist, darf Frankreich seine eigene Mobilmachung nicht einmal um den Bruchteil eines Tages hinausschieben.

Nach dem eben eingegangenen Telegramm Sir M. d. Bunsens No. 109¹⁾ scheint es festzustehen, daß Österreich zum Kriege schreitet, weil das von Anfang an seine Absicht war.

Wenn sich diese Ansicht als richtig erweist, wäre es weder möglich noch gerecht und klug, Rußland irgendwie von der Mobilmachung abzuhalten.

Das heißt aber, daß Seiner Majestät Regierung sich innerhalb 24 Stunden vor die Frage gestellt sehen wird, ob Großbritannien in einem Streit, den Österreich derart einem widerwilligen Frankreich aufgezwungen hat, untätig bleiben oder Partei ergreifen will. Die Frage ist von folgenschwerer Bedeutung und kann in einer Ressortnotiz (departmental minute) nicht ausführlich behandelt werden.

Es fällt schwer, nicht der Lage Preußens im Jahre 1805 zu gedenken, als es darauf beharrte, einem Krieg fernzubleiben, dessen Ausbruch unter den andern Mächten es wegen Fragen nicht verhüten konnte, die — äußerlich betrachtet — die Interessen Preußens nicht unmittelbar berührten.

Der Krieg wurde 1805 ohne Preußen geführt. Aber 1806 fiel es der Macht zum Opfer, die 1805 gesiegt hatte, und niemand fand sich bereit, Preußen zu helfen oder seinen politischen Ruin und seine Teilung zu verhindern. — E. A. C. 27. Juli.

¹⁾ No. 175.

Mitteilung des serbischen Gesandten

Den 27. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Heute morgen ließ mich der serbische Gesandte den Wortlaut der serbischen Antwort lesen, von der er mir heute nachmittag eine Abschrift schicken will¹⁾. Soviel ich aus einer bloßen Durchsicht ersehen konnte, bewilligt sie so ziemlich alle österreichischen Forderungen und es ist schwer verständlich, wie Österreich anständigerweise zu feindseligen Operationen übergehen kann, wenn Serbien so weit nachgegeben hat. Es freut mich, dem Bericht unseres Militärattachés in Wien zu entnehmen, daß die Mobilmachung nicht vor Freitag und die Konzentration an der serbischen Grenze erst am nächsten Mittwoch beendet sein wird, was uns noch einige Tage Zeit gibt.

Der serbische Gesandte war beauftragt zu erklären, seine Regierung hoffe, daß Sr. M. Regierung nach Kenntnisnahme der Antwort bereit sein werde, Serbien in Verfolg eines friedlichen Ausgangs behilflich zu sein. Ich sagte ihm, ich würde Ihnen seine Botschaft übermitteln und er dürfe glauben, daß uns eine friedliche Lösung am Herzen liege.

A. N.

Vermerke

Ein sorgfältiger Vergleich der österreichischen Note mit der serbischen Antwort zeigt, daß man diese in Wien mit dem festen Entschlusse gelesen hat, sie unbefriedigend zu finden; denn sie schluckt fast alle österreichischen Forderungen „en bloc“ und es fällt schwer, die gemachten Vorbehalte nicht ganz vernünftig zu finden.

Die Unterschiede sind wie folgt:

In der Erklärung, die im offiziellen Organ und im Armeebefehl veröffentlicht werden soll, verurteilt die serbische Regierung „alle“ oder „jede“ statt „die“ gegen Österreich gerichtete Propaganda.

In Punkt 2 verpflichtet sich die serbische Regierung nicht, die „Narodna Odbrana“ und andere derartige Gesellschaften daran zu hindern, ihre Tätigkeit unter anderen Namen und Formen fortzusetzen. Dies wurde von Österreich als unbefriedigend aufgegriffen, obgleich nichts für die Annahme vorliegt, daß Serbien nicht gewillt wäre, irgendwelche neuen Gesellschaften oder Klubs aufzulösen, gegen die Beweismaterial vorgebracht würde.

In Punkt 3 erwähnen die Serben nicht besonders „le corps enseignant“ und wünschen Nachweise für die durch den öffentlichen Unterricht geförderte Propaganda.

Dem Punkt 4 will Serbien bei Vorlage von Beweisen nachkommen.

Bezüglich des 5. Punktes möchte Serbien eine genauere Definition des Verlangten haben.

Punkt 6 enthält die einzige direkte Weigerung, nämlich die österreichische

¹⁾ Mit den österreichischen Kommentaren im Anhang B abgedruckt.

Mitwirkung an der gerichtlichen Untersuchung auf serbischem Boden zuzulassen, und zwar aus Gründen, die zum mindesten gute Argumente darstellen.

Und zu Punkt 9 wünscht Serbien die Angabe von Einzelfällen.

Sonst entspricht die serbische Note den österreichischen Forderungen, indem sie noch die Sache an den Haag oder die Mächte zur Entscheidung verweist. — G. R. C. 28. Juli 1914.

Die Antwort ist annehmbar. Wenn Österreich die unbedingte Erfüllung seines Ultimatums verlangt, so kann das nur bedeuten, daß es den Krieg will. Denn es weiß sehr gut, daß einige Forderungen derart sind, wie sie kein Staat annehmen kann, da sie der Annahme eines Protektorates gleichkämen. — E. A. C. 28. Juli.

(34391)

No. 172

Mitteilung des schweizerischen Gesandten

Den 27. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Der schweizerische Gesandte stattete einen Besuch ab, um mitzuteilen, daß seine Regierung in Anbetracht der Lage telegraphiert habe, da sie in bezug auf die Stellung der Schweiz im Falle eines europäischen Konfliktes äußerst besorgt sei. Ich sagte ihm, ich hegte noch immer die Hoffnung, daß ein Konflikt vermieden werden könne, solange keine aktiven militärischen Operationen unternommen worden wären und das sei bis jetzt nicht der Fall. Jeder Tag, der vorübergehe, sei ein Gewinn zugunsten der Bemühungen jener, die auf eine friedliche Lösung hinarbeiteten. Herr Carlin bemerkte, die serbische Regierung scheine so gut wie alle österreichischen Forderungen bewilligt zu haben. Ich sagte, mir scheine das auch so zu sein und diese Tatsache stärke meine Friedenshoffnungen.

A. N.

(34568)

No. 173

Mitteilung der französischen Botschaft

Sir A. Nicolson,

Herr de Fleuriau bat mich zu beachten, daß der italienische Botschafter in St. Petersburg seinem französischen Kollegen sagte, in Wien sei man überzeugt, daß „la Russie ne tiendrait pas le coup“.

Rußland hat „en principe“ beschlossen, 13 Armeekorps zu mobilisieren, aber die Mobilmachung soll erst zur Ausführung gelangen, wenn Österreich gewaltsam gegen Serbien vorgeht.

Herr Cambon kehrt heute abend um 11 zurück.

27. 7. 14.

G. R. C.

Mitteilung der französischen Botschaft

Herr de Fleuriau, der Sir A. Nicolson heute morgen beschäftigt fand, bat mich, von der folgenden Mitteilung Kenntnis zu nehmen:

Gestern (Sonntag) nachmittag ersuchte der deutsche Botschafter in Paris den stellvertretenden Minister des Äußern, die französische Regierung möge mäßigend auf St. Petersburg einwirken. Herr Bienvenu-Martin erwiderte, solch ein Schritt hinge davon ab, daß Deutschland einen ähnlichen Schritt in Wien unternehme, worauf Herr von Schoen antwortete, daß dies nicht im Einklang mit der von Deutschland gegenüber Österreich und Serbien eingenommenen Haltung sein würde. Der stellvertretende Minister des Äußern regte dann an, die vier nichtbeteiligten Mächte sollten ihre Vermittlung anbieten: der Botschafter hatte keine Weisungen.

Später am Abend besuchte der deutsche Botschafter den stellvertretenden Minister des Äußern nochmals und schlug ein Communiqué an die Presse des Inhalts vor, daß Herr Bienvenu-Martin und Herr v. Schoen sich während ihrer Besprechungen bemüht hätten, ausfindig zu machen, wie die Mächte den Frieden sichern könnten.

Der Botschafter sprach persönlich sein Erstaunen darüber aus, daß Österreich von der serbischen Antwort nicht befriedigt sei. Er betonte den Wunsch der deutschen Regierung nach Frieden und sagte, es wäre nützlich, wenn *wir* (die britische Regierung) guten Rat in St. Petersburg geben wollten. Er meinte, Österreich würde eine formelle Vermittlung oder eine Konferenz ablehnen, aber ein friedfertiger Ton aus St. Petersburg und versöhnlicher Rat von seiten der Mächte würden gut aufgenommen werden.

Herr Bienvenu-Martin erwiderte, daß Deutschland am besten in der Lage sei, wirksam in Wien aufzutreten, besonders jetzt, wo Serbien so gut wie alle österreichischen Bedingungen angenommen habe. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Mobilmachung Österreichs machten eine Intervention dringend, da an dem Tag, an dem die österreichischen Truppen in Serbien einrückten, die Lage Rußland zwingen würde, sich zu erklären, und sie den Krieg, den Deutschland zu vermeiden wünsche, beschleunigen würde.

Herr v. Schoen stimmte dem bei und bemerkte, er sage nicht, daß Deutschland keinen Rat in Wien erteilen werde.

27. 7. 14.

G. R. C.

Vgl. No. 184; ferner F No. 56, 57 und R II

Vermerk

Die deutsche Stellungnahme ist meines Erachtens unhaltbar, wenn Deutschland wirklich, wie es so überschwenglich versichert, den Frieden wünscht.

Deutschland lehnt es ab, oder vermeidet es, irgend etwas in Wien zu tun — und man sollte meinen, daß Rußland der aggressive und herausfordernde Teil sei und in Schranken gehalten werden müsse, während Österreich gegen Serbien vorgeht. Ein langes Telegramm von Dr. Dillon aus Wien im heutigen D. T. ist lesenswert.

Dr. Dillon ist ein intimer Freund des Grafen Berchtold und er legt die österreichische Sache offenbar mit ungeschminkter Deutlichkeit dar, die Beachtung verdient. Er spricht es unverhüllt aus, daß die serbische „Frage“ bloß der Vorwand für einen Versuch ist, in Verbindung mit Deutschland die Stellung Österreichs auf dem Balkan wiederherzustellen und Rußland zu verdrängen, und es wird erklärt, daß keine Intervention oder Vermittlung zugelassen werde. Wir sind Zeugen eines höchst zynischen und verwegenen Vorgehens und Deutschland sollte um seines eigenen Ansehens willen durch Taten beweisen, daß es nicht gewillt ist, sich daran zu beteiligen, oder daß es auf jeden Fall helfen will, seine Folgen abzuschwächen und seine Auswirkungen zu begrenzen. — A. N.

(34179)

No. 175

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 109

Wien, den 27. Juli 1914

A. 1^o nachm.

E. 2⁴⁵ nachm.

Nach Besprechungen mit allen meinen Kollegen der Großmächte glaube ich, daß Österreich-Ungarn fest zum Kriege entschlossen ist; daß es meint, seine Stellung als Großmacht sei auf dem Spiele; daß seine Note so abgefaßt wurde, um den Krieg unvermeidlich zu machen; und daß es bis zur vollzogenen Bestrafung Serbiens wahrscheinlich nicht auf Vermittlungsvorschläge hören wird. Wenn russischer Botschafter recht unterrichtet ist, muß Bemühung Deutschlands, Konflikt zu lokalisieren, scheitern, da er glaubt, daß Rußland zum Vorgehen gezwungen sein wird. Aufschub oder Vermeidung des Kriegs mit Serbien würde zweifellos eine große Enttäuschung für Österreich-Ungarn bedeuten, das toll vor Freude über Kriegsaussicht ist. Italienischer Botschafter ist in großer Sorge und sucht Mittel und Wege ausfindig zu machen, um Konflikt zu begrenzen, den er für unvermeidlich hält. Er fragte mich heute morgen, ob ich nicht dächte, daß folgendes nutzbringend vorgeschlagen werden könne:

Österreich sollte Mächten in absolut bindender Form das Rußland bereits gegebene Versprechen wiederholen, es wünsche weder irgendwelches Gebiet zu annektieren, noch Serbien zu erdrücken, noch es seiner Unabhängigkeit zu berauben, sondern nur Bürgschaften für Zukunft zu erlangen.

Seine Exzellenz meinte, Rußland dürfte möglicherweise einwilligen, ruhig zu bleiben. Er wollte es sich überlegen und vielleicht mit italienischem Außenminister wegen Fassung möglicher Formel in

Verbindung treten. Er bat, seinen Namen als Urheber dieses Gedankens, der noch ganz ohne feste Gestalt sei, unerwähnt zu lassen.

Ich teilte Seiner Exzellenz den von Ihnen ausgehenden Vorschlag einer Konferenz der weniger interessierten Mächte in London mit. Er sprach dankbar von Ihren Friedensbemühungen, die früher schon so nützlich gewesen seien, fürchtete aber, vorgeschlagener Einschluß Rußlands unter die unmittelbar interessierten Mächte würde Hindernis für Annahme bilden.

Minister des Äußern kann mich nicht vor morgen vorm. 11 Uhr empfangen. Falls Sie mir keine besonderen Weisungen zugehen lassen, gedenke ich, Hoffnung Seiner Majestät Regierung auszudrücken, daß Krieg noch vermeidbar sein wird, und zu fragen, ob Seine Exzellenz nicht selbst jetzt noch Ausweg anzeigen könne¹⁾.

(Gleichlautend nach Paris No. 245; Berlin No. 209; Rom No. 204; St. Petersburg No. 378; Belgrad [Nisch] No. 22)

Im BB No. 41 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

Vermerk

Die Anregung des italienischen Botschafters scheint mir für praktische Zwecke zu unbestimmt zu sein. Wenn Österreich Serbien weder zu annektieren, noch zu erdrücken, noch es seiner Unabhängigkeit zu berauben beabsichtigt, dann ist schwer zu verstehen, welche Bedeutung man der Alternative „Bürgschaften für die Zukunft zu erlangen“ beimessen soll.

Die Aussichten sind schlecht. Jetzt hängt alles von dem Verhalten ab, das Deutschland etwa zu befolgen bereit ist. — E. A. C. 27. Juli.

(34245)

No. 176

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 208

Auswärtiges Amt, den 27. Juli 1914

A. 3^o nachm.

Deutscher Botschafter hat mir mitgeteilt, daß deutsche Regierung im Prinzip Vermittlung der vier Mächte zwischen Österreich und Rußland annimmt, natürlich unter Vorbehalt ihres Rechts, ihren Verbündeten Österreich, wenn angegriffen, zu unterstützen. Er war ferner beauftragt, mich zu ersuchen, Einfluß in St. Petersburg geltend zu machen, um den Krieg zu lokalisieren und den Frieden Europas zu erhalten.

Ich habe erwidert, daß die serbische Antwort den österreichischen Forderungen weit über Erwarten entgegenkomme. Deutscher Außenminister hat selbst gefunden, daß in der österreichischen Note Dinge

¹⁾ No. 187.

stunden, deren Annahme man von Serbien kaum erwarten könne. Ich vermutete, daß die serbische Antwort nicht so weit entgegengekommen wäre, wenn Rußland in Belgrad nicht versöhnlichen Einfluß ausgeübt hätte, und nun sei es wirklich geboten, auf Wien mäßigend einzuwirken. Falls Österreich die serbische Antwort als wertlos beiseite schiebe und in Serbien einmarschiere, so bedeute dies, daß es unbekümmert um die etwa daraus entstehenden Folgen entschlossen sei, Serbien unter allen Umständen zu erdrücken. Antwort Serbiens sollte zum mindesten als Grundlage für Besprechungen und im Sinne eines Zeitgewinns behandelt werden, und deutsche Regierung sollte dies dringend in Wien empfehlen.

Ich erinnerte an das, was deutsche Regierung über den Ernst der Lage gesagt hatte, falls der Krieg nicht lokalisiert werden könne, und bemerkte, daß, wenn Deutschland Österreich gegen Rußland unterstütze, dies geschähe, weil Deutschland ohne Rücksicht auf die Rechtslage des Streitfalls Österreich nicht erdrücken lassen könne. Ebenso würden vielleicht aber auch andere Fragen aufgeworfen werden, die den österreichisch-serbischen Streit in den Hintergrund drängen und andere Mächte ins Spiel bringen würden, woraus sich der größte Krieg der Geschichte entwickeln könne. Solange Deutschland aber für die Erhaltung des Friedens wirke, würde ich in enger Fühlung mit ihm bleiben. Ich wiederholte, daß nach der serbischen Antwort Wien der Ort sei, wo dringend Mäßigung angeraten werden müsse.

(Gleichlautend nach Paris No. 241/2; Wien No. 165/6; Rom No. 202/3 und St. Petersburg No. 375/6: „Bitte Außenminister zu verständigen.“)

Im BB No. 46 veröffentlicht

Siehe den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unterredung in DD No. 258

(34246)

No. 177

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 377

Auswärtiges Amt, den 27. Juli 1914

A. 3³⁰ nachm.

Mein heutiges Telegramm No. 208 an Sir E. Goschen¹⁾.

Russischer Botschafter sagt mir, in deutschen und österreichischen Kreisen herrsche Eindruck, daß wir jedenfalls unbeteiligt bleiben würden, und er beklagte Wirkung dieses Eindruckes.

Ich hob hervor, daß Befehl an unsere Erste zufällig in Portland

¹⁾ No. 176

zusammengezogene Flotte, keinen Manöverurlaub zu erteilen, diesen Eindruck beseitigen sollte; russischer Botschafter dürfe jedoch diesen Hinweis nicht so auffassen, als versprochen wir damit mehr als diplomatische Aktion.

Ich bemerkte ferner, wir hörten von deutscher und österreichischer Seite, daß man dort glaube, Rußland werde nicht eingreifen, solange Österreich daran festhalte, sich kein serbisches Gebiet anzueignen. Ich fügte hinzu, es wäre lächerlich, wenn wir in Berlin und Wien serbischer als die Russen auftreten würden.

(Gleichlautend nach Paris No. 243/4: „Sie können Außenminister unterrichten.“)

Im BB No. 47 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34210)

No. 178

Konsul Bosanquet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Riga, den 27. Juli 1914

A. 2⁵⁵ nachm.

E. 3³⁰ nachm.

An Bolderaa wurden Minen gelegt und Schiffe werden weder herein- noch herausgelassen.

Gerüchtweise verlautet, daß sämtliche in Feldlagern befindliche Truppen der Umgebung an die Front beordert wurden. Bolderaa soll im Kriegszustand sein. Erbitte Bestätigung.

(Gleichlautend an Botschaft)

Vgl. No. 228

(34212)

No. 179

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 174

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

A. 2¹³ nachm.

E. 3⁴⁵ nachm.

Französischer Botschafter teilt mir mit, daß seit meiner Unterredung mit Außenminister, über die ich heute in meinem unmittelbar vorhergehenden Telegramm berichtet habe ¹⁾, Seine Exzellenz beschlos-

¹⁾ No. 170.

sen hat, direkte Besprechungen zwischen Wien und St. Petersburg bezüglich der Änderungen vorzuschlagen, die an österreichischen Forderungen vorgenommen werden sollten.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

Im BB No. 45 (paraphrasiert) veröffentlicht
Vgl. No. 205

Vermerk

Das ist verwirrend. Herr Sasonow ist nun an drei Tagen hintereinander mit drei durchaus verschiedenen Gedanken und Vorschlägen hervorgetreten.

1. Der Gedanke: Wenn Serbien die Mächte anrufen würde, hielte sich Rußland abseits und würde Sache England, Frankreich, Italien und Deutschland überlassen (25. Juli ¹⁾).

2. 26. Juli: Vorschlag an österreichischen Botschafter, England und Italien sollten sich mit Österreich verbinden, um gegenwärtiger Spannung ein Ende zu machen ²⁾).

3. 27. Juli: Vorschlag, Rußland wolle sich direkt mit Wien besprechen. Man weiß wirklich nicht, wie man mit Herrn Sasonow daran ist, und ich habe das heute nachmittag dem Grafen Benckendorff auch gesagt. — A. N.

Vgl. Brief Nr. 239

(34214)

No. 180

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 16

Kristiania, den 27. Juli 1914

A. 3²⁵ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Französischer Präsident hat seinen Besuch beim König von Norwegen abgesagt.

(34213)

No. 181

Herr F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 2

Brüssel, den 27. Juli 1914

A. 2³⁵ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Die belgischen Zeitungen von heute morgen bringen Nachrichten bezüglich Teilmobilmachung und anderer militärischer Vorbereitungen,

¹⁾ No. 125.

²⁾ No. 170.

aber ich habe mich vergewissert, daß sie unbegründet sind. Die belgische Regierung hat bislang keine derartigen Maßnahmen getroffen.

Vgl. Bericht No. 243

(34215)

No. 182

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 5

Budapest, den 27. Juli 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 4⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 4 vom 26. Juli¹⁾.

Chef serbischen Generalstabs gestern nacht freigelassen und mit Sonderzug an serbische Grenze geschickt.

Volkskundgebungen für den Krieg dauern an.

(Gleichlautend nach Wien)

Vermerk

Die Freilassung war eine kluge Maßnahme. — E. A. C. 27. Juli.

(34227)

No. 183

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 88

Paris, den 27. Juli 1914

A. 2⁴⁵ nachm.

E. 4⁴⁵ nachm.

Ihre gestrigen Telegramme No. 232 und 234²⁾: Österreich und Serbien.

Französische Regierung nimmt Ihren Vorschlag an und hat französischem Botschafter in London, der heute abend dorthin zurückkehrt, entsprechende Weisung gesandt. Französischer Botschafter in Berlin beauftragt, sich mit britischem Botschafter ins Benehmen zu setzen, ob es ratsam wäre, mit ihm gemeinsam bei der deutschen Regierung vorzusprechen. Französische Vertreter in Wien, St. Petersburg und Belgrad haben ebenfalls nötige Weisungen erhalten, aber Auswärtiges Amt meint, es wäre für die Botschafter der Entente gefährlich, in Wien vorstellig zu werden, ehe bekannt ist, daß Deutschland das mit einigem Erfolg getan hat.

Auswärtiges Amt entnimmt Äußerungen deutschen Botschafters, daß Österreicher besonders mißtrauisch gegen Ausdrücke „Interven-

¹⁾ No. 152.

²⁾ No. 140, 143.

tion“, „Vermittlung“ und „Konferenz“ sind, und regt daher an, man solle darauf achten, nur von Unterhaltungen, mäßigen Ratschlägen usw. zu sprechen.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 42 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles)
veröffentlicht
Vgl. No. 194*

(34228)

No. 184

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 89

Paris, den 27. Juli 1914

A. 3⁴² nachm.

E. 6⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 82 vom 25. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Deutscher Botschafter hat mit stellvertretendem Minister des Äußern und stellvertretendem politischen Direktor einige weitere Unterhaltungen gehabt und diese überredet, ein Communiqué zu veröffentlichen, um Pressefeldzug gegen Deutschland einzudämmen. Folgendes Communiqué erschien heute morgen:

„Deutscher Botschafter und stellvertretender Ministerpräsident hatten eine neue Unterredung, in deren Verlauf sie die Maßnahmen erwogen, die die Mächte zur Erhaltung des Friedens ergreifen könnten.“

Deutscher Botschafter ist sehr unzufrieden und hat seinen Wunsch nach kräftigerer Fassung, nach Ausdruck der „Solidarität“ unter den Mächten und nach Bezeichnung der Unterredung als „sehr freundschaftlich“ geäußert. Auswärtiges Amt beabsichtigt nicht weiterzugehen.

Deutscher Botschafter wiederholt fortwährend, daß alles von Rußland abhängt, und Auswärtiges Amt betrachtet dies als schlechtes Zeichen.

Ich meine, wir sollten in französische Regierung dringen, vom deutschen Botschafter vorgeschlagene Notiz auszugeben.

*Siehe Bericht No. 193, sowie No. 174 und 204,
F No. 62, R No. 35 und R II*

Vermerke

Hinter all dem steckt wahrscheinlich mehr, als das bloße Auge zu erkennen vermag. Das kaum verhehlte Streben Deutschlands geht dahin, alle

¹⁾ No. 123.

Mächte zur Erklärung zu veranlassen, daß der Streit zwischen Österreich und Serbien keinen Dritten etwas angeht. Zweifellos meint das Herr von Schoen mit der „Solidarität“ aller Mächte. Meines Erachtens befürchten die Franzosen, daß, wenn sie solch einer „Solidaritäts“-Erklärung zustimmen, dies in Berlin ausgebeutet und in Petersburg benutzt werden wird, um Rußland zu beweisen, daß die Unterstützung Frankreichs lau ist.

Selbstverständlich kann es für die Meinungsverschiedenheit zwischen dem stellvertretenden M. d. Ä. und dem deutschen Botschafter noch eine andere Erklärung geben. Aber wie diese auch lauten mag: ich bezweifle, ob wir klug daran täten, uns in diese journalistische Kontroverse zu mischen oder der französischen Regierung in einer Sache, die man gegenwärtig nur schwer klar zu durchschauen vermag und die meiner Ansicht nach von keiner wirklich großen Bedeutung sein kann, einen unschmackhaften Rat zu erteilen. — E. A. C. 27. Juli.

Wir können der französischen Regierung nicht zu verstehen geben, wie sie ihre „communiqués“ über Unterredungen, an denen wir nicht teilgenommen, abfassen soll. Es wäre entschieden weit besser, wenn wir uns nicht in diese Dinge mischten. — A. N.

(34231)

No. 185

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 96

Berlin, den 27. Juli 1914

A. 6¹⁷ nachm.

E. 9⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 232 vom 26. Juli nach Paris¹⁾.

Staatssekretär des Äußern meint, daß von Ihnen vorgeschlagene Konferenz praktisch auf ein Schiedsgericht hinauslaufen würde und seiner Ansicht nach nur auf Ansuchen Österreichs und Rußlands einberufen werden könne. Er vermöge sich daher, so sehr er auch an der Erhaltung des Friedens mitzuwirken wünsche, Ihrem Vorschlag nicht anzuschließen. Ich entgegnete, ich sei sicher, daß Ihr Gedanke nichts mit Schiedsgericht zu tun habe, sondern dahin zu verstehen sei, daß Vertreter der vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte Mittel zur Vermeidung einer gefährlichen Lage erörtern und anregen sollten. Er blieb jedoch dabei, daß eine Konferenz, wie von Ihnen vorgeschlagen, untunlich sei, und fügte hinzu, soeben bei ihm aus St. Petersburg eingegangene Nachrichten zeigten die Absicht Herrn Sasnows an, mit Graf Berchtold in Meinungs Austausch zu treten. Er sei der Ansicht, daß dies Verfahren zu einem befriedigenden Ergebnis führen könne und daß es vor weiteren Schritten am besten sei, Aus-

¹⁾ No. 140.

fall des Gedankenaustauschs zwischen der österreichischen und russischen Regierung abzuwarten.

Im Laufe einer kurzen Unterredung erwähnte Staatssekretär des Äußern, daß Österreich bis jetzt nur teilweise mobilisiere; wenn Rußland aber gegen Deutschland mobil mache, werde dies nachfolgen müssen. Ich fragte ihn, was er mit „gegen Deutschland mobil machen“ meine. Er erwiderte, daß, wenn Rußland nur im Süden mobilisiere, Deutschland nicht mobil machen werde; sollte es jedoch auch im Norden mobilisieren, dann müßte Deutschland desgleichen tun, und russisches System der Mobilmachung sei so verwickelt, daß es schwer fallen dürfte, seine Mobilmachung örtlich genau zu bestimmen. Deutschland müsse daher sehr auf der Hut sein, um nicht überrascht zu werden.

Schließlich bemerkte Staatssekretär, daß er auf Grund von Nachrichten aus St. Petersburg allgemeine Lage hoffnungsvoller betrachte. (Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 43 veröffentlicht
Vgl. No. 218*

Vermerk

Soweit uns bekannt ist, hat die deutsche Regierung bislang in Wien kein einziges Wort im Sinne der Zurückhaltung oder Mäßigung geäußert. Falls dem so gewesen wäre, dürfen wir sicher sein, daß sie das Verdienst dafür in Anspruch genommen hätte. Daraus kann man keinen beruhigenden Schluß auf den guten Willen Deutschlands ziehen.

Gleichzeitig hat die rasche Folge neuer Vorschläge und Anregungen aus St. Petersburg es Deutschland erleichtert, immer neue Entschuldigungen für seine Untätigkeit vorzubringen. — E. A. C. 28. Juli.

(34229)

No. 186

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 90. *En clair*

Paris, den 27. Juli 1914

A. 8⁰ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Der Präsident der Republik wird mit dem Ministerpräsidenten am Morgen des 29. Juli in Dünkirchen ankommen.

(34179)

No. 187

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 171

Auswärtiges Amt, den 27. Juli 1914
A. 11^o nachm.

Mein heutiges Telegramm No. 208 an Sir E. Goschen¹⁾, das gleichlautend an Sie ging, wird Ihnen als Richtschnur dienen. Ich habe im gleichen Sinne mit dem österreichischen Botschafter gesprochen²⁾.

(34608)

No. 188

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

No. 124

Auswärtiges Amt, den 27. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Graf Mensdorff teilte mir heute auftragsgemäß mit, daß die serbische Regierung die Forderungen abgelehnt habe, die die österreichische Regierung an sie stellen mußte, um die vitalsten Interessen Österreichs dauernd zu sichern. Serbien bekunde damit, daß es nicht die Absicht habe, seine umstürzlerischen, auf die stete Beunruhigung der österreichischen Grenzländer und ihre schließliche Los-trennung von der österreichischen Monarchie gerichteten Bestrebungen aufzugeben. Nur widerstrebend und sehr gegen ihren Willen sähe sich die österreichische Regierung in die Notwendigkeit versetzt, schärfere Mittel anzuwenden, um Serbien zu einer grundsätzlichen Änderung seiner bisherigen feindseligen Haltung zu zwingen. Wie der britischen Regierung bekannt sei, habe sich die österreichische Regierung viele Jahre hindurch bemüht, mit ihrem unruhigen Nachbarn ein Auskommen zu finden, obwohl ihr dies durch die fortgesetzten Provokationen Serbiens sehr erschwert worden sei. Der Mord von Serajewo habe aller Welt geoffenbart, welch entsetzliche Folgen die serbische Propaganda bereits gezeitigt habe und welch dauernde Bedrohung sie für Österreich bilde. Wir würden daher begreifen, daß die österreichische Regierung den Augenblick für gekommen halten müsse, sich mit dem größten Nachdruck Garantien zu verschaffen, um die entschiedene Unterdrückung der serbischen Aspirationen und damit die Ruhe und Ordnung an der südöstlichen Grenze Österreichs zu gewährleisten. Da die zu diesem Zwecke angewendeten friedlichen Mittel erschöpft seien, müsse die österreichische Regierung endlich zu den Waffen greifen. Sie habe sich nicht ohne Widerstreben dazu ent-

¹⁾ No. 176.

²⁾ No. 188.

schlossen. Ihr Vorgehen, dem jede aggressive Tendenz fernliege, könne nicht anders denn als Akt der Selbstverteidigung dargestellt werden. Auch glaube sie einem europäischen Interesse zu dienen, wenn sie Serbien daran hindere, fernerhin wie während der letzten zehn Jahre ein Element der allgemeinen Beunruhigung zu sein. Das hochentwickelte Gerechtigkeitsgefühl des britischen Volkes und seiner Staatsmänner könne die österreichische Regierung nicht tadeln, wenn sie ihren Besitz mit dem Schwerte verteidige und ihr Verhältnis zu einem Lande kläre, dessen feindselige Politik sie seit Jahren zu kostspieligen, das österreichische Nationalvermögen schwer schädigenden Maßnahmen gezwungen habe. Schließlich habe die österreichische Regierung im Vertrauen auf ihre freundschaftlichen Beziehungen mit uns das Gefühl, daß sie auf unsere Sympathie in einem ihr aufgezwungenen Kampfe und nötigenfalls auf unsere Unterstützung zur Lokalisierung des Konfliktes rechnen könne.

Graf Mensdorff fügte dem von sich aus hinzu, daß, solange Serbien der Türkei gegenübergestanden sei, Österreich nie sehr scharfe Maßnahmen ergriffen habe, weil es Anhänger der Politik der freien Entwicklung der Balkanstaaten gewesen sei. Nun, da Serbien sein Gebiet und seine Bevölkerung ohne österreichische Einmischung verdoppelt habe, sei die Unterdrückung der umstürzlerischen Ziele Serbiens eine Sache der Selbstverteidigung und Selbsterhaltung Österreichs. Er wiederholte, daß Österreich nicht beabsichtige, serbisches Gebiet an sich zu reißen oder aggressive Pläne hinsichtlich serbischen Gebiets zu verfolgen.

Ich entgegnete, daß ich die Auslegung, die die österreichische Regierung der serbischen Antwort gebe, nicht verstehen könne, und ich teilte dem Grafen Mensdorff den Inhalt der Unterredung mit, die ich heute morgen mit dem deutschen Botschafter über jene Antwort gehabt habe ¹⁾).

Graf Mensdorff gab zu, daß die serbische Antwort auf dem Papier befriedigend erscheinen möge; die Serben hätten jedoch die Mitwirkung österreichischer Beamter und Polizeiorgane abgelehnt, den einen Punkt, der eine wirkliche Bürgschaft dafür bieten würde, daß die Serben in der Praxis ihren subversiven Feldzug gegen Österreich nicht fortführten.

Ich sagte, die österreichische Regierung scheine zu glauben, daß sie Serbien selbst ungeachtet seiner Antwort bekriegen könne, ohne Gefahr zu laufen, dadurch Rußland in den Streit hineinzuziehen. Wenn sie Serbien bekriegen und zugleich Rußland zufriedenstellen könne, dann schön und gut; andernfalls aber wären die Folgen unabsehbar. Ich wies ihn darauf hin, daß diese Bemerkung einer Meinungsäußerung der deutschen Regierung entstamme. Ich befürchtete, man

¹⁾ No. 176.

werde in St. Petersburg erwarten, daß die serbische Antwort die Spannung verringere; wenn Rußland nun bemerke, daß die Spannung noch zugenommen habe, würde die Lage immer ernster werden. Schon jetzt sei die Wirkung auf Europa beängstigend. Ich hob hervor, daß unsere Flotte heute hätte auseinandergehen sollen, daß wir aber nicht in der Lage gewesen wären, dies geschehen zu lassen. Wir dächten gegenwärtig nicht daran, Reserven einzuberufen, und das Zusammenhalten unserer Flotte sei keine Drohung, aber infolge der Möglichkeit einer europäischen Feuersbrunst könnten wir unsere Streitkräfte in diesem Augenblick nicht auseinandergehen lassen. Ich erwähnte dies als Beispiel für die herrschende Besorgnis. Mir scheine, daß die serbische Antwort bereits die größte Demütigung bedeute, die ich je ein Land hätte auf sich nehmen sehen, und ich sei sehr enttäuscht, daß die österreichische Regierung die Antwort so behandle, als wäre sie so unbefriedigend wie eine glatte Ablehnung.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 48 veröffentlicht

*Siehe den Bericht des Grafen Mensdorff über diese Unterredung
in Oe II No. 72*

(34517)

No. 189

Mitteilung des italienischen Botschafters

Den 27. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Wie mir der italienische Botschafter mitteilt, ist der italienische Außenminister mit Ihrem Vorschlage einer Konferenz *à quatre* in London ganz einverstanden. Was die Frage betrifft, Rußland, Oesterreich und Serbien zu ersuchen, militärische Operationen bis zu einem Ergebnis der Konferenz aufzuschieben, so würde er das warm in Berlin empfehlen und will sich beim Berliner Kabinett nach dem in Wien einzuschlagenden Verfahren erkundigen.

A. N.

*Dies wurde Sir Rennell Rodd durch ein Telegramm mitgeteilt
(siehe BB No. 49)*

(34850)

No. 190

Parlamentsdebatten im Unterhaus, 27. Juli 1914

Herr Bonar Law: Ich möchte an den Staatssekretär des Äußern eine Frage richten, die ich ihm angekündigt habe: Ob er nämlich

dem Hause eine Auskunft über die zwischen Österreich und Serbien bestehende Lage geben wolle?

Der Staatssekretär des Äußern (Sir E. Grey): Das Haus hat natürlich durch die Presse davon Kenntnis, wie die augenblickliche Lage in Europa beschaffen ist. Ich glaube, das Haus darf beanspruchen, daß ich kurz die Haltung schildere, die Seiner Majestät Regierung bisher eingenommen hat.

Vergangenen Freitag morgen erhielt ich vom österreichisch-ungarischen Botschafter den Wortlaut der von der österreichisch-ungarischen Regierung an die Mächte gerichteten Note, die in der Presse erschienen ist und die von der österreichisch-ungarischen Regierung an Serbien gestellten Forderungen enthielt.

Am Nachmittag sah ich andere Botschafter und äußerte die Ansicht, daß, solange sich der Streitfall auf Österreich-Ungarn und Serbien allein beschränkte, wir kein Recht auf Einmischung hätten; sollten sich aber die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bedrohlich gestalten, dann würde es sich um eine Frage des europäischen Friedens handeln: ein Umstand, der uns alle angehe.

Ich wußte damals noch nicht, welchen Standpunkt die russische Regierung in der Sache eingenommen hatte, und in Unkenntnis der möglichen weiteren Entwicklung vermochte ich keine sofortigen Vorschläge zu machen. Aber ich äußerte, daß, falls die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bedrohlich werden sollten, die einzige Friedensaussicht mir zu sein scheine, daß die vier nicht unmittelbar an der serbischen Frage interessierten Mächte — Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien — sowohl in St. Petersburg wie in Wien gemeinsam und gleichzeitig dahin wirken sollten, Österreich-Ungarn und Rußland zum Aufschub militärischer Operationen zu veranlassen, während die vier Mächte sich bemühten, zu einer Schlichtung zu gelangen.

Nachdem ich gehört, daß Österreich-Ungarn die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abgebrochen habe, machte ich gestern nachmittag telegraphisch den folgenden Vorschlag, den ich als einen gangbaren Weg betrachte, um die schon geäußerten Ansichten nutzbringend zu verwerten.

Ich beauftragte die Botschafter Seiner Majestät in Paris, Berlin und Rom, die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu fragen, ob sie geneigt wären, Weisung zu geben, daß der französische, deutsche und italienische Botschafter in London mit mir zu einer unverzüglich in London abzuhaltenden Konferenz zusammentreten sollten, um Mittel und Wege zur Behebung der augenblicklichen Schwierigkeiten ausfindig zu machen. Gleichzeitig wies ich Seiner Majestät Botschafter an, die genannten Regierungen zu bitten, sie möchten ihre Vertreter in Wien, St. Petersburg und Belgrad ermäch-

tigen, die dortigen Regierungen über die vorgeschlagene Konferenz mit dem Ersuchen zu unterrichten, alle aktiven militärischen Operationen auszusetzen, um das Ergebnis der Konferenz abzuwarten.

Die Antworten darauf sind noch nicht vollständig eingegangen, und es handelt sich natürlich um einen Vorschlag, bei dem das Zusammenwirken aller vier Mächte notwendig ist. In einer solch ernsten Krise müssen die Bemühungen einer Macht allein, den Frieden zu erhalten, ganz erfolglos bleiben.

Die dabei zur Verfügung stehende Zeit war so kurz, daß ich den Vorschlag wagen mußte, ohne wie sonst üblich vorher sondiert zu haben, ob man ihn gut aufnehmen würde. Doch wenn die Lage so ernst und die Zeit so kurz ist, kann man das Wagnis, etwas Unwillkommenes oder Fruchtloses vorzuschlagen, nicht vermeiden. Meinem Gefühl nach sollte die serbische Antwort aber, vorausgesetzt, daß der heute morgen in der Presse veröffentlichte Wortlaut, wie ich annehme, richtig ist, doch wenigstens eine Grundlage bieten, um es einer wohlwollenden und unparteiischen Mächtegruppe unter Einfluß der Mächte, die gleichermaßen das Vertrauen Österreich-Ungarns und Rußlands genießen, zu ermöglichen, eine allgemein annehmbare Schlichtung herbeizuführen.

Jedem, der über die Lage nachdenkt, muß in die Augen springen, daß in dem Augenblick, da der Streitfall nicht mehr auf Österreich-Ungarn und Serbien allein beschränkt bleibt, sondern sich durch den Hinzutritt einer anderen Großmacht erweitert, er nur in der größten Katastrophe, die den europäischen Kontinent je mit einem Schlag befallen hat, enden kann. Niemand vermag zu sagen, wohin die durch einen derartigen Konflikt hervorgerufenen Ereignisse etwa führen würden; die mittelbaren und unmittelbaren Folgen eines solchen Zusammenstoßes wären unberechenbar.

Herr Harry Lawson: Darf ich den sehr ehrenwerten Herrn fragen, ob es wahr ist, daß der Deutsche Kaiser heute morgen grundsätzlich die von ihm vorgeschlagene Vermittlung angenommen hat?

Sir Edward Grey: Ich höre, daß die deutsche Regierung im Prinzip dem Gedanken einer Vermittlung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland wohlwollend gegenübersteht; daß jedoch ihre Antwort auf den besonderen Vorschlag, jenes Prinzip mittels einer Konferenz, wie ich sie dem Hause geschildert habe, nutzbar zu machen, noch nicht eingegangen ist.

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 34

Budapest, den 24. Juli 1914

Euerer Exzellenz

hatte ich die Ehre, in meinem heutigen Telegramm No. 2¹⁾ zu berichten, daß der gestern von der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad unternommene Schritt von der Budapester Presse fast ausnahmslos günstig aufgenommen wurde.

Zur Bestätigung dessen gestatte ich mir, hiermit eine kurze Zusammenstellung der von den wichtigeren Zeitungen veröffentlichten Ansichten zu unterbreiten.

Der „Az Ujság“, ein Regierungsorgan, schreibt, daß ein Kommentar überflüssig ist, da weder in der Monarchie noch im Ausland eine Meinungsverschiedenheit über die wirklichen Tatsachen bestehen könne, wie sie in der Note dargelegt sind. Der energische Charakter der Forderungen entspreche dem Ernst der festgestellten Tatsachen. Die Hoffnung gelangt zum Ausdruck, daß Serbien Mittel und Wege finden wird, um die allerschlimmsten Folgen abzuwenden. Die ungarische Nation müsse die Entwicklung in ruhiger Fassung und im vollen Bewußtsein ihrer Kraft und Schlagfertigkeit abwarten.

Der „Budapesti Hirlap“, ein Regierungsblatt, meint, die in der Note gestellten Forderungen seien derart, daß ein Staat, der mit seinem Nachbarn im Frieden leben will, ihre Erfüllung nicht verweigern könne. Die Lage ist ernst, sagt der „Budapesti Hirlap“, aber gerade deshalb dürfe man hoffen, daß Serbien die Forderungen annehmen werde.

Der „Pester Lloyd“, ein Regierungsorgan, schreibt, Serbien müsse sich klar sein, daß die Geduld Österreich-Ungarns erschöpft und der Tag der Abrechnung gekommen sei. Die Untersuchung in Serajewo habe den zweifelsfreien Beweis für die Mitschuld serbischer Offiziere und Beamten an der Ermordung des Erzherzogs erbracht, und ebenso für das Bestehen einer ungehemmten, wenn nicht tatsächlich geförderten Bewegung innerhalb der serbischen Grenzen, die sich gegen die Integrität der Monarchie richte. Recht und Wahrheit seien auf seiten Österreich-Ungarns, und wenn Serbien innerhalb 48 Stunden nicht bedingungslos angenommen habe, dann bleibe nur noch der Krieg übrig. Der „Pester Lloyd“ ruft die Mächte an, sich nicht in diesen Streit zu mischen, der bloß Öster-

¹⁾ No. 106.

reich und Serbien angehe; Serbien werde jede Einmischung als Ermutung ansehen, sein früheres Verhalten gegen die Monarchie fortzusetzen.

Der „Pesti Hirlap“, ein Oppositionsblatt, schreibt, es sei nutzlos, die Tatsache verbergen zu wollen, daß die Note ein förmliches Ultimatum ist, und daß die Zukunft einzig von der Antwort Serbiens abhängen.

Der „Pesti Napló“, ein Oppositionsorgan, sagt, daß der entschiedene Ton der Note die Monarchie vor ein *fait accompli* stellt, von dem es kein Zurück mehr gebe. Die Entscheidung liege in den Händen Serbiens. Es werde ihm nicht leicht fallen, die österreichischen Bedingungen anzunehmen, aber wenn Serbien es über sich bringen könne, diesen schweren Schritt zu tun, dann vermöge es sowohl für sich wie für die Monarchie den Frieden und eine Zeit der Ruhe zu sichern. Im andern Fall bedeute es den Krieg. Die Ungarn hätten nichts zu befürchten und würden ihre Pflicht tun.

Der „Budapest“, ein Oppositionsblatt, billigt die Demarche der Regierung und erblickt in der Note einen Beweis für die ruhige und doch entschlossene Haltung einer Nation, der eine tödliche Beleidigung widerfuhr.

Das „Neue Pester Journal“ (1867er Partei) ist der Ansicht, daß die Forderungen der Note schwer sind, daß sie aber von der Notwendigkeit, die Integrität der Monarchie zu wahren, vorgeschrieben wurden. Serbien stehe es frei, sie anzunehmen, sonst werde die Monarchie berechtigt sein, es mit Waffengewalt dazu zu zwingen.

Der „Alkotmány“, das Organ der klerikalen Partei, behauptet, daß der Schritt der Regierung notwendig war und daß die Nation die Folgen vertrauensvoll und gefaßt tragen werde.

Das „Budapester Tagblatt“, eine unabhängige Zeitung, bezeichnet die Note als würdevoll im Ton und inhaltlich als fest und entschieden und meint, daß sie nur die gewünschte „Klärung“ und nicht einen europäischen Krieg herbeiführen könne, da keine Macht eine Mordpolitik unterstützen wolle.

Bloß die sozialistischen Blätter und insbesondere die „Népszava“ protestieren gegen den in Belgrad unternommenen Schritt, den sie als das Werk der Autokratie bezeichnen. Die „Népszava“ erklärt, daß die Arbeiterklassen gegen den Krieg seien, der durch die Sünden der Monarchie heraufbeschworen werde, und vertritt die Ansicht, daß das Ultimatum auf eine Weise abgefaßt wurde, um seine Annahme durch Serbien unmöglich zu machen.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

(Privat)

No. 192

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Britische Botschaft, Paris, den 27. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Ich bin sicher, daß die französische Regierung keinen Krieg will, und man sollte sie ermutigen, einen Druck auf die russische Regierung auszuüben, nicht die alberne und altmodische Pose einzunehmen, daß Rußland der Schirmherr aller slawischen Staaten — und zwar ungeachtet ihres Benehmens — sei, denn das wird zum Kriege führen.

Ich glaube nicht, daß der Deutsche Kaiser und seine Regierung an der Formulierung der Bedingungen der österreichischen Note beteiligt waren, da sonst der Kaiser nicht auf seiner Jacht herumge-reist wäre.

Die Straßenkundgebungen in Paris sind nichts im Vergleich zu denen in Berlin, wo die Haltung der Bevölkerung nicht beruhigend ist.

Iswolsky wird heute oder morgen hier zurückerwartet und er ist kein Element des Friedens.

Wenn Sie mit den Botschaftern Frankreichs, Deutschlands und Italiens Zusammenkünfte abhalten, dann nennen Sie das Beratungen, denn die Österreicher würden eine Art Wiederholung der Londoner Reunionen, die man schließlich die Londoner Konferenz betitelte, übel aufnehmen. Das käme ihnen so vor, als würden sie wie ein kleiner Balkanstaat behandelt werden.

Der durch Herrn Berthelot vertretene Quai d'Orsay ist gegen den deutschen Botschafter nicht *coulant* genug. Man hätte wohl nach seinem Vorschlag mit einer Preßnotiz einverstanden sein können, daß seine *démarches* sehr freundschaftlich gewesen seien, und daß dabei der *solidarité* Erwähnung getan würde.

Ihr aufrichtig ergebener

Francis Bertie

(34239)

No. 193

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 369

Paris, den 27. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß das folgende Communiqué in der heutigen Presse erschienen ist:

„L'Ambassadeur d'Allemagne et le Président du Conseil par intérim ont eu un nouvel entretien au cours duquel ils ont recherché les moyens d'action des Puissances pour le maintien de la paix.“

Dies Communiqué wurde ohne Zweifel ausgegeben, um einer chauvinistischen Bewegung in der Presse Einhalt zu tun, deren Beginn ich die Ehre hatte, Ihnen durch mein Telegramm No. 82 vom 25. d. M. zu melden¹⁾. Der Zweck dieser Bewegung war, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß der deutsche Botschafter in Paris im Auftrag seiner Regierung auf dem Auswärtigen Amt eine Demarche unternommen habe, die darauf hinauslief, Frankreich auf brutale Art zu verstehen zu geben, daß, falls andere Mächte dem Streite nicht fernblieben, sie es mit Deutschland zu tun bekämen und dann eine allgemeine europäische Feuersbrunst in Aussicht stünde. Das „Echo de Paris“ marschierte an der Spitze der Bewegung, die von anderen nationalistischen Organen und bis zu einem gewissen Grade vom „Temps“, sowie von Herrn Clemenceau in seiner Zeitung „L'Homme Libre“ aufgenommen wurde.

Hätte die französische Öffentlichkeit die Überzeugung erlangt, daß die Aktion des Herrn von Schön am Quai d'Orsay eine Art Warnung an Frankreich gewesen sei, sich ruhig zu verhalten oder die Folgen auf sich zu nehmen, so wäre hier wahrscheinlich eine große Entrüstung entstanden, und die Aufgabe jener, die daran interessiert sind, die öffentliche Meinung anzuspornen, sich im gegenwärtigen Streitfall entschieden an die Seite Rußlands zu stellen, wäre erleichtert worden.

Ich lege einen Auszug aus dem heutigen „Matin“ bei²⁾, der kurz über die gestrige Haltung der Pariser Volksmassen berichtet. Vor der österreichischen Botschaft fand eine feindliche Kundgebung statt, die entweder von Serben oder Tschechen organisiert worden sein soll. Die Polizei zerstreute die Demonstranten und der „Temps“ meldet, daß der französische Botschafter in Wien beauftragt wurde, das Bedauern der französischen Regierung über den Vorfall zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe usw.

Francis Bertie

Vgl. Telegramm No. 184

Vermerk

„Befriedigend“. — E. A. C. 29. Juli.

¹⁾ No. 123.

²⁾ Hier nicht abgedruckt.

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 370

Paris, den 27. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich hiermit die Abschrift einer Aufzeichnung des stellvertretenden Außenministers hinsichtlich der Schritte zu überreichen, die erforderlich wären, um einen Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu verhindern.

Über den wesentlichen Inhalt der Aufzeichnung habe ich in meinem heutigen Telegramm No. 88¹⁾ auf Grund einer Mitteilung berichtet, die mir der stellvertretende politische Direktor heute morgen mündlich machte.

Ich habe usw.

Francis Bertie

Anlage zu No. 194

Memorandum, das Sir F. Bertie von Herrn Bienvenu-Martin übergeben wurde

Par une note en date du 25 de ce mois, son Excellence l'Ambassadeur d'Angleterre a fait connaître au Gouvernement de la République que, d'après Sir Edward Grey, la seule manière d'assurer, si c'était possible, le maintien de la paix dans le cas où les rapports entre la Russie et l'Autriche deviendraient plus tendus serait une démarche commune à Vienne et à Saint-Pétersbourg des représentants de l'Angleterre, de la France, de l'Allemagne et de l'Italie en Autriche et en Russie; et il a exprimé le désir de savoir si le Gouvernement de la République était disposé à accueillir favorablement cette suggestion²⁾.

Le Ministre des Affaires Étrangères par intérim a l'honneur de faire connaître à son Excellence Sir Francis Bertie qu'il a invité M. Jules Cambon à se concerter avec l'Ambassadeur d'Angleterre en Allemagne et à appuyer la démarche qu'ils jugeront opportune de faire auprès du Cabinet de Berlin.

Le Gouvernement de la République a, d'autre part, conformément au désir exprimé par le Gouvernement britannique et que son Excellence Sir Francis Bertie lui a transmis par une note en date du 26 de ce mois¹⁾, autorisé M. Paul Cambon à prendre part à la réunion

¹⁾ No. 183.²⁾ No. 112.

proposée par Sir Edward Grey pour rechercher avec lui et les Ambassadeurs d'Allemagne et d'Italie à Londres, les moyens de resoudre les difficultés actuelles.

Le Gouvernement de la République est prêt également à donner aux agents français à Saint-Petersbourg, à Vienne et à Belgrade des instructions pour qu'ils obtiennent des Gouvernements russe, autrichien et serbe de s'abstenir de toute opération militaire active en attendant les résultats de cette conférence. Il estime toutefois que les chances de succès de la proposition de Sir Edward Grey reposent essentiellement sur l'action que Berlin serait disposée à Vienne [*sic*]. Une démarche auprès du Gouvernement austro-hongrois pour amener la suspension des opérations militaires paraît vouée à l'échec si l'influence de l'Allemagne ne s'est pas exercée au préalable sur le Cabinet de Vienne.

Le Garde des Sceaux, Président du Conseil et Ministre des Affaires Étrangères par intérim, saisit cette occasion de renouveler, &c.
Paris, le 27 juillet 1914

*Mit Übersetzung im BB No 51 (ohne den letzten Satz des Briefes)
veröffentlicht
Vgl. den letzten Absatz von F No. 50*

(34291)

No. 195

Herr Chilton an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 114

Haag, den 27. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich fragte den Minister des Äußern heute morgen, ob er über die politische Lage in Europa besonders besorgt sei. Seine Exzellenz meinte, er neige eher dazu, sie optimistisch zu beurteilen.

Ich habe seitdem erfahren, daß alle Kabinettsmitglieder, die auf dem Lande oder im Auslande waren, nach dem Haag zurückberufen wurden und daß die Königin heute hierher zurückkehrte und einen Ministerrat abhielt.

Der rumänische Gesandte hat mir soeben telephonierte, er höre, daß die holländische Armee mobil gemacht werden solle, aber ich glaube, dies ist den Tatsachen ein wenig vorausgeeilt, und ich kann keine Bestätigung des Gerüchtes erlangen.

Ich habe usw.

H. G. Chilton

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 225

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf mein heutiges Telegramm No. 167¹⁾, das den Wortlaut einer amtlichen Mitteilung an die Presse über das von Österreich-Ungarn an Serbien gerichtete Ultimatum wiedergibt, hiermit die Übersetzung eines weiteren amtlichen Communiqués zu übermitteln, das heute in der „Wetschnoje Wremja“ veröffentlicht wurde. Obwohl es augenscheinlich nur den Besuch des französischen Präsidenten im Zusammenhang mit der internationalen Politik im allgemeinen behandelt, weist doch die Presse offen in dem Sinne darauf hin, daß es in direkter Beziehung zur österreichisch-serbischen Krise steht.

Die russische Presse ist einmütig in ihrer Verurteilung des österreichischen Vorgehens gegen Serbien und in der Annahme, daß Berlin die Aktion ermutigt hat oder daß es wenigstens damit einverstanden war. Mit Ausnahme der „Retsch“ nimmt die Presse eine drohende Haltung gegen Österreich ein und drängt die russische Regierung, ihre Grenztruppen sofort zu mobilisieren.

Die „Nowoje Wremja“ meldet, daß der russische Geschäftsträger in Wien die Weisung erhalten hat, der österreichischen Regierung eine Verlängerung der in der Note an die serbische Regierung festgesetzten Frist vorzuschlagen, um der russischen Regierung Zeit zu lassen, sich mit dem Inhalt der Note näher bekannt zu machen, und daß der hiesige österreichische Botschafter dem Auswärtigen Amt erst gestern morgen um 10 Uhr den Inhalt des heute abend um sechs ablaufenden Ultimatums mitgeteilt hat. Dieselbe Zeitung behauptet, der Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes habe erklärt, das österreichische Schriftstück lege den Schluß nahe, daß die österreichische Regierung entschlossen sei, Verwicklungen mit Serbien herbeizuführen. Die „Nowoje Wremja“ beschwert sich darüber, daß sich kein einziger Gesandter der Dreiverbandsmächte auf seinem Posten in Belgrad befand, während sämtliche Vertreter des Dreibundes zur Stelle waren. Sie äußert die Ansicht, daß jede serbische Regierung, die in 48 Stunden einwillige, die unverschämten Forderungen Österreichs auszuführen, in den nächsten 48 Stunden aufgehört hätte zu regieren. Man habe — unter Androhung von Gewaltmaßnahmen im Falle der Nichteinwilligung — absichtlich unannehmable Forderungen an Serbien gestellt und nach der „Nowoje Wremja“

1) No. 109.

ist die beste Antwort darauf die Veröffentlichung der beiden obenerwähnten Communiqués. Dasselbe Organ führt, indem es die Haltung der russischen Regierung billigt, aus, daß sie sich diesmal nicht unversehens überraschen ließ, sondern mit der Festigkeit gehandelt habe, die der Würde Rußlands und den Wünschen seines Volkes entspreche. Diesmal werde man Rußland einig und bereit finden. Rußland wünsche für seine innere Entwicklung den Frieden, aber wenn der Krieg komme, werde es ein Volkskrieg und nicht nur ein Krieg der Regierung sein. Die meisten Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Wien, daß der österreichische Gesandte in Belgrad den Auftrag erhalten habe, die Stadt mit seinem ganzen Stab zu verlassen, falls Serbien nicht bis sechs Uhr sämtliche Bedingungen des Ultimatums angenommen habe.

Der „Petersburgh Courier“ erklärt in einem heftigen Leitartikel, das österreichische Ultimatum sei in seiner Unverschämtheit und seinem Zynismus ohne Beispiel, und zwar nicht nur hinsichtlich Serbiens, sondern auch des Dreiverbandes. Er bezweifelt nicht, daß Deutschland den österreichischen Angriff ermutigt, und schreibt das Verhalten der beiden Länder der schlechten Geschäftsleitung der Dreiverbandsmächte im nahen Osten zu. In dem Artikel heißt es, die Annahme der Forderungen durch Serbien sei ausgeschlossen und die einzige Hoffnung, die Lage zu retten, beruhe auf einem energischen Vorgehen des Dreiverbandes. Der „Petersburgh Courier“ drängt Rußland, seine Grenztruppen unverzüglich zu mobilisieren und die österreichische Regierung wissen zu lassen, daß Serbien nicht allein gegen Österreich zu kämpfen haben werde.

Die „Retsch“ meint, aus der russischen Note an Österreich, die eine Fristverlängerung vorschläge und die österreichisch-serbische Frage der internationalen Beurteilung unterbreite, gehe klar hervor, daß die russische Regierung die Lage nicht verstehe. Österreich und Deutschland hätten die Notwendigkeit, den Streitfall zu lokalisieren, betont, und Graf Tisza habe ausdrücklich verkündet, daß es sich hier um ein Nachgeben oder den Krieg handle. Die „Retsch“ ist gegen eine Intervention; sie erinnert ihre Leser daran, daß die Bundesgenossen Rußlands ihre Unlust, sich wegen Verwicklungen im nahen Osten auf einen Konflikt einzulassen, bisher deutlich gezeigt haben, und fügt dem hinzu: „unsere englischen Freunde erteilen uns bereits den klugen Rat nachzugeben“. Der Verfasser ist der Ansicht, das Ultimatum sei der erste Zug in einem abgekarteten Spiel, um den Dreiverband in einen europäischen Krieg zu verwickeln, und es sei noch möglich, der Schlinge zu entgehen. Doch der einzige Weg, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren, bestünde, wie die „Retsch“ behauptet, darin, daß man von jeder Ermutigung Serbiens absehe, worin Rußland bereits bis zu einem gewissen Grade gefehlt habe.

Nach der „Bourse Gazette“ schwebte innerhalb der letzten vierzig Jahre die Frage von Krieg oder Frieden in Europa nie so auf der Schneide, und die volle Wucht des Ultimatums mache sich in Petersburg und Paris mehr als in Belgrad fühlbar. Die „Bourse Gazette“ gibt Serbien den Rat, die Lage sorgsam zu erwägen, ehe es einen Entschluß faßt, gleichzeitig warnt sie aber Österreich, daß das Rußland von 1914 nicht mehr das Rußland von 1908 sei und daß, einerlei wie ein österreichisch-serbischer Krieg auch ausgehen möge, Rußland nie und unter gar keinen Umständen einen Eingriff in die Integrität oder die Unabhängigkeit Serbiens dulden werde.

Der „Swjet“ meint, die Friedensaussichten seien gering und die Aussichten, den Kampf auf Österreich und Serbien zu beschränken, seien noch geringer. Dies Organ bemerkt, man glaube allgemein, daß Deutschland und Italien das österreichische Vorgehen gebilligt hätten, was bedeute, daß man in Berlin die Chancen eines Krieges sorgfältig erwogen habe. Möglicherweise ist die deutsche Regierung nach dem „Swjet“ der Ansicht, daß für Deutschland ein Krieg jetzt vorteilhafter sei als in einem oder zwei Jahren; aber wenn diese Vermutung zutreffe, dann wäre die Anwesenheit des Deutschen Kaisers in den norwegischen Gewässern merkwürdig.

Das „Rußkoje Slowo“ meint, daß, wenn England nur ein Wort sagen würde, der Friede erhalten bliebe und daß dann Berlin und Wien gleichzeitig eine scharfe Zurechtweisung zuteil würde, die die beiden Kabinette zur Vernunft bringen werde.

Ich habe usw.

George W. Buchanan

Anlage zu No. 196

Amtliches Communiqué

(Aus der „Wetschernoje Wremja“ vom 25. Juli 1914)

Der Besuch des Präsidenten der französischen Republik hat den Regierungen der beiden verbündeten und befreundeten Nationen Gelegenheit gegeben, vollste Übereinstimmung in ihren Ansichten über verschiedene Fragen der internationalen Politik festzustellen, deren Erörterung durch ihre Sorge sowohl um die Erhaltung des Friedens wie auch des politischen Gleichgewichts in Europa und namentlich im nahen Osten veranlaßt wurde.

(34288)

No. 197

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.)

Nisch, den 28. Juli 1914

E. 8⁰ vorm.

Zwei serbische Handelsschiffe bei Orsova von ungarischem Monitor gekapert. Zwei andere serbische Dampfer beschossen und beschädigt.

Ich habe serbischer Regierung dringend größte (? Vorsicht) und Mäßigung während schwebender Versuche, friedliche Lösung herbeizuführen, empfohlen.

Im BB No. 65 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34255)

No. 198

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 175

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

A. 27. Juli 8⁴⁰ nachm.

E. 28. Juli 9⁰ vorm.

Mein Telegramm No. 173 vom 27. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Ich fand Minister des Äußern heute nachmittag sehr versöhnlich und zuversichtlicher gestimmt. Er sagte, er wisse nicht, ob Österreich auf freundschaftlichen Meinungsaustausch, den er vorgeschlagen, eingehen werde; aber wenn ja, dann möchte er während der ganzen Dauer der sich ergebenden Besprechungen in enger Fühlung mit den anderen Mächten bleiben. Er werde seinen ganzen Einfluß in Belgrad aufbieten, um serbische Regierung zu veranlassen, Österreich soweit als möglich Genugtuung zu geben; doch die territoriale Integrität Serbiens müsse verbürgt und seine Rechte als souveräner Staat müßten geachtet werden, damit es nicht zum Vasallen Österreichs werde. Er warf Gedanken hin, Mächte könnten, um Österreich in Zukunft vor revolutionärer serbischer Propaganda zu schützen und um es zu bewegen, auf einige seiner übermäßigen Forderungen zu verzichten, vertraulich übereinkommen, ihre diplomatischen Vertreter in Belgrad anzuweisen, ständig in Fühlung miteinander zu bleiben und alle Nachrichten auszutauschen, die dem einen oder andern über gegen Österreich gerichtete serbische Machenschaften oder Verschwörungen etwa zufließen. Falls ihnen eine derartige Nachricht zuginge, sollten sie ermächtigt sein, Druck auf serbische Regierung auszuüben, um Heran-

¹⁾ No. 170.

reifen solcher Verschwörungen zu verhindern. Während keine Rede davon sein dürfe, ihnen Charakter einer internationalen Kommission zu verleihen, würden Gesandte durch Zusammenwirken imstande sein, antiösterreichische Bewegungen scharf zu beaufsichtigen. Er wies wieder auf Tatsache hin, daß 1908* von Serbien übernommene Verpflichtungen, auf die österreichisches Ultimatum Bezug nahm, Mächten gegenüber eingegangen seien. Auf meine Frage, ob er Absicht habe, diesbezüglichen Vorschlag zu machen, meinte Seine Exzellenz, das wäre sehr schwierig für ihn. Er würde bei weitem vorziehen, daß Vorschlag von Ihnen ausginge, und er bat mich, Ihnen zu sagen, daß er im Falle Ihrer Zustimmung dankbar wäre, wenn Sie damit hervortreten könnten.

Ich erkundigte mich dann, ob er von Ihrem Vorschlag einer Konferenz der vier Mächte¹⁾ gehört habe, und als er dies bejahte, teilte ich ihm vertraulich Weisungen, die Sie an mich gesandt, mit und fragte, ob er direkten Gedankenaustausch, den er vorgeschlagen habe, solch einer Konferenz vorziehe. Deutscher Botschafter, den ich soeben gesprochen, hätte persönliche Ansicht geäußert, daß ersteres Österreich genehmer wäre. Seine Exzellenz bemerkte, er sei durchaus bereit, aus der Sache herauszubleiben, wenn andere Mächte Konferenz annähmen, aber er hoffe bestimmt, Sie würden in diesem Falle mit russischem Botschafter in Fühlung bleiben.

Von meinen drei Kollegen hat bislang nur italienischer Botschafter Weisungen erhalten.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 55 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Stellen)
veröffentlicht*

(34312)

No. 199

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 111

Wien, den 27. Juli 1914

A. 27. Juli 12⁷ vorm.

E. 28. Juli 10³⁰ vorm.

Der russische Botschafter hatte heute eine lange und ernste Unterredung mit Baron Macchio, dem Unterstaatssekretär des Äußern²⁾. Er sagte, da er gerade von St. Petersburg auf seinen Posten zurückgekehrt, sei er über den Stand der öffentlichen Meinung Rußlands und über die Ansichten der russischen Regierung gut unterrichtet. Er

¹⁾ No. 140.

²⁾ Vgl. R No. 41.

* Richtig: 1909.

könne dem Unterstaatssekretär versichern, daß, wenn Krieg mit Serbien wirklich ausbreche, seine Lokalisierung unmöglich sei, weil Rußland, das bei früheren Gelegenheiten und namentlich in der Annexionskrise von 1909 nachgegeben habe, dazu nicht mehr bereit sei. Er hoffe daher ernstlich, daß vor einem tatsächlichen Einfall in Serbien noch etwas geschehen könne. Unterstaatssekretär entgegnete, daß dies nun schwierig sein dürfte, da schon ein Scharmützel an der Donau stattgefunden habe, bei dem die Serben die Angreifer gewesen seien. Russischer Botschafter erwiderte, er werde sein Äußerstes tun, um die Serben während etwa noch stattfindender Verhandlungen ruhig zu halten, und er sagte mir, er werde der russischen Regierung raten, die serbische Regierung zu veranlassen, daß sie sich vor einem eventuellen österreichischen Vormarsch zurückziehe und solange als möglich einen Zusammenstoß vermeide. Derart gewonnene Zeit sollte genügen, um Lösung zu finden. Er habe eben von einer befriedigenden Unterredung gehört, die der russische Minister des Äußern gestern mit dem österreichischen Botschafter in St. Petersburg gehabt habe. Ersterer hätte zugegeben, daß vieles an der österreichisch-ungarischen Note an Serbien durchaus annehmbar sei, und sie hätten sich in der Tat über die Bürgschaften so gut wie geeinigt, die man vernünftigerweise von Serbien für sein künftiges Wohlverhalten Österreich-Ungarn gegenüber fordern könne. Russischer Botschafter ersuchte dringend, daß der österreichische Botschafter in St. Petersburg ermächtigt werden solle, Besprechung mit russischem Außenminister fortzusetzen, der durchaus geneigt sei, Serbien Nachgiebigkeit in allem anzuraten, was Österreich-Ungarn billigerweise von einem unabhängigen Staat verlangen könne. Unterstaatssekretär versprach, diese Anregung dem Minister des Äußern zu unterbreiten.

Russischer Botschafter ist hinsichtlich möglicher Beilegung etwas hoffnungsvoller gestimmt infolge ihm wie auch mir vom französischen Botschafter mitgeteilten Umstandes, wonach deutscher Botschafter in Paris gestern abend Bemerkungen zur französischen Regierung machte, die dartun, daß Deutschland nicht mehr gänzlich Gedanken der Vermittlung ausschließe, um Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhüten. Russischer Botschafter meint jedoch, beste Aussicht für Regelung liege, wie von ihm vorgeschlagen, in direkter Unterhandlung mit St. Petersburg.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 56 (paraphrasiert und ohne letzten Absatz)
veröffentlicht*

Vermerk

Der erste Hoffnungsschimmer. — E. A. C. 28. Juli.

(34304)

No. 200

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 112

Wien, den 27. Juli 1914

A. 12⁴⁵ vorm.

E. 11⁰ vorm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:
„Bestätigung, daß VIII. Armeekorps ganz und IX. wenigstens teilweise mobil gemacht. Hauptbahnlinie Prag—Pilsen—Wien—Budapest—Temesvar während Transportperiode gesperrt, scheint auf Einschluß dieser Korps in Feldarmee hinzuweisen.

Alle Kavallerieregimenter II. Armeekorps nun im Abmarsch nach Galizien und jetzt Mobilmachung von 6 Feldartillerieregimentern. Ein anderes Regiment II. Armeekorps Wien heute verlassen, noch ungewiß welches.

Konsul in Ragusa meldet Abmarsch Truppen nach Castelnuovo. Lokalblätter veröffentlichen Berichte über große Tätigkeit in Montenegro.

Teilmobilmachung wird gemeldet.

Zuverlässigen Nachrichten zufolge soll XII. Armeekorps vorerst nur teilweise mobil gemacht werden.

Eisenbahnen zwischen Hermannstadt und Kronstadt und rumänischer Grenze dauernd für öffentlichen Verkehr gesperrt.

Grenze Versammlungsraums in Südungarn scheint jetzt von Mitrovitza nach Jca im Westen, nach Bazfracs (*sic*)¹⁾ (südlich Weißkirchen) im Osten zu verlaufen.

Mein italienischer Kollege sagt mir, er habe zuverlässige Nachricht, daß Tiroler Truppen von Grenze zurückgezogen und ganzes XIV. Armeekorps in Reserve gehalten wird.

Ich hörte heute inoffiziell, daß die Militärattachés sich voraussichtlich 3. August nach noch unbekanntem Bestimmungsort begeben werden.“

(34339)

No. 201

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 457

Konstantinopel, den 27. Juli 1914

A. 27. Juli 9³⁰ nachm.

E. 28. Juli 11⁵⁵ vorm.

Großwesir sagt mir, daß er bereit war, morgen nach Brüssel zu reisen, aber Unterbrechung der Bahnverbindungen und offenbar Rück-

¹⁾ Sollte wahrscheinlich Bazias heißen.

kehr griechischen Ministerpräsidenten nach Athen wird alsbaldiges
Zusammentreffen verhindern, das, wie er hofft, nur aufgeschoben ist.
(Gleichlautend nach Athen)

(34346)

No. 202

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 125

Rom, den 27. Juli 1914

A. 27. Juli 9¹⁵ nachm.

E. 28. Juli mittags

Mein Telegramm No. 123 vom 26. Juli:¹⁾ Österreich und Serbien.

Ich habe soeben Minister des Äußern gesprochen, der nach Rom zurückgekehrt ist. Er bezweifelt sehr, ob Deutschland geneigt sein wird, Österreich aufzufordern, militärische Aktion vor Konferenz einzustellen, hofft jedoch, daß militärische Aktion durch sofortigen Zusammentritt der Konferenz faktisch aufgeschoben werden könne. Nach gegenwärtigen Nachrichten sieht er keine Möglichkeit, daß Österreich von irgendeinem der in Note an Serbien niedergelegten Punkte ablassen werde, meint aber, daß, wenn Serbien sie noch nachträglich annehme, Österreich sich zufriedengeben würde, und wenn es Grund zum Glauben habe, daß Mächte entsprechenden Rat erteilen, würde Österreich Aktion vielleicht aufschieben. Serbien lasse sich möglicherweise dazu bringen, Note auf Rat der vier zur Konferenz eingeladenen Mächte vollständig anzunehmen. Das würde Gesicht Serbiens wahren, indem es ihm zu denken gestatte, daß es Europa und nicht Österreich allein nachgegeben habe.

Dies ist auch Ansicht serbischen Vertreters hier, vorausgesetzt, daß erklärt werden könnte, wie Punkt 5 und 6 der Bedingungen ausgelegt würden.

Minister des Äußern sagte mir vor und nach Mitteilung der Note und heute wieder aufs bestimmteste, Österreich habe ihm zugesichert, daß es kein Gebietsopfer von Serbien verlange.

Wiener Telegramme an hiesige Presse, wonach Österreich Erklärungen italienischer Regierung günstig beurteile, seien unbegründet. Er habe Österreich gegenüber keine Ansicht über Note geäußert.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 57 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles)
veröffentlicht*

¹⁾ No. 154.

(34255)

No. 203

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 388

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 1²⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 175 vom 27. Juli¹⁾.

Es ist höchst erfreulich, daß Aussicht auf einen direkten Meinungsaustausch zwischen der russischen und österreichischen Regierung besteht.

Ich würde gerne mit irgendeinem praktischen Vorschlag zur Förderung der Sache hervortreten, aber ich bin mir nicht ganz klar darüber, was die Gesandten in Belgrad nach Ansicht des russischen Außenministers tun sollen. Könnte er sich nicht zuerst im Gedankenaustausch mit Österreich bereit erklären, bei einem derartigen Plan mitzuwirken? Dieser dürfte dann vielleicht bestimmtere Gestalt annehmen.

(Gleichlautend nach Paris No. 253; nach Berlin No. 216; Wien No. 174; Rom No. 213 und Nisch No. 28)

Im BB No. 69 (leicht paraphrasiert) veröffentlicht

(34228)

No. 204

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 252

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 89 vom 27. Juli²⁾.

Abneigung der Franzosen entspringt vermutlich dem Wunsche, Anschein zu vermeiden, als seien sie uneins mit Rußland, und ich kann sie nicht drängen, diese Gefahr zu laufen.

(34427)

No. 205

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 126

Rom, den 28. Juli 1914

A. 12¹⁰ nachm.

E. 2¹⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 200 vom 25. Juli³⁾ nach Berlin.

Ich habe Inhalt dem Außenminister mitgeteilt, der unverzüg-

¹⁾ No. 198.

²⁾ No. 184.

³⁾ No. 120.

lich in genau den gleichen Ausdrücken nach Berlin und Wien telegraphiert hat.

Im BB No. 63 veröffentlicht

(34519)

No. 206

Mitteilung des russischen Botschafters, 28. Juli 1914

Télégramme de M. Sazonoff en date du 14/27 Juillet 1914

Répété à Paris et à Berlin

Confidentiel

L'Ambassadeur d'Angleterre est venu s'informer si nous jugeons utile que l'Angleterre prenne l'initiative de convoquer à Londres une conférence des Représentants de l'Angleterre, la France, l'Allemagne et l'Italie, pour étudier une issue à la situation actuelle.

J'ai répondu à l'Ambassadeur que j'ai entamé des pourparlers avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie, en conditions que j'espère favorables. Pourtant je n'ai pas encore reçu de réponse à la proposition que j'ai faite d'une revision de la note entre les deux Cabinets.

Si des explications directes avec le Cabinet de Vienne se trouvaient irréalisables, je suis prêt à accepter la proposition anglaise, ou toute autre de nature à résoudre favorablement le conflit.

Je voudrais pourtant écarter dès aujourd'hui un malentendu qui pourrait surgir de la réponse donnée par le Ministre de la Justice Français à l'Ambassadeur d'Allemagne, concernant des conseils de modération à donner au Cabinet Impérial.

Mit Übersetzung im BB No. 53 veröffentlicht

Vgl. No. 179

Anmerkung: Das Dokument stellt so, wie im Blaubuch und hier zum Abdruck gelangt, eine genaue Wiedergabe des Maschinenschriftblattes dar, das Graf Benckendorff auf dem Auswärtigen Amt hinterlassen hat. Aus der später nach den Archiven in St. Petersburg veröffentlichten Fassung geht hervor, daß der folgende Schlußatz des Originals, wie es dem Grafen Benckendorff telegraphisch zugeing, weggelassen wurde:

S'il s'agit d'une action modératrice quelconque à St. Pétersbourg, nous la déclinons à l'avance, vu que dès le début nous avons pris une position à laquelle nous ne pouvons rien changer, car nous allons déjà au-devant de toutes les exigences acceptables de l'Autriche.

Eine Prüfung des vom Grafen Benckendorff ausgehändigten Dokumentes zeigt in der Tat, daß das untere Ende der Seite abgeschnitten wurde. Die Erklärung dafür scheint zu sein, daß dies Telegramm, das ursprünglich an den russischen Botschafter in Paris gerichtet war, aus zwei Teilen bestand, die im russischen Original klar unterschieden sind. Die ersten drei Absätze

bezogen sich nämlich auf die Vorschläge, die Sir George Buchanan Herrn Sasonow in St. Petersburg übermittelte; dagegen bezogen sich die letzten beiden Absätze auf eine Mitteilung, die Herrn Sasonow durch Herrn Iswolsky in Paris zugegangen war. Somit war es ganz natürlich, daß Graf Benckendorff an Sir Edward Grey nur den ersten und nicht auch den zweiten Teil weitergab, der mit der britischen Regierung nichts zu tun hatte. Anscheinend kam in der russischen Botschaft in London ein Versehen vor; man hätte die beiden letzten Absätze weglassen sollen, während tatsächlich nur der letzte weggelassen wurde. Der letzte Absatz ist so, wie er oben steht, offensichtlich unvollständig.

Die Wiedergabe in „The Falsifications of the Russian Orange Book“, einer Übersetzung nach der deutschen Ausgabe „Die Fälschungen des russischen Orangebuches“, ist unrichtig, denn sie erweckt den Eindruck, daß der vierte Absatz einen Teil der Bemerkungen berichtet, die Herr Sasonow zu Sir George Buchanan machte; die Schilderung ist indirekt und nicht in Absätze eingeteilt; dazu liegt auf Grund des russischen Originals keine Berechtigung vor. Die richtige Fassung ist in „Un Livre Noir“, Band II, Seite 279/80, veröffentlicht; aber dort fehlen die Worte von „concernant“ bis „Cabinet Impérial“.

(34514)

No. 207

Mitteilung des russischen Botschafters, 28. Juli 1914

Confidentiel

Le 15/28 Juillet 1914

M. Sazonoff télégraphie qu'il a eu Dimanche un entretien prolongé avec le Comte Szapary.

En examinant *la réponse de la Serbie aux*¹⁾ (avec lui les) 10 points formulés par la note Autrichienne, M. Sazonoff a fait observer sous forme amicale que si même la Serbie *a pu s'y soumettre* (s'y soumettait), malgré la rédaction malheureuse de la note Autrichienne, quelques-unes des exigences Autrichiennes seront irréalisables.

Ainsi les points 1 et 2 exigent l'assentiment législatif de la Skoupchtina Serbe à la modification des lois sur la presse et le droit d'association, assentiment qui ne pourra guère être obtenu.

Les points 4 et 5 ne manqueraient pas de provoquer des conséquences des plus dangereuses, tels que des complots anarchiques contre les Membres de la Famille Royale et le Président du Ministère, un résultat qui certainement n'entre pas dans les vues du Gouvernement Impérial et Royal.

Quant aux autres points, M. Sazonoff a dit à l'Ambassadeur qu'il lui semblait que moyennant certaines modifications dans les détails un terrain d'accord pourrait être trouvé sans difficulté, pour peu que les accusations formulées soient basées sur des preuves suffisantes.

¹⁾ Aus einer berichtigten Abschrift, die Graf Benckendorff später übermittelt hat (No. 258), geht hervor, daß die Worte in Kursivdruck unrichtig übersetzt waren; sie sind durch die unmittelbar darauffolgenden eingeklammerten Worte zu ersetzen. Siehe auch Nr. 208, Anlage 2.

M. Sazonoff a ajouté que dans l'intérêt de la paix, un intérêt que l'Ambassadeur d'Autriche venait de déclarer aussi précieux pour l'Autriche-Hongrie que pour les autres Puissances, il serait urgent de mettre fin le plus tôt possible à la tension actuelle.

Dans ce but M. Sazonoff a exprimé le désir que le Comte Szapary soit muni des pouvoirs nécessaires pour entrer avec lui dans un échange d'idées privé qui permettraient une révision de quelques points de la note Austro-Hongroise du 10/23 Juillet.

De cette façon, pense-t-il, il serait peut-être possible de trouver une formule acceptable pour la Serbie et répondant en même temps, pour l'essentiel, aux exigences du Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale.

Englische Übersetzung in R No. 25

Vermerke

Ich glaube nicht, daß die Art und Weise, in der Herr Sasonow diese „freundschaftlichen Unterhandlungen“ eröffnet hat, geeignet ist, zu einem Ergebnis zu führen. Er sagt dem österreichischen Botschafter in der Tat, daß Serbien einen Teil dessen, was es zu tun versprochen hat, nicht tun kann, und er verlangt, Österreich soll die Revision einiger Punkte der österreichischen Note mit ihm besprechen — einer Note, die bereits veröffentlicht und andern mitgeteilt worden ist. — A. N. 28. Juli 1914.

Am selben Tag, an dem ich der deutschen Regierung gegenüber nachdrücklich geltend machte, daß die serbische Note beinahe alles bewilligt habe, was Österreich verlangte, und daß die österreichische Regierung sie wohlwollend in Betracht ziehen sollte, sagte Herr Sasonow zum österreichischen Botschafter, die serbische Note sei viel weniger wert, als sie äußerlich zu sein scheine!! — E. G.

(Im Auftrag des Staatssekretärs sind die obigen Vermerke zu streichen.)¹⁾
A. N.

(34514)

No. 208

Der russische Botschafter an Sir A. Nicolson

Dienstag, den 28. Juli

Chesham House, Chesham Place, S. W.

Mein lieber Nicolson,

Ich sende Ihnen hiermit das letzte heute morgen eingegangene Telegramm Herrn Sasonows.

Ich entnehme daraus, daß er bei seiner Unterredung mit Graf Szapary nur die österreichische Note und nicht die serbische Antwort, zum mindesten nicht den Text, in Händen hatte, den er nach dem anliegenden Telegramm gestern erhielt.

¹⁾ Vgl. den Vermerk zu No. 208.

Ferner bemerke ich, daß in der Übersetzung des Gesprächs mit Graf Szapary, die ich Ihnen heute morgen gab, ein Fehler unterlaufen ist¹⁾; die richtige Übersetzung, die ich in besonderem Umschlag beifüge, liefert einen weiteren Beweis dafür, daß Herr Sasonow über die serbische Antwort nur mangelhaft unterrichtet war.

Ihr ergebener

Benckendorff

2 Anlagen.

Ich werde Ihnen eine neue berichtigte Abschrift des fraglichen Telegramms schicken²⁾.

Vermerk

Daraus geht klar hervor, daß Herr Sasonow nicht die serbische Antwort sondern die österreichische Note kritisiert hat, und die absprechenden Bemerkungen über die Äußerungen Sasonows müssen gestrichen werden³⁾. — E. G.

Anlagen zu No. 208

1)

Chesham House, Chesham Place, S. W.

Télégramme de M. Sazonoff en date du 14/27 Juillet 1914

Je viens de prendre connaissance de la réponse remise par le Gouvernement Serbe au Baron Giessl.*

Cette réponse par sa modération et la disposition exprimée par la Serbie de donner à l'Autriche la satisfaction la plus positive, dépasse tout ce que à quoi je m'attendais.

Je ne puis concevoir en quoi peuvent consister les exigences ultérieures de l'Autriche-Hongrie, à moins qu'elle ne cherche qu'une prétexte pour une campagne contre la Serbie.

2)

Bitte zu lesen „si même la Serbie s'y soumettait“ anstatt „si même la Serbie a pu s'y soumettre“.

¹⁾ No. 207.

²⁾ Siehe No. 258.

³⁾ Siehe die Vermerke zu No. 207.

* Richtig: Giesl.

Sir A. Nicolson an Sir Edward Grey

Cadogan Gardens 53, S. W., den 28. Juli 1914.

Mein lieber Grey,

Sie werden aus dem späteren Telegramm¹⁾, das mir Benckendorff schickte und das ich an Sie weitergab, ersehen haben, daß wir Sasonow unbewußt Unrecht getan haben. Er hat nämlich dem österreichischen Botschafter gegenüber nicht die serbische Antwort kritisiert sondern die österreichische Note — etwas ganz anderes —, und als er die serbische Antwort erhielt, war er sehr zufrieden damit und sagte, sie gehe in ihren Konzessionen weiter, als er für möglich gehalten habe.

Ihr aufrichtig ergebener
A. Nicolson

Der russische Botschafter an Sir A. Nicolson

Den 28. Juli abends
Chesham House, Chesham Place, S. W.

Mein lieber Nicolson,

1. Ich lege hier ein Telegramm bei, das ich sehr spät heute abend erhalten habe.

2. Je länger ich darüber nachdenke, desto mehr drängt sich mir der Schluß auf, daß Herr Sasonow die serbische Antwort nicht oder nur mangelhaft kannte, als er mit Graf Szapary sprach. Er hat überhaupt nie aus ihr zitiert. Er sagt nicht: Obgleich Serbien angenommen hat, sondern „selbst wenn Serbien annehmen sollte“. Und nachdem er gestern endlich die serbische Antwort erhalten, telegraphiert er ganz anders. Ich weiß nicht, ob all dies jetzt noch von wirklicher Bedeutung ist. Auf jeden Fall verleiht das dem Telegramm, das ich Ihnen — zu meinem großen Bedauern unrichtig übersetzt — gestern übergab²⁾, einen anderen Sinn.

Ihr aufrichtig ergebener
Benckendorff

¹⁾ No. 208. Siehe auch No. 185.

²⁾ No. 207. Vgl. auch No. 208/09.

Télégramme de M. Sazonoff en date du 15/28 Juillet 1914

Confidentiel

Mes entretiens avec l'Ambassadeur d'Allemagne confirment mon impression que l'Allemagne est plutôt favorable à l'intransigeance de l'Autriche.

Le Cabinet de Berlin, qui aurait pu arrêter tout le développement de la crise, paraît n'exercer aucune action sur son alliée.

L'Ambassadeur trouve insuffisante la réponse de la Serbie.

Cette attitude allemande est tout particulièrement alarmante.

Il me semble que mieux que toute autre Puissance l'Angleterre serait en mesure de tenter encore d'agir à Berlin pour engager le Gouvernement Allemand à l'action nécessaire. C'est à Berlin qu'indubitablement se trouve la clef de la situation.

Mit Übersetzung im BB No. 54 veröffentlicht

(34317)

No. 211

Mitteilung der französischen Botschaft

French Embassy, Londres

Le Gouvernement de la République accepte la proposition de Sir Edward Grey¹⁾ relative à une intervention de la Grande-Bretagne, de la France, de l'Allemagne et de l'Italie en vue d'éviter les opérations militaires actives sur les frontières autrichiennes, russes et serbes; il a autorisé M. P. Cambon à prendre part aux délibérations de la réunion à quatre qui doit se tenir à Londres.

L'Ambassadeur de France à Berlin a reçu pour instructions, après s'être concerté avec l'Ambassadeur d'Angleterre à Berlin, d'appuyer la démarche de ce dernier dans la forme et la mesure qui seraient jugées opportunes.

M. Viviani est prêt à envoyer aux Représentants français à Vienne, Pétersbourg et Belgrade des instructions dans le sens suggéré par le Gouvernement Britannique.

27 Juillet 1914

Mit Übersetzung im BB No. 52 veröffentlicht

¹⁾ No. 140.

Mitteilung des russischen Botschafters

Den 28. Juli 1914

Im Auftrage seiner Regierung benachrichtigte der österreichische Botschafter in Paris gestern (27.) den stellvertretenden Minister des Äußern, daß die serbische Antwort als unbefriedigend angesehen werde und daß Österreich-Ungarn jedenfalls am andern Tag (28.) energische Schritte unternehmen werde, um Serbien zu zwingen, ihm die verlangten Sicherheiten zu geben. Auf die Frage des Herrn Bienvenu-Martin, worin diese Schritte bestehen würden, erwiderte Seine Exzellenz, er sei darüber nicht genau unterrichtet, es könne sich aber nur 1. um ein Ultimatum, 2. um eine Kriegserklärung oder 3. um ein Überschreiten der serbischen Grenze handeln.

Vorstehendes durch Graf Benckendorff mitgeteilt. — A. N.

Es ist ein Telegramm, das Herr Iswolsky nach Petersburg und gleichlautend hierher gesandt hat. — A. N.

Dies wurde Sir George Buchanan am 29. Juli telegraphisch mitgeteilt

Vgl. F No. 75, sowie Oe II No. 62 und 70. Herrn Iswolskys Telegramm nach St. Petersburg ist in R No. 37 und R II veröffentlicht

Anmerkung. Der letzte Satz weicht von dem ursprünglich im russischen Orangebuch veröffentlichten Wortlaut etwas ab. So wie hier wiedergegeben, stimmt er mit demjenigen in R II und mit der Darstellung des Herrn Bienvenu-Martin überein.

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 14

Haag, den 28. Juli 1914

A. 10⁴⁰ vorm.E. 2¹⁵ nachm.

Königin der Niederlande kehrte gestern eiligst nach dem Haag zurück und hielt zweimal Ministerrat ab.

Ich höre, daß aller Urlaub in Armee und Marine eingestellt ist und daß beurlaubte Offiziere und Mannschaften zurückbeordert wurden. Vorbereitungen sind im Gange, um wenn nötig möglichst rasch

mobil zu machen. Regierung hat für Bedarfsfall alle Schlepper in Amsterdam, Rotterdam und anderen Häfen requiriert. Truppenbewegungen werden im ganzen Lande durchgeführt und Nachtübungen finden statt.

(34429)

No. 214

Generalkonsul Sinclair an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 6

Brindisi, den 28. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

E. 2³⁰ nachm.

Aus Montenegro zurückgekehrter Vizekonsul Watson meldet Mobilmachung.

Telegraphische Verbindung gestört.

Österreichisches Kriegsschiff und 3 Torpedobootszerstörer auf Höhe von Antivari.

Montenegro bereit, Häfen zu räumen.

(34431)

No. 215

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 97

Berlin, den 28. Juli 1914

A. 2³ nachm.

E. 2⁴⁵ nachm.

Mein gestriges Telegramm¹⁾.

Staatssekretär des Auswärtigen äußerte sich gestern über Ihren Vorschlag im gleichen Sinn zu meinem französischen und italienischen Kollegen. Ich habe seine Antwort heute morgen mit meinen beiden Kollegen besprochen und wir stellten fest, daß er uns allen bei Ablehnung vorgeschlagener Konferenz sagte, er wünsche dennoch mit uns für Erhaltung allgemeinen Friedens zu arbeiten. Wir schlossen daraus, daß er sich, wenn sein Wunsch aufrichtig ist, nur an Form Ihres Vorschlags stößt. Wir fragten uns daher, ob Sie Vorschlag unter Wegfall des Wortes „Konferenz“ etwa in andere Form kleiden oder ihm sogar vielleicht nahelegen könnten, er selbst möge Richt-

¹⁾ No. 185.

linien entwerfen, die ihm ein Zusammenwirken mit uns ermöglichen.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 60 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles)
veröffentlicht*

Vgl. No. 223 und F No. 73, 74

Vermerke

Sir E. Grey hat heute nach Berlin telegraphiert, daß er seine Anregungen zurückstellen will, falls überhaupt Aussicht auf direkten Meinungsaustausch zwischen Wien und St. Petersburg besteht. — G. R. C. 28. Juli 1914.

Doch abgesehen davon ist der Gedanke sehr gut, Deutschland zu fragen, was es denn den Mächten vorzuschlagen habe, wenn es — wie es behauptet — so bestrebt ist, für den Frieden zu arbeiten. — E. A. C. 28. Juli.

Ich habe diese Beteuerungen ein wenig satt und möchte nun eine wirkliche Tat sehen. Sollten direkte Besprechungen zwischen Wien und St. Petersburg stattfinden, dann würden wir besser keine neuen Vorschläge machen, um die Sache nicht zu verwirren. — A. N.

(34433)

No. 216

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 91

Paris, den 28. Juli 1914

A. 1^o nachm.

E. 2⁵⁰ nachm.

Lord Granville traf russischen Botschafter gestern abend auf Diner. Seine Exzellenz sprach ihm seine Überzeugung aus, daß Krieg unvermeidlich ist und zwar durch Schuld Englands; daß, wenn England sogleich seine Solidarität mit Rußland und Frankreich sowie seine Absicht erklärt hätte, notfalls zu kämpfen, Deutschland und Österreich gezögert hätten, während, wie die Dinge liegen, Seiner Majestät Regierung Österreich ermutigt habe. Herr Iswolsky wollte keinen Entschuldigungen zugunsten Österreichs Gehör schenken. Er meinte, daß ein Versprechen Österreichs, territoriale Integrität Serbiens zu achten, wertlos sei, wenn Serbien in Abhängigkeitsverhältnis erniedrigt würde, und daß Österreich beabsichtige, deutschen Einfluß und Macht in Richtung auf Konstantinopel auszuweiten, was Rußland ganz unmöglich zugeben könne. Er fügte hinzu, diese Eventualität sollte England ebenso zuwider sein wie Rußland. Seine Exzellenz erklärte, daß Österreich freie Hand in Serbien zu lassen eine ebensolch tiefe Demütigung für Rußland sein würde wie jene, die er selbst 1909 hatte einstecken müssen; er habe damals keine Wahl gehabt, da Rußland nicht in der Lage war zu kämpfen, aber Situation sei jetzt anders. Seine Exzellenz führte weiter aus, man habe ihn 1909 wegen seiner Annahme deutschen Vorschlags ohne vorherige Beratung mit England und Frankreich schwer getadelt,

er habe dies jedoch absichtlich getan, damit Demütigung auf Rußland allein und nicht auf alle drei Mächte der *entente* falle, was sonst deren Zusammenbruch bedeutet hätte.

(Gleichlautend nach Petersburg, 28. Juli 6³⁰ nachm., No. 394)

No. 217

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 98

Berlin, den 28. Juli 1914

A. 3³⁰ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Folgendes vom Konsulatsverweser in Danzig:

„Vier deutsche Torpedoboote, 82 S, 83 S, 84 S, 86, sind gestern, 27. Juli, ausgelaufen.“

(34231)

No. 218

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 218

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 4⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 96 vom 27. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Ihre Auslegung vorgeschlagener Konferenz ist ganz richtig. Es würde sich um kein Schiedsgericht handeln sondern um eine vertrauliche und nicht formelle Erörterung, um zu ermitteln, welcher Vorschlag im Interesse einer Schlichtung gemacht werden könnte; aber keiner würde vorgebracht werden, ehe nicht feststünde, daß er für Österreich und Rußland annehmbar wäre, mit denen die beratenden Mächte durch ihre beiderseitigen Verbündeten leicht in Fühlung bleiben könnten.

Aber ich bin ganz der Meinung, daß direkter Gedankenaustausch zwischen Österreich und Rußland das allerbeste Verfahren ist, und solange eine Aussicht darauf besteht, würde ich jeden anderen Vorschlag zurückstellen.

Ich erfahre, daß russischer Minister des Äußern österreichischer Regierung freundschaftlichen Meinungs-austausch vorgeschlagen hat, und wenn Österreich darauf eingeht, wird das ohne Zweifel Entspannung herbeiführen und Lage weniger kritisch gestalten.

Es ist sehr erfreulich, vom deutschen Botschafter hier zu hören, daß deutsche Regierung in Wien Schritte im Sinne der gestern in

¹⁾ No. 185.

meinem Telegramm No. 208 an Sie aufgezeichneten Unterhaltung¹⁾ getan hat.

Bitte den Außenminister verständigen.

(Gleichlautend nach Paris No. 255 und St. Petersburg No. 391; ebenso, aber „nur zu Ihrer persönlichen Information“, nach Wien No. 176/77, Rom No. 214/15, Nisch No. 30/31)

Im BB No. 67 (paraphrasiert und ohne letzten Satz) veröffentlicht

(34231)

No. 219

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 392

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 4⁰ nachm.

Österreich und Serbien. Mein heutiges Telegramm No. 218 an Sir E. Goschen²⁾.

Bitte russischem Außenminister gegenüber hervorzuheben, daß die Information über deutsche Mobilmachung streng vertraulich ist.

(34231)

No. 220

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 256

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 4⁵ nachm.

Österreich und Serbien. Mein heutiges Telegramm No. 218 an Sir E. Goschen³⁾.

Euere Exzellenz wollen französischem Außenminister ersten Absatz von Sir E. Goschens Telegramm No. 96 vom 27. Juli⁴⁾ und meine Antwort darauf³⁾ mitteilen.

(34449)

No. 221

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.)

Nisch, den 28. Juli 1914

A. 3⁵⁰ nachm.

E. 4¹⁵ nachm.

Serbische Regierung erwartete unmittelbar nach Abreise österreichischen Gesandten Angriff auf Belgrad und übersiedelte deshalb

¹⁾ No. 176.

²⁾ No. 218. Siehe auch No. 185.

³⁾ No. 218.

⁴⁾ No. 185.

sofort. Gegenwärtiger Feldzugsplan ist, einen möglichst großen Teil der österreichischen Armee ins Innere zu locken, um Österreich anderswo zu schwächen. Unterstaatssekretär des Auswärtigen sagt mir, daß russische Unterstützung sicher sei. Serbische Armee ist im Morawatal zusammengezogen.

Skupschtina wird wahrscheinlich morgen zusammentreten, wenn Lage klarer sein dürfte.

Vermerk

Die Erklärung, daß die russische Unterstützung gesichert ist, läßt mehr als eine Auslegung zu. Vielleicht wurde dies zweideutige Wort absichtlich gewählt. — E. A. C. 28. Juli.

(34475)

No. 222

Herr Erskine an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 128

Athen, den 28. Juli 1914

A. 4¹⁵ nachm.

E. 6⁰ nachm.

Konstantinopeler Telegramm No. 457 vom 27. Juli ¹⁾).

Herr Veniselos benachrichtigte, ohne griechische Regierung zu befragen, Großwesir durch griechischen Gesandten in Konstantinopel, daß er wegen ernster Lage und bulgarischer Mobilmachung nach Athen zurückkehre.

Sowohl Außenminister als auch König haben ihn telegraphisch dringend aufgefordert, nicht zurückzukehren, da er über Lage falsch unterrichtet sei und nichts darauf hindeute, daß Bulgarien sich rühre.

(Gleichlautend nach Konstantinopel)

(34431)

No. 223

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 220

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 6¹⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 97 vom 28. Juli ²⁾).

Da deutsche Regierung Vermittlung zwischen Österreich und Rußland durch die vier Mächte, falls notwendig, im Prinzip angenommen hat, bin ich bereit vorzuschlagen, deutscher Außenminister möchte Verfahren angeben, nach dem dies Prinzip angewendet werden

¹⁾ No. 201.

²⁾ No. 215.

könnte, aber ich will den Gedanken zurückstellen, bis wir sehen, wie die Besprechungen zwischen Österreich und Rußland fortschreiten.

Im BB No. 68 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34476)

No. 224

Herr Erskine an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 129

Athen, den 28. Juli 1914

A. 5⁰ nachm.

E. 6¹⁵ nachm.

Bukarester Telegramm No. 24 vom 27. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Außenminister definiert griechische Haltung in ähnlichen Ausdrücken, verrät aber nichts über Haltung im Falle Änderung des Status quo durch Österreich, da ihm österreichische Regierung Versicherung gegeben, daß sie keinen Gebietserwerb beabsichtige.

Er erklärt, daß griechische und rumänische Regierung Bulgarien gemeinsam gewarnt haben, sie würden seine Einmischung nicht dulden, und daß er Versicherung erhalten hat, es werde sich nicht rühren.
(Gleichlautend nach Sofia, Belgrad und Bukarest)

(34460)

No. 225

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) *En clair*

Nisch, den 28. Juli 1914

A. 2³⁰ nachm.

E. 6⁴⁵ nachm.

Telegramm hier eingetroffen, daß Österreich Krieg erklärt hat.

Im BB No. 66 veröffentlicht

Vgl. No. 233

(34463)

No. 226

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 113

Wien, den 28. Juli 1914

A. 12⁴⁰ nachm.

E. 7²⁰ nachm.

Dringend. Außenminister teilt mir mit, daß heute Krieg an Serbien erklärt werden wird.

¹⁾ No. 316. Dies Telegramm traf erst am 30. Juli ein.

(34464)

No. 227

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 114

Wien, den 28. Juli 1914

A. 1¹⁰ nachm.

E. 7⁴⁵ nachm.

Ich sprach Außenminister heute morgen.

Seine Exzellenz begann damit, mir ausführlichen Bericht über Ihre gestrige Rede im Unterhaus vorzulesen, die in Wiener Presse nicht vollständig wiedergegeben wurde. Das Ergebnis unserer Unterhaltung ist, daß Österreich-Ungarn kriegerisches Vorgehen gegen Serbien nicht hinausschieben kann und alle Anregungen, auf Grund serbischer Antwort zu unterhandeln, ablehnen müsse.

Ansehen der Doppelmonarchie stehe auf dem Spiel und nichts vermöge jetzt Konflikt zu verhindern. Weiteres Telegramm folgt.

Im BB No. 61 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles) veröffentlicht

(34484)

No. 228

Konsul Bosanquet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Riga, den 28. Juli 1914

A. 7⁴³ nachm.

E. 8⁴⁵ nachm.

Mein gestriges Telegramm¹⁾.

Schiffe werden jetzt in und aus dem Hafen gelotst.

Vertraulich wird mir mitgeteilt, daß Rigaer Zoll- und Hafenbeamten dem Befehl des Festungskommandanten unterstellt wurden. Wie verlautet, ist Güterverkehr auf gewissen Strecken wegen Truppbewegungen eingestellt. Gestern geschäftliches Code-Telegramm nach Deutschland zurückgewiesen.

(Gleichlautend an Botschaft)

(34461)

No. 229

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 92

Paris, den 28. Juli 1914

A. 7¹⁰ nachm.

E. 9¹⁵ nachm.

Gemäß Ihrem Zirkulartelegramm No. 242 vom 27. Juli nach Paris²⁾ habe ich heute nachmittag dem stellvertretenden Minister

¹⁾ No. 178.

²⁾ No. 176.

des Äußern Inhalt Ihrer Unterredung mit deutschem Botschafter laut Ihrem nach Berlin gesandten Telegramm No. 208 vom 27. Juli¹⁾ mitgeteilt.

Minister ist für die Mitteilung dankbar, denn sie bestätigt, was er über Ihre Haltung gehört hatte, und er ist fest überzeugt, daß Ihre Bemerkungen zum Botschafter eine gute Wirkung im Interesse des Friedens zwischen den Mächten haben werden.

Im BB. No. 58 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34465)

No. 230

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 115

Wien, den 28. Juli 1914

A. 4¹⁰ nachm.

E. 9⁴⁰ nachm.

Gemäß Ihrem Zirkulartelegramm No. 242 vom 27. Juli nach Paris¹⁾ habe ich heute mit Außenminister im Sinne Ihres Telegramms No. 208 vom 27. Juli nach Berlin¹⁾ gesprochen. Ich vermied das Wort „Vermittlung“, sagte aber, daß Sie wie in Ihrer Rede, die er mir eben vorgelesen, erwähnt, Hoffnung hätten, Besprechungen der vier weniger interessierten Mächte in London könnten doch noch zu einem Übereinkommen führen, das österreichisch-ungarische Regierung als befriedigend annehmen würde und das ihr tatsächliche Feindseligkeiten als unnötig erscheinen ließe. Ich fügte hinzu, serbische Antwort sei Ihrer Ansicht nach gerechten Forderungen Österreichs weit entgegengekommen; Sie betrachteten sie als angemessene Grundlage für Diskussion, während der kriegsische Operationen ruhen könnten, und österreichischer (*sic*) Botschafter spreche sich in diesem Sinne in Berlin aus. Minister des Äußern erwiderte ruhig aber bestimmt, auf Grundlage serbischer Note könne nicht in Verhandlungen eingetreten werden, heute werde Krieg erklärt werden und bekannte Friedensliebe des Kaisers — und, wie er hinzusetzen dürfe, auch die seine — könne als Gewähr dafür gelten, daß der Krieg gerecht und unvermeidlich sei. Es handle sich um eine Sache, die zwischen den beiden unmittelbar Beteiligten direkt ausgetragen werden müsse. Ich bemerkte, Sie würden mit Bedauern vernehmen, daß Feindseligkeiten jetzt nicht mehr aufgehoben werden könnten, da Sie befürchteten, sie möchten zu Verwicklungen führen, die europäischen Frieden bedrohten.

Als ich mich von Seiner Exzellenz verabschiedete, bat ich ihn

¹⁾ No. 176.

zu glauben, daß, wenn im Verlaufe gegenwärtiger schwerer Krise unser Standpunkt von seinem zuweilen abweichen sollte, dies nicht einem Mangel an Sympathie für die vielen gerechten Beschwerden Österreich-Ungarns gegen Serbien, sondern dem Umstand entspringe, daß Österreich-Ungarn seinen Streitfall mit Serbien in den Vordergrund rücke, während Sie in erster Linie um den Frieden Europas besorgt seien. Ich hätte das Vertrauen, daß diese größere Tragweite der Frage ebensolch großes Verständnis bei Seiner Exzellenz finden würde. Er entgegnete, daß er dies auch bedenke; seiner Meinung nach sollte sich Rußland aber nicht Operationen widersetzen, die wie die bevorstehenden keine Gebietserweiterung bezweckten und nicht länger hinausgeschoben werden könnten.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 62 veröffentlicht

Den Erlaß des Grafen Berchtold über diese Unterredung siehe in Oe II No. 90

(34474)

No. 231

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 127

Rom, den 28. Juli 1914

A. 7³⁰ nachm.

E. 9⁴⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 125 vom 27. Juli ¹⁾: Österreich und Serbien. Minister des Äußern hat mich gebeten, Ihnen nachstehendes sofort zu unterbreiten:

Serbischer Geschäftsträger hat heute morgen in einer langen Unterredung gesagt, seiner Meinung nach werde Serbien vielleicht die ganze österreichische Note noch annehmen, falls Erklärungen über Art abgegeben würden, wie österreichische Vertreter Intervention nach Artikel 5 und 6 verlangten.

Da nicht zu erwarten sei, daß Österreich derartige Erklärungen Serbien abgeben würde, so könnten sie an Konferenzmächte gerichtet werden und Mächte könnten Serbien dann bedingungslose Annahme raten.

Inzwischen habe österreichisch-ungarische Regierung eine lange amtliche Darlegung der Gründe veröffentlicht, warum serbische Antwort als ungenügend erachtet worden sei ²⁾. Außenminister halte, abgesehen von Darlegung, viele Punkte, wie zum Beispiel leichten

¹⁾ No. 202.

²⁾ Siehe Anhang B.

Wortunterschied im Satze, der Verzicht auf Propaganda betrifft, für geradezu kindisch, doch sei dort eine Stelle, die dazu dienen könne, ein Verfahren zu erleichtern, wie es der serbische Geschäftsträger als durchführbar betrachte. Es heiße da, daß Mitwirkung österreichischer Organe in Serbien nicht an Gerichtsverfahren oder Verwaltungsmaßnahmen sondern nur an polizeilichen Erhebungen stattfinden solle. Serbien werde beschuldigt, das bewußt mißverstanden zu haben. Hier erblicke er also Boden für Aufklärung.

Ich habe Wortlaut österreichischer Darstellung noch nicht erhalten und wiederhole daher nur aus dem Gedächtnis.

Minister betonte vor allem nachdrücklich seinen dringenden Wunsch nach unverzüglichem Beginn der Diskussion. Er habe italienischem Botschafter allgemein weiten Spielraum gegeben, sofort jeden Punkt oder Vorschlag anzunehmen, über den er sich mit uns und Deutschland einigen könne.

Im BB No 64 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34462)

No. 232

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 93

Paris, den 28. Juli 1914

A. 7¹⁰ nachm.

E. 9⁵⁰ nachm.

Ihr gestriges Telegramm No. 244¹⁾.

Ich unterrichtete heute nachmittag stellvertretenden Außenminister von Ihrer Unterhaltung mit dem russischen Botschafter gemäß Ihrem gestrigen Telegramm No. 377 nach St. Petersburg¹⁾.

Er ist dankbar für die Mitteilung. Er würdigt durchaus Unmöglichkeit Seiner Majestät Regierung, sich in einer Frage zwischen Österreich und Serbien, die in ihrem gegenwärtigen Stande England nicht berührt, mit Rußland „solidaires“ zu erklären und sich in Berlin und Wien serbischer zu verhalten, als dies nach deutschen und österreichischen Quellen seitens der russischen Regierung geschieht.

Deutscher Botschafter teilte stellvertretendem Außenminister mit, daß Österreich die Integrität Serbiens achten werde; aber auf die Frage, ob man auch seine Unabhängigkeit achten werde, gab er keine diesbezügliche Zusicherung ab.

Im BB No. 59 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹⁾ No. 177.

(34468)

No. 233

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 59

Nisch, den 28. Juli 1914

A. 6³⁰ nachm.

E. 10⁰ nachm.

Pessimistische Nachricht in meinem unmittelbar vorhergehenden Telegramm enthalten ¹⁾).

Serbische Regierung telegraphierte ihren Vertretern im Auslande *en clair*, daß Österreich Krieg erklärt habe. Jetzt besteht über Echtheit des Telegramms einiger Zweifel. Ministerpräsident meint, es könnte eine Falle sein, um Serbien zum Angriff zu veranlassen, aber er versichert mir, daß sich Serbien vollkommen ruhig verhalten werde, bis Österreich seine Karten aufdeckt.

Vermerke

Dies erklärt eine heute morgen erfolgte Anfrage des serbischen Geschäftsträgers, ob die österreichisch-ungarische Regierung uns die Kriegserklärung amtlich bekanntgegeben habe. — E. A. C. 29. Juli.

Die amtliche Anzeige wurde in Wien veröffentlicht. — A. N.

(34470)

No. 234

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 178

St. Petersburg, den 28. Juli 1914

A. 8⁴⁵ nachm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Folgendes gestern aus Warschau:

„(? Abteilungen) Infanterie gehen von Warschau an Front ab.“

(34473)

No. 235

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 180

St. Petersburg, den 28. Juli 1914

A. 8⁴⁵ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Ausländische Zeitungsberichterstatter wurden im Ministerium des Äußern unterrichtet, daß (? deutsche Regierung) Vermittlung abge-

¹⁾ No. 225.

lehnt, da Streitfall lediglich Österreich und Serbien angehe, und daß beim ersten Vorgehen Österreichs gegen Serbien Rußland mobilisieren werde.

(34652)

No. 236

Der deutsche Botschafter an Sir Edward Grey

Carlton House Terrace 9, S. W.
(ohne Datum) ? Den 28. Juli

Verehrter Sir Edward,

Soeben höre ich aus Berlin, daß meine Regierung *sofort* in Wien Schritte in Ihrem gestern mittag zu mir geäußerten Sinne unternommen hat¹⁾.

Sie hat überdies dem Grafen Berchtold den Wunsch des Herrn Sasonow nach direkter Aussprache mit Wien unterbreitet.

Ich fange an zu hoffen, daß es dank englisch-deutscher Zusammenarbeit wiederum möglich gewesen ist, den Frieden Europas zu retten.

Ich verbleibe, verehrter Sir Edward,

Ihr aufrichtig ergebener
Lichnowsky

Anmerkung. Bei Oman S. 54 mit dem Datum des 29. Juli veröffentlicht. An diesem Tag ist der Brief aber nicht ab- und eingegangen, sondern er wurde nur am 29. im Auswärtigen Amt eingetragen. Aus DD No. 278 geht hervor, daß er vom 28. Juli ist.

No. 237

Sir Edward Grey an den französischen Botschafter

(Privat)

Den 28. Juli 1914

Verehrter Herr Cambon,

Wie ich beim Lesen von de Bunsens Telegramm²⁾ bemerke, besagt es *nicht*, daß die Österreicher zugeben, die serbische Antwort sei in irgendeiner Hinsicht befriedigend. De Bunsen meldet jedoch, daß der russische Botschafter in Wien einen befriedigenden Bericht über Sasonows Unterredung mit dem russischen (*sic.* österreichischen) Botschafter in St. Petersburg erhalten hat, und somit

¹⁾ No. 176.

²⁾ No. 199.

scheint einige Aussicht zu bestehen, daß die Unterhaltungen einen günstigen Fortgang nehmen.

Ihr aufrichtig ergebener
E. Grey

(34926)

No. 238

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 508

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Herr Cambon sprach heute seine große Befriedigung über meine gestrige Erklärung im Unterhaus¹⁾, sowie über die Notiz aus, die betreffs unserer Flotte erschienen ist. Er meinte, wenn erst einmal angenommen würde, daß wir einem europäischen Kriege sicher fernblieben, dann wäre die Aussicht auf Erhaltung des Friedens sehr gefährdet.

Ich bemerkte, ich hätte gestern die Aufmerksamkeit des österreichischen Botschafters auf die Notiz über unsere Flotte gelenkt und erklärt, uns sei nicht in den Sinn gekommen, Reserven einzuberufen oder sonst einen Schritt bedrohlichen Charakters zu unternehmen; angesichts der Möglichkeit einer europäischen Feuersbrunst könnten wir aber, nachdem einmal unsere Flotten für Manöverzwecke versammelt gewesen seien, nicht gerade diesen Augenblick zu ihrer Auflösung wählen. Ich hätte dies dem österreichischen Botschafter gegenüber erwähnt, um ihm die Besorgnis vor Augen zu führen, von der ganz Europa durch das österreichische Vorgehen ergriffen worden sei.

Ich unterrichtete Herrn Cambon allgemein darüber, was ich der deutschen Regierung in bezug auf die serbische Antwort dringend nahegelegt habe; für wie erwünscht ich eine wohlwollende Auslegung des weiten Entgegenkommens Serbiens hinsichtlich der österreichischen Forderungen hielte; und ich sagte ihm, ich hätte dem österreichischen Botschafter gegenüber meine Enttäuschung zum Ausdruck gebracht, daß die serbische Antwort als so unbefriedigend behandelt werde.

Ich bin usw.
E. Grey

Siehe No. 176 und 188

¹⁾ No. 190.

Sir Arthur Nicolson an Sir G. Buchanan

(Privat)

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

Mein lieber Buchanan,

Ich danke Ihnen sehr für Ihren mit dem letzten Kurier erhaltenen Brief, der geschrieben war, ehe die Krise einen solch gefährlichen Grad erreicht hatte. Hoffentlich haben wir Sie durch Mitteilung der hier ein- und ausgegangenen Telegramme voll auf dem laufenden gehalten, so daß ich mich nicht in Einzelheiten zu verlieren brauche. Was mir ein wenig Kopfzerbrechen verursacht hat, das waren die neuen Vorschläge, die Sasonow fast täglich macht¹⁾. An einem Tage sagte er, Rußland wäre, wenn Serbien einwilligte, bereit abseits zu bleiben und die Frage uns, Frankreich, Deutschland und Italien zu überlassen. Nach Empfang Ihres diesbezüglichen Telegramms regten wir die Abhaltung einer kleinen Konferenz der vier Mächte in London an, wogegen die anderen Mächte sich — in Erwartung der Ergebnisse dieser Konferenz — verpflichten sollten, von aktiven militärischen Operationen abzusehen. Deutschland weigerte sich jedoch, diesem Gedanken näherzutreten, und so ist die Sache ins Wasser gefallen. Dann kam am andern Tage der Vorschlag, den Sasonow Ihrem österreichischen Kollegen machte, daß sich nämlich Italien und England mit Österreich verbinden sollten, um einen Ausweg zu finden. Ehe wir aber Zeit hatten, diesen neuen Gedanken zu verdauen, traf ein weiteres Telegramm des Inhalts ein, daß Sasonow direkte Besprechungen mit Wien einleiten werde. Ich muß sagen, daß mir dies das beste Verfahren zu sein scheint, aber ich weiß nicht, ob Österreich geneigt sein wird, darauf einzugehen. Unsere große Hoffnung besteht natürlich darin, daß Österreich davon absehen wird, tatsächlich in serbisches Gebiet einzumarschieren; denn aus dem, was Sie uns berichten und was wir auch von anderer Seite hören, muß ich wohl schließen, daß Rußland einem wirklichen Einmarsch Österreichs in Serbien unmöglich gleichgültig zuschauen könnte. In diesem Fall wird natürlich jede Hoffnung auf eine friedliche Lösung schwinden.

Ich vermag vollkommen zu begreifen, daß Rußland die Vernichtung Serbiens durch Österreich nicht zulassen kann, und ich glaube, das Gerede über eine Lokalisierung des Krieges bedeutet lediglich, daß alle Mächte unbeteiligte Zuschauer bleiben sollen, während Österreich Serbien in aller Ruhe erwürgt. Das wäre meines Erachtens ganz widersinnig, um nicht zu sagen schändlich. Ich begreife nicht, mit welchem Recht Österreich nach der sehr befriedigenden Art, in der Serbien den österreichischen Forderungen entgegengekommen ist, mit feindlichen Maßnahmen gegen Serbien vorgehen

¹⁾ Vgl. die Vermerke zu No. 179.

kann. Wenn Österreich vorsätzlich einen Krieg mit Serbien entfesselt, um ihm, wie es sich ausdrückt, eine Lektion zu erteilen, dann handelt es meines Erachtens höchst unrecht; denn es muß doch gut wissen, daß ein solches Vorgehen von seiner Seite aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer allgemeinen europäischen Feuersbrunst mit all ihren unbeschreiblichen und verheerenden Folgen führen würde. Deutschland hat in dieser ganzen Geschichte, soweit wir wenigstens in Betracht kommen, nicht sehr sauber gespielt. Bei zwei Gelegenheiten baten wir es, mäßigend auf Wien einzuwirken, und wir versprachen für diesen Fall unsre Unterstützung; aber es begnügte sich einfach damit, unsern Vorschlag als solchen weiterzuleiten, was natürlich weder unseren Wünschen noch unserer Bitte entsprach. Und dann schob es den Gedanken einer kleinen Konferenz in London als unpraktisch beiseite. Worauf Lichnowsky meinte, er sei so erfreut, daß die englisch-deutsche Kooperation wohl Erfolg haben werde. Seine Auslegung des Wortes „Kooperation“ muß sich doch völlig von der unterscheiden, die man dem Worte gewöhnlich gibt.

Es nützt nichts, sich Vermutungen darüber hinzugeben, wieweit Deutschland im voraus Kenntnis vom österreichischen Zug hatte. Ich weiß, daß der deutsche Botschafter hier während der letzten zwei oder drei Wochen außerordentlich besorgt und unruhig war; er hat bei mehr als einer Gelegenheit zu einigen seiner Kollegen geäußert, daß, wenn sie all das wüßten, was er wisse, sie ebenso beunruhigt wären wie er. Überdies kann ich nicht glauben, daß Österreich so weit gegangen wäre, ohne seinen Verbündeten Deutschland über sein beabsichtigtes Vorgehen unterrichtet und sich dessen Versprechen der Mitwirkung gesichert zu haben.

Was mich besonders beschäftigt und mich, wie ich gestehe, stark beunruhigt, ist der Gedanke, wie wir der sehr natürlichen Frage Rußlands nach unserm Verhalten im Falle gewisser Möglichkeiten genügen sollen. Ich habe wie Sie vorausgesehen, daß Rußland diese Krise als einen Prüfstein unsrer Freundschaft betrachten könne und daß, falls wir es enttäuschten, alle Hoffnung auf ein freundschaftliches und dauerndes Einvernehmen mit ihm schwinden würde. Unter den hier herrschenden Verhältnissen kann ja eigentlich keine Regierung eine entschiedene Richtung ohne das sichere Gefühl einschlagen, daß sie die öffentliche Meinung in ausreichendem Maße hinter sich hat, und wir sind daher auch nicht in der Lage, irgendwelche bestimmte Verpflichtungen darüber einzugehen, was wir bei diesen und jenen etwa unerwartet eintretenden Ereignissen tun oder nicht tun würden. Aber ich denke, wir haben es völlig klargemacht, daß auf jeden Fall weder Deutschland noch Österreich mit einiger Sicherheit auf unsre Neutralität würden rechnen können, und ich glaube, daß ihnen diese Tatsache durch ein oder zwei Vorfälle während der letzten zwei bis drei Tage nachdrücklich eingeprägt

worden ist. Der Beschluß, unsre Schlachtflotte zusammenzuhalten, statt sie auseinandergehen zu lassen und ihre Besatzungen zu beurlauben, wurde amtlich bekanntgegeben und in der Presse hervorgehoben; auch haben Deutschland und andere dies sofort als Zeichen unserer Bereitschaft aufgefaßt, unsererseits an den Feindseligkeiten teilzunehmen, falls uns etwa auftauchende Umstände dazu zwingen sollten. Überdies werden Sie bemerken, daß der Ton unserer Presse nach dem ersten durch das österreichische Ultimatum hervorgerufenen Schock sich zu der Tatsache zurückgefunden hat, es würde für uns schwierig, wenn nicht unmöglich sein, außerhalb eines allgemeinen europäischen Brandes zu bleiben. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß, falls wir in den Brand hineingezogen werden, dies auf seiten unserer Freunde geschehen würde. Obgleich wir daher Sasonow keine bestimmte Zusicherung in betreff unserer künftigen Haltung zu geben vermochten, so werden Sie doch, denke ich, sehen, daß, sollte der Ruf zur Teilnahme an uns ergehen, es kaum einem Zweifel unterliegt, daß wir ohne Zögern unsere Pflicht tun würden.

Sie haben gewiß eine äußerst schwierige Lage wie immer in geschickter und taktvoller Weise behandelt und Sie können versichert sein, daß Ihre Tätigkeit und Sprache hier durchaus gewürdigt und gebilligt wurden. Ich bedaure, heute nicht mehr schreiben zu können, aber Sie werden begreifen, daß man in diesem Augenblick ganz von Arbeit erdrückt ist.

(34851)

No. 240

Parlamentsdebatten, 28. Juli 1914

Herr Bonar Law: Ich möchte den Ministerpräsidenten fragen, ob er irgendeine Auskunft über die europäische Lage geben kann.

Der Ministerpräsident: Es ist neuerdings nichts derart Positives eingetreten, um die Abgabe einer weiteren Erklärung zu ermöglichen; wir hoffen jedoch, daß man keine ungünstigen Schlüsse daraus ziehen wird. Mehr kann ich nicht sagen.

Lord Hugh Cecil: Vermag der sehr ehrenwerte Herr zu sagen, ob Feindseligkeiten ausgebrochen sind?

Der Ministerpräsident: Wir haben keine bestimmte Nachricht hierüber.

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 29. Juli

No. 153

Wien, den 25. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich anbei Abschrift eines Berichts zu schicken, den ich von Seiner Majestät Konsul in Serajewo erhalten habe und der Einzelheiten über gewisse Ergebnisse der Untersuchung enthält, die vorgenommen wurde, um die näheren Umstände der Verschwörung zur Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin zu ermitteln.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Anlage zu No. 241

No. 15

Serajewo, den 21. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß es den Behörden nach heute eingegangenen Nachrichten gelungen ist, die Namen von achtzehn in den Anschlag zur Ermordung des verstorbenen Erzherzogs Franz Ferdinand verwickelten Personen festzustellen. Zwei von ihnen sind Mohammedaner und einer ist Kroate. Der eine der beiden mohammedanischen Verschwörer wurde verhaftet; der andere floh nach Montenegro.

Nach der gleichen Quelle sollen die Behörden kürzlich in Tuzla die Existenz einer geheimen Gesellschaft von Gymnasialschülern aufgedeckt haben, von der sechsunddreißig Mitglieder verhaftet und hierher gebracht wurden.

Die fragliche Gesellschaft, die den Namen „Jugoslavenska Revolucionarna Nacionalna Omladina“ (Südslawische revolutionäre nationale Jugend) angenommen hatte, scheint ein Blatt mit dem Titel „Borba“ (Der Kampf) herausgegeben zu haben, das mit der Hand geschrieben und auf hektographischem Wege vervielfältigt wurde, um so unter den Eingeweihten verteilt zu werden. In einem der ersten Artikel dieses Blattes tritt der Verfasser unverhüllt für die vollständige Ausrottung der herrschenden Dynastie ein.

Ich habe usw.

J. Francis Jones

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 29. Juli

No. 35

Budapest, den 25. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß der Ministerpräsident bei Eröffnung der Sitzung der Abgeordnetenversammlung gestern vormittag das Haus von der Übergabe der Note an die serbische Regierung, sowie von der Absendung der erläuternden Zirkularnote an die Regierungen der Signatarmächte des Berliner Vertrages in Kenntnis gesetzt hat.

Seine Exzellenz gab der Meinung Ausdruck, daß der von Österreich-Ungarn unternommene Schritt weder einer Rechtfertigung noch einer ausführlichen Erörterung bedürfe; es müsse vielmehr wundernehmen, daß dieser Schritt so lange hinausgeschoben wurde; der Grund dafür sei, daß die österreichisch-ungarische Regierung sich nicht von der Leidenschaft und der Empörung leiten lassen, sondern erst nach völliger Beweiserhebung und reiflicher Erwägung handeln wollte. Graf Tisza war so kühn, den jetzt unternommenen Schritt als ernst aber nicht herausfordernd oder aggressiv zu bezeichnen; denn die Note verlange nichts anderes als die Erfüllung gewisser nachbarlicher Pflichten von seiten Serbiens. Solche Fragen, fuhr Seine Exzellenz fort, könnten nicht zum Gegenstand langwierigen Gedankenaustausches und von Verhandlungen gemacht werden und das erkläre die Form der Note und die Kürze der für die Beantwortung gesetzten Frist. „Den heutigen Zustand“, schloß Graf Tisza seine Rede, „betrachte ich nicht* als einen kriegerischen oder als einen solchen Zustand, daß er notwendigerweise die Gefahren eines Krieges heraufbeschwören würde. Die Monarchie sucht den Frieden, wünscht den Frieden . . . Niemand kann uns beschuldigen, daß wir Krieg suchen, aber wir sind uns natürlich über sämtliche Folgen dieses Schrittes im reinen und der Überzeugung, daß wir eine gerechte Sache vertreten. In der Überzeugung, daß das Lebensinteresse der Monarchie und der ungarischen Nation es erforderte, daß wir diesen Schritt tun, werden wir alle seine Folgen tragen.“ Die Rede wurde vom ganzen Haus mit großer Begeisterung aufgenommen und sogar die Opposition stimmte in den Beifall ein.

Graf Julius Andrássy erhob sich sofort mit den Worten, er sei persönlich seit langem der Überzeugung gewesen, daß die Lage,

* In „Schultheß' Europäischem Geschichtskalender“, Jahrgang 1914, Seite 470, steht „am allerwenigsten“ statt „nicht“. Sonst folge ich bei diesem Zitat genau dem dortigen Wortlaut.

wie sie zwischen Österreich-Ungarn und Serbien bisher bestand, unhaltbar sei, und er verkündete sodann, er sei von seiten der verbündeten Opposition ermächtigt zu erklären, daß sie ungeachtet des großen Gegensatzes, der sie von der ungarischen Regierung trenne und der leider unverändert weiter verbleibe, bereit sei, ihre vaterländischen Pflichten in jeder Hinsicht zu erfüllen, und daß sie hoffe und erwarte, jeder Ungar werde ihrem Beispiel folgen und nicht vergessen, daß, wenn die Dinge eine ernste Wendung nehmen sollten, die Ehre und Lebensinteressen der ungarischen Nation auf dem Spiele stünden, wofür Opfer zu bringen jedermann bereit sein müsse.

Graf Andrassy schlug vor, man solle die laufenden Beratungen im Hause aussetzen, bis die schwebenden Fragen der auswärtigen Politik erledigt seien, so daß man sich nicht mit Dingen zweiten Ranges zu beschäftigen brauche, wenn der Kopf voll der Frage: Frieden oder Krieg sei. Graf Tisza empfahl jedoch, mit der Beratung des auf der Tagesordnung stehenden Gesetzantrages fortzufahren und so — durch unentwegtes Festhalten an den parlamentarischen Tagesarbeiten — der Welt einen Beweis von der Gemütsruhe und der unerschütterlichen Zielsicherheit Ungarns zu liefern*).

Dem wurde Folge gegeben und so herrschten im ungarischen Parlament einmal wenigstens Frieden und Einmütigkeit.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

Vgl. Telegramm No. 106

(34496)

No. 243

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

No. 114

Brüssel, den 28. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Heute nachmittag habe ich den Außenminister gesprochen, der mich benachrichtigte, daß die belgische Regierung sorgfältig die verschiedenen Möglichkeiten erwogen habe, die sich aus der gegenwärtigen europäischen Krise entwickeln können, und daß sie beschlossen habe, sich mit ihren Machtmitteln bis aufs äußerste zu verteidigen, falls die Integrität oder Neutralität Belgiens von irgendeiner Seite angegriffen werden sollte.

Bisher sind nur Befehle ergangen, Urlaube einzustellen und zwei der sechs Divisionen der Armee auf volle Friedensstärke zu

* Siehe über die ganze Rede Tisas und die Ausführungen Andrassys „Schultheß' Europäischen Geschichtskalender“, Jahrgang 1914, Seite 470 und 470a.

bringen. Indes wurden Vorbereitungen für eine schnelle Mobil-
machung getroffen und die verfügbaren Streitkräfte werden auf nahezu
150 000 Mann geschätzt.

Ich habe usw.

F. H. Villiers

Vgl. No. 181

No. 244

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Privat und vertraulich)

Britische Botschaft, Paris, den 28. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Ich fragte den stellvertretenden Minister des Äußern heute nach-
mittag, ob der russische Botschafter ihm gegenüber etwa eine ähn-
liche Sprache wie laut meiner Schilderung (siehe mein heutiges Tele-
gramm No. 91¹⁾) Granville gegenüber geführt habe; denn wenn diese
Sprache die Ansicht seiner Regierung wiedergäbe und er eben aus
Petersburg gekommen sei, verspräche das hinsichtlich der Erhaltung
des Friedens nichts Gutes.

Herr Bienvenu-Martin erwiderte, Herr Iswolsky habe sehr ernst
aber keineswegs hoffnungslos über die Lage gesprochen, und er
(Herr Bienvenu-Martin) verzweifle durchaus nicht daran, daß man
noch zu einer Verständigung gelangen werde.

Ihr aufrichtig ergebener

Francis Bertie

(34494)

No. 245

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 29. Juli

No. 285

Rom, den 26. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die Auslassungen der italienischen Presse über das öster-
reichische Ultimatum an Serbien fallen allgemein gesprochen unter
zwei Kategorien, die der amtlichen und subventionierten Presse und
die der unabhängigen Blätter.

Die Bemerkungen der ersteren sind einigermaßen vorsichtig im
Ton und spiegeln lediglich den rein amtlichen Gesichtspunkt wider;

¹⁾ No. 216.

diese Zeitungen fügen sich in ihren Äußerungen eher formell als begeistert in den Schritt Österreichs und übergehen die Art, wie dieser ausgeführt wurde, mit Stillschweigen.

Der „Popolo Romano“ nimmt diese Haltung in offiziellster Form ein und betont die zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß im Grunde genommen, und abgesehen von der unbedeutenderen Frage eines da oder dort ungewöhnlich scharfen Wortes oder Satzes in der österreichischen Note, Österreich vollkommen im Recht und Serbien im Unrecht ist, wobei das Blatt die während der ganzen Dauer der Balkankriege von Österreich gegen Serbien befolgte Haltung mit der Irredenta und dem Chauvinismus vergleicht, die sich seit der Annexion von Bosnien und der Herzegowina in Serbien geoffenbart haben und die in der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand gipfelten.

Aber obgleich dies die Ansicht vermittelt, die zurzeit sich anzueignen nach amtlicher Auffassung klug ist, gibt sie doch bei weitem nicht die allgemeine Stimmung Italiens in bezug auf die gegenwärtige Lage wieder. Diese Stimmung kommt wahrheitsgetreu in den Spalten der unabhängigen Presse zum Ausdruck, die vom „Corriere della Sera“ - Mailand bis zum „Mattino“ - Neapel und dem „Messaggero“ - Rom einen völligen Mangel an Sympathie für Österreich in der letzten Phase seiner Beziehungen mit seinem Nachbarn auf dem Balkan verrät. Der „Corriere“ verurteilt in der Tat beide Länder streng für die jetzt entstandene Lage; seines Erachtens hat Serbien in Sachen der Ermordung des Erzherzogs eine unverzeihliche Gefühllosigkeit an den Tag gelegt und seitdem keinerlei Schritte zu dem Versuch unternommen, Österreich behilflich zu sein, die wirklichen Urheber des Anschlags aufzuspüren oder die österreichisch-feindliche Propaganda einzudämmen, die offen in Serbien wütet. Doch auf der andern Seite waren die Bedingungen der österreichischen Note derart, daß ihre Annahme von keinem unabhängigen Staat erwartet werden konnte; und das Nettoergebnis ihrer Annahme würde in nichts Geringerem bestehen als in der zeitweiligen Aufhebung der serbischen Unabhängigkeit und in der österreichischen Kontrolle aller inneren und Verfassungsfragen des Landes. In welchem Licht man auch die Note betrachten mag, ihre Wirkung ist betrüblich. Wenn Österreich den Wunsch hatte, Serbien die Verantwortung für das Verbrechen von Serajewo dadurch fühlen zu lassen, daß es ihm sein Joch auferlegte, würde, selbst falls Serbien die Strafe hinnähme, das Ergebnis doch nur sein, die Beziehungen der beiden Staaten noch mehr zu verbittern und die mit der slawischen Bevölkerung des österreichischen Reiches zusammenhängenden Probleme noch schwieriger zu gestalten. Aber wenn die österreichische Regierung mit dieser Note ihre Stärke und Furchtlosigkeit vor den Folgen dartun wollte; wenn sie den gordischen Knoten ihrer Politik dadurch zu entwirren suchte, daß sie ihn

zerschnitt, indem sie keine andere Lösung als diese unheilvolle Bedrohung des europäischen Friedens sah, dann waren die Bedingungen der Note sicher am besten dazu angetan, dies Ziel zu erreichen.

Auf jeden Fall stimmen alle Blätter darin überein, daß sie die Hoffnung ausdrücken, der wirkliche Krieg möge vermieden werden. In einigen Kreisen werden große Hoffnungen auf eine englisch-italienische Intervention gesetzt und die italienische Presse scheint sich der heiklen Lage vollkommen bewußt zu sein, in die sich Italien im Falle eines Krieges zwischen seinem Verbündeten und einer Macht versetzt sehen würde, auf die es zählt, um jenen Verbündeten in Schach zu halten. Italien würde selbst dem Konflikt fernzubleiben trachten und nach dem „Giornale d'Italia“ besteht angesichts der augenblicklichen Lage seine einzige Politik darin, dafür zu sorgen, daß im Gleichgewicht auf dem Balkan oder im Adriatischen Meer keine Änderung eintritt, bevor nicht die Interessen Italiens sichergestellt sind. Österreich hat zwar jede Absicht geleugnet, in Serbien auf Gebietserwerb auszugehen; aber sollte es schließlich doch einer derartigen Versuchung unterliegen, dann würde der Status quo sofort eine Änderung erleiden und Italien müßte seine eigenen Interessen schützen.

Wie ich erfahre, hat man sich sehr bemüht, die Presse davon abzuhalten, bei Erörterung der Lage nach dieser oder jener Richtung hin eine entschiedene Haltung einzunehmen, und das war insofern erfolgreich, als die öffentliche Meinung in einigermaßen banger Erwartung ruhig verbleibt.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

(34474)

No. 246

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

(Tel.) No. 217

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

A. 12⁴⁵ vorm.

Ihr Telegramm No. 127 vom 28. Juli ¹⁾: Österreich und Serbien.

Wie ich vom österreichischen Minister des Äußern vernehme, will sich Österreich auf keine Erörterung auf Grundlage serbischer Note einlassen und nach allem, was ich aus Wien und Berlin gehört habe, ist zu schließen, daß Österreich keinerlei Vermittlung der Mächte zwischen Österreich und Serbien annehmen wird. Es ist mir daher unmöglich, Diskussionen mit hiesigen Botschaftern zu beginnen, und italienischer Minister des Äußern muß sich nach Berlin

¹⁾ No. 231.

und Wien wenden. Es soll mich freuen, wenn irgendwelche Vorschläge von seiner Seite dort günstig aufgenommen werden. Unterrichten Sie bitte Minister des Äußern.

Im BB No. 81 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34469)

No. 247

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 177

St. Petersburg, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 8⁴⁵ nachm.

E. 29. Juli 1⁰ vorm.

Ich teilte Außenminister heute Inhalt Ihres nach Berlin gerichteten Telegramms No. 208 vom 27. Juli¹⁾ mit und er bat mich, Ihnen für Ihre Sprache deutschem Botschafter gegenüber zu danken. Er hatte gleiche beunruhigende Nachricht aus Wien erhalten, wie in Sir M. de Bunsens Telegramm No. (Gruppe nicht entzifferbar) berichtet²⁾, und faßte Lage folglich pessimistisch auf. Ich fragte ihn, ob ihm Zusicherungen genügen würden, die, wie ich hörte, österreichischer Botschafter angewiesen sei, bezüglich serbischer Unabhängigkeit und Integrität abzugeben. Ich sei sicher, daß Seiner Majestät Regierung jedes Übereinkommen begrüßen würde, das einen europäischen Krieg abwendete, es sei jedoch wichtig, wahre Absichten kaiserlicher Regierung kennen zu lernen. Seine Exzellenz erwiderte sofort, daß keine Verpflichtung, die Österreich hinsichtlich dieser beiden Punkte etwa eingehe, Rußland zufriedenstellen würde und daß am Tage, an dem Österreich serbische Grenze überschritte, Mobilmachungsbefehl gegen Österreich erlassen würde. Ich bemerkte, deutscher Botschafter habe im Gespräch mit mir geltend gemacht, russische Regierung könne nicht vorschützen, daß sie durch öffentliche Meinung zum Eingreifen gezwungen würde, da keine Erregung bemerkbar sei und keine Kundgebungen stattfänden. Seine Exzellenz entgegnete, Botschafter irre sich durchaus und es sei nur den von Polizei getroffenen Vorsichtsmaßnahmen zu verdanken, daß vor österreichischer und deutscher Botschaft keine feindseligen Kundgebungen stattgefunden hätten. Er habe heute vom Innenminister, der eine Reise durch die Provinzen mache, ein Telegramm erhalten, daß er innere Unruhen nicht zu befürchten brauche und daß im Kriegsfall ganze Nation hinter Regierung stehen würde.

Ich fragte, ob Kaiser Nikolaus nicht als letztes Mittel per-

¹⁾ No. 176.

²⁾ ? No. 175.

sönlichen Appell an Kaiser von Österreich richten könne, Aktion Österreichs in Grenze zu halten, die für Rußland annehmbar wäre. In Erwiderung auf diese Frage wiederholte Seine Exzellenz, einziges Mittel, Krieg abzuwenden, bestehe in unzweideutiger Erklärung Seiner Majestät Regierung, daß sie gemeinsame Sache mit Frankreich und Rußland machen würde. Er höre, daß Prinz Heinrich von Preußen in Mission nach England geschickt werde, und er gäbe sich Hoffnung hin, daß Seine Königliche Hoheit über Absichten Englands nicht im Zweifel gelassen werde.

Da Seine Exzellenz heute nachmittag Vortrag bei Kaiser hatte, vermochte ich Ergebnis der Unterredung, die er später mit österreichischem Botschafter hatte, nicht festzustellen, aber einem flüchtigen Gespräch, das ich mit letzterem führte, entnahm ich, daß Österreich zwar bereit ist, internationale Frage mit Rußland zu erörtern und ihm zu versichern, daß es keine weiteren Ziele, weder gegen serbische Unabhängigkeit und Integrität, noch gegen russische Interessen auf dem Balkan verfolge, aber der Ansicht ist, sein Streit mit Serbien gehe nur Österreich allein an.

Deutscher Botschafter bat mich dringend, dem Minister des Äußern Ratschläge der Mäßigung zu erteilen, und ich sagte ihm, daß ich das von Anfang an unaufhörlich getan hätte und daß es jetzt am deutschen Botschafter in Wien sei, hemmend einzuwirken. Ich warnte Seine Exzellenz, daß es Rußland völlig ernst sei und daß nichts allgemeinen Krieg abwenden würde, falls Österreich Serbien angriffe. Botschafter hatte keinerlei Weisung bezüglich vorgeschlagener Konferenz erhalten und mein französischer und italienischer Kollege erwarten immer noch ihren endgültigen Auftrag, ehe sie Schritt mit mir unternehmen.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 72 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

Vermerk

Rußland hat in südlichen Bezirken mobilisiert. — A. N.

(34467)

No. 248

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 117

Wien, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 8¹⁰ nachm.

E. 29. Juli 1³⁰ vorm.

Russischer Botschafter teilt mir mit, österreichisch-ungarische Regierung habe Anregung russischer Regierung abgelehnt, derzufolge

der österreichische Botschafter in St. Petersburg ermächtigt werden sollte, direkt mit russischem Außenminister Mittel zur Beilegung österreichisch-serbischen Konflikts zu besprechen¹⁾. Russischer Botschafter ist sicher, daß seine Regierung nun bereitwillig auf Ihren Vorschlag einer Konferenz der weniger interessierten Mächte in London eingehen wird, und Seine Exzellenz meint, eine solche Konferenz biete jetzt einzige Aussicht, europäischen Frieden zu erhalten. Alle Hoffnung brauche noch nicht aufgegeben zu werden, solange feindliche Armeen nicht wirklich aneinandergeraten sind.

Vertraulich

Russischer Botschafter erklärt, öffentliche Meinung Rußlands sei noch ruhig, werde sich aber während der nächsten paar Tage wahrscheinlich immer mehr erregen. Seine Exzellenz ist pessimistisch und glaubt, daß jeder deutsche Versuch, Rußland wie 1909 einzuschüchtern, unverzüglich zum Kriege führen werde. Er sagt, daß russischer Kriegsminister kriegslustig und Kaiser von Rußland schon sehr aufgebracht ist, so daß geringfügigstes Ereignis Konflikt überstürzt herbeiführen könne.

Italienischer Botschafter hält die Lage auch für sehr ernst und wartet sehnlich auf Eröffnung der Londoner Konferenz. Österreichischer Minister des Äußern teilte Seiner Exzellenz heute mit, er habe österreichisch-ungarischen Botschafter in St. Petersburg beauftragt, russischer Regierung zu versichern, daß Österreich-Ungarn weder Gebietserwerb noch Vernichtung Serbiens anstrebe. Aber italienischer Botschafter glaubt, nichts außer bedingungsloser Annahme aller österreichischer Forderungen von Seiten Serbiens werde österreichischen Vormarsch gegen Serbien aufhalten.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 74 (paraphrasiert und ohne vertrauliche Abschnitte)
veröffentlicht*

(34499)

No. 249

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 99

Berlin, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 12⁰ mittern.

E. 29. Juli 8⁰ vorm.

Österreich und Serbien. Auf Einladung des Reichskanzlers suchte ich Seine Exzellenz heute abend auf. Er bat mich, Ihnen zu sagen, ihm liege in höchstem Maße daran, daß Deutschland und England für Erhaltung allgemeinen Friedens zusammen arbeiteten, wie sie

¹⁾ Siehe No. 179.

das während der letzten europäischen Krise erfolgreich getan. Er habe Ihren Vorschlag einer Konferenz der Vertreter der Großmächte nicht annehmen können, weil er sich keine Wirkung von ihr versprach und weil solch eine Konferenz seiner Meinung nach wie ein aus zwei Mächten jeder Gruppe bestehender „Areopag“ erschienen wäre, der über die andern beiden Mächte zu Gericht sitze; aber sein Unvermögen, vorgeschlagene Konferenz anzunehmen, müsse nicht als seinem lebhaften Wunsch nach wirksamer Zusammenarbeit widersprechend aufgefaßt werden. Sie könnten versichert sein, daß er sein Allerbestes in Wien und St. Petersburg tue, die beiden Regierungen zu bestimmen, die Lage direkt und freundschaftlich miteinander zu besprechen. Er habe große Hoffnung, daß derartige Diskussionen stattfinden und zu einem befriedigenden Ergebnis führen würden; doch wenn sich die Nachricht, die er eben in den Zeitungen gelesen, bewahrheite, daß Rußland nämlich vierzehn Armeekorps im Süden mobilisiert habe, halte er Situation für sehr ernst und er würde sich selbst in sehr schwieriger Lage befinden, da es unter diesen Umständen nicht in seiner Macht stünde, weiterhin Mäßigung in Wien zu predigen. Er fügte hinzu, Österreich, das bis jetzt nur teilweise mobilisiere, werde ähnliche Maßnahmen ergreifen müssen, und wenn daraus der Krieg entstünde, wäre Rußland allein verantwortlich. Ich erlaubte mir einzuwenden, daß, falls Österreich ablehne, serbischer Note irgendwelche Beachtung zu schenken, einer Note, die meines Erachtens in fast jedem von Österreich verlangten Punkte nachgebe und die jedenfalls eine Grundlage für Verhandlungen biete, doch sicher ein gewisser Teil der Verantwortung auf Österreich lasten würde. Seine Exzellenz erwiderte, er möchte serbische Note nicht erörtern; aber Standpunkt Österreichs sei — und darin stimme er bei —, daß sein Streit mit Serbien eine rein österreichische Angelegenheit sei, die Rußland nichts angehe. Seine Exzellenz sagte ferner, er sei über Artikel in französischer Presse aufgebracht, die behaupteten, daß Entscheidung über Frieden oder Krieg bei Deutschem Kaiser liege. Diese Entscheidung liege einzig und allein bei Rußland. Zum Schlusse wiederholte Reichskanzler seinen Wunsch, mit England zusammenzuwirken, sowie seine Absicht, sein äußerstes zur Wahrung allgemeinen Friedens zu tun. „Ein Krieg zwischen den Großmächten muß vermieden werden,“ waren seine letzten Worte.

Österreichischer Kollege sagte mir heute, ein allgemeiner Krieg sei höchst unwahrscheinlich, da Rußland weder Krieg wünsche, noch in der Lage sei, Krieg zu führen. Ich glaube, daß diese Meinung von vielen Leuten hier geteilt wird.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 71 (unter Auslassung von zwei Sätzen)
veröffentlicht*

Vermerke

Das bietet nicht viel Trost, besonders da Wien Besprechungen mit St. Petersburg abgelehnt hat¹⁾. — G. R. C. 29. Juli 1914.

Es fällt schwer zu glauben, daß die deutsche Regierung überhaupt etwas getan hat. — E. A. C. 29. Juli.

Sicherlich haben Anzeichen dafür gefehlt, daß Deutschland einen mäßigen Einfluß auf Wien ausgeübt hat. Es geht doch etwas weit, die Verantwortung Rußland aufzuladen, das gewillt war, aber auch jedes Verfahren einzuschlagen, geeignet, zum Frieden zu führen. Deutschland möchte vermutlich, daß Rußland sich den andern Mächten anschließe, um jede Einmischung fernzuhalten, während Österreich Serbien erdrosselt. — A. N.

(34466)

No. 250

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 116

Wien, den 28. Juli 1914

E. 29. Juli

Ich habe vom Ministerium des Äußern *note verbale* erhalten, die erklärt, daß, da die serbische Regierung Note vom 23. Juli nicht in befriedigender Weise beantwortet hat, kaiserliche und königliche Regierung sich gezwungen sieht, selbst für Schutz ihrer Rechte zu sorgen und zu diesem Zwecke Zuflucht zu Waffengewalt zu nehmen. Österreich-Ungarn hat an Serbien formelle Erklärung gemäß Artikel 1 der Konvention vom 18. Oktober 1907 bezüglich Eröffnung von Feindseligkeiten gerichtet und betrachtet sich von heute an als im Kriegszustand mit Serbien befindlich. Österreich-Ungarn wird, vorausgesetzt, daß Serbien dasselbe tut, Stipulationen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 und der Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909 einhalten.

Im BB No. 73 veröffentlicht

Durch Bericht bestätigt, siehe BB No. 50

Vermerke

Ich meine, wir sollten unter den gegenwärtigen Umständen die sonst übliche Neutralitätserklärung unterlassen. — E. A. C. 29. Juli.

Ich bin derselben Ansicht — warten wir lieber mit der Neutralitätserklärung. — A. N.

¹⁾ No. 248.

(34520)

No. 251

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 118

Wien, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 10⁰ nachm.

E. 29. Juli 10⁴⁵ vorm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Vollständige Mobilmachung 99. Korps (*sic.* ? Regiments) jetzt so gut wie sicher. I., X., XI. galizisches Korps noch nicht mobilisiert. Kavallerietransportzüge verließen gestern Budapest Richtung Galizien. Beständig Gerüchte, wonach General Böhm-Ermolli eine der in Serbien einrückenden Armeen an Stelle von Frank oder von Auffenberg befehligen soll. Gebirgstruppen, einschließlich Gebirgsartillerie, werden aus XIV. und III. Korpsbezirk nach Bosnien überführt. Konzentrierung der Einheiten hat begonnen und verläuft gleichzeitig mit (? ausgelassen: Ein)berufung der Reservisten. Auf Anfrage beim hiesigen Kriegsministerium, ob mehr als ein Attaché zugelassen würde, erhielt ich Bescheid, daß nächste Woche Weisungen erlassen würden und daß Anfrage inzwischen nicht beantwortet werden könne. Sendet bitte serbische Kartenserie.

Der Liste der als mobilisiert bestätigten Einheiten ist 40. und 41. Honveddivision hinzuzufügen. Zusammenstellung nach bislang wirklich bestätigten Nachrichten: Vollständig mobil: VIII., IX., IV., VII., XIII., XV. und XVI. Korps sowie 40. und 41. Division. Teilweise: II., III., XII., XIV. Korps. Vielleicht teilweise: VI. Korps und 20. Division. Keine sichere Nachricht betreffs weiterer Landwehr- oder Honvedtruppen.“

(34545)

No. 252

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 128

Rom, den 29. Juli 1914

A. 12⁵ vorm.

E. 11⁴⁰ vorm.

Berliner Telegramm No. 96 vom 27. Juli ¹⁾ steht im Widerspruch mit Ihrem Telegramm No. 208 vom 27. Juli nach Berlin ²⁾, in dem es hieß, deutscher Botschafter habe Konferenzgedanken grundsätzlich angenommen.

Italienische Regierung hat Nachrichten aus Berlin, die dartun, daß No. 96 vom 27. Juli deutschen Standpunkt richtig wiedergibt,

¹⁾ No. 185.

²⁾ No. 176.

aber Außenminister hat Eindruck, daß mehr die „Konferenz“ als das Prinzip Schwierigkeiten verursache. Er telegraphiert heute abend dringend nach Berlin, man solle an Gedanken eines Meinungsaustausches in London festhalten, und er legt ferner in Berlin nahe, deutscher Staatssekretär möge selbst eine für ihn annehmbare Formel vorschlagen. Minister des Äußern ist der Ansicht, dieser Meinungsaustausch könnte gleichzeitig mit direkten Besprechungen zwischen St. Petersburg und Wien stattfinden und würde Tür offen lassen, falls letztere ergebnislos verliefen.

Er benachrichtigt Berlin auch, daß hiesige öffentliche Meinung der Regierung nicht verzeihen wird, wenn nicht alles nur Mögliche zur Verhütung des Krieges geschehen ist, und er dringt darauf, daß Deutschland dabei mitwirken muß.

Selbst wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, Deutschland zur Teilnahme zu bewegen, würde er doch befürworten, daß Italien und England, je als Vertreter einer Gruppe, Gedankenaustausch fortsetzten.

Er fügte hinzu, eine Schwierigkeit scheine darin zu liegen, Deutschland zu überzeugen, daß es Rußland ernst sei, und er erwartete eine große Wirkung, wenn Deutschland glaubte, daß Großbritannien mit Rußland und Frankreich zusammengehen würde, da ihm wirklich sehr an guten Beziehungen mit uns liege.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 80 (paraphrasiert) veröffentlicht

Vermerke

Der letzte Absatz ist bedeutsam, da die Meldung aus Italien kommt. — E. A. C. 29. Juli.

Ich frage mich, was in diesem kritischen Augenblick ein Meinungsaustausch nützen soll. Meines Erachtens besteht die einzige Möglichkeit, einen Konflikt zu vermeiden, in einer Aufforderung an Österreich, während schwebender Besprechungen keine militärische Aktion zu unternehmen, und es ist ganz klar, daß solch ein Ersuchen peremptorisch zurückgewiesen und von Deutschland nicht unterstützt werden würde. Ich bin der Ansicht, daß die Mittel der Diplomatie vorerst erschöpft sind.

Wir stehen vor zwei unzweifelhaften Tatsachen —

1. Österreich wird in Serbien einfallen und es zu erdrücken suchen.

2. Wenn Österreich in Serbien einfällt, wird Rußland Serbien zu Hilfe eilen. Appelle an Österreich oder Rußland, einen andern Weg einzuschlagen, wären nutzlos und würden zu Mißverständnissen führen. — A. N.

Der deutsche Botschafter sagte mir heute, meine Äußerungen am Montag im Unterhaus in Erwiderung auf eine Anfrage von Herrn Lawson ¹⁾, daß Deutschland grundsätzlich den Gedanken einer Vermittlung zwischen Österreich und Rußland angenommen habe, stellten eine richtige Wiedergabe der deutschen Erklärung dar, die er mir abgegeben habe ²⁾. — E. G.

¹⁾ No. 190.

²⁾ Siehe DD No. 357.

(34556)

No. 253

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 119

Wien, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 11²⁰ nachm.

E. 29. Juli 12⁰ mittags

Folgendes vom Marineattaché für die Admiralität:

„Donaumonitorre füllten am 24. in Budapest Besatzungen vollzählig auf und fuhren gleiche Nacht wahrscheinlich nach Semlin und Pancsova. Gerücht hier, daß die Flotte mobilisiert werden soll.“

(34567)

No. 254

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 20

Kristiania, den 29. Juli 1914

A. 10⁰ vorm.

E. 12¹⁵ nachm.

Alle deutschen Kriegsschiffe sollen nach guter Quelle norwegische Gewässer verlassen und gestern Skagen passiert haben.

(34598)

No. 255

Graf de Salis an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 24

Cetinje, den 27. Juli 1914

A. 28. Juli 8⁰ nachm.

E. 29. Juli 12²⁰ nachm.

Von Cetinje über Skutari gesandt.

Halbamtliches Blatt veröffentlicht heute abend den Wortlaut eines Telegramms des Prinzregenten von Serbien an König mit Dank für Zusicherungen, daß Montenegro zur Verteidigung der serbischen Rasse mit Serbien verbunden ist. Antworttelegramm des Königs schließt: „Meine Montenegriner stehen an Grenze bereit, für Verteidigung unserer Unabhängigkeit zu sterben.“

Mobilmachungserlaß noch nicht erschienen, aber Truppen werden hier in der Nachbarschaft zusammengezogen und an Grenzposten geschickt. Landleute berichten, daß Österreicher gestern unter Verbrennung ihrer überflüssigen Vorräte Budua räumten.

Seit Sonntag ist telegraphische Verbindung über Cattaro unterbrochen.

Vgl. Bericht No. 651

Vermerk

Die Gewißheit eines Krieges zwischen Österreich und Montenegro verstärkt das Argument zugunsten der Zurückziehung unseres Detachements aus Skutari. — E. A. C. 29. Juli.

(34574)

No. 256

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 60

Nisch, den 29. Juli 1914

A. 7⁴⁰ nachm.

E. 12²⁰ nachm.

Vizekonsul in Belgrad telephoniert, daß Belgrad beschossen wird und daß Österreicher Pontonbrücke über Save schlagen, da nach hier eingelaufenen Nachrichten Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt wurde.

Ich habe Vizekonsul beauftragt, Flagge über Gesandtschaft zu hissen und sich im Falle Einmarsches der Österreicher in Belgrad sofort an Militärbehörden zu wenden, damit Sicherheit der Gesandtschaft gewährleistet wird.

(34584)

No. 257

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 15

Haag, den 29. Juli 1914

A. 10⁵⁶ vorm.

E. 12³⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 14¹⁾.

Obwohl Mobilmachung noch nicht wirklich angeordnet, sind alle wichtigeren Eisenbahnbrücken an Linien nahe deutscher Grenze, sowie alle Häfen und selbst Piere in Seebädern von Truppen bewacht.

(34607)

No. 258

Der russische Botschafter an Sir A. Nicolson

Chesham House, Chesham Place, S. W.

Mittwoch, den 29. Juli

Mein lieber Nicolson,
Ich schicke Ihnen —

1. Die berichtigte Übersetzung des Ihnen schon bekannten Telegramms ²⁾.

¹⁾ No. 213.

²⁾ Siehe No. 207, 208.

2. Ein Telegramm in betreff unserer Mobilmachung; es ist an Swerbejew gerichtet, aber ich soll es Ihnen mitteilen.

3. Ein Telegramm in betreff der Besprechungen zwischen Herrn Sasonow und Graf Szapary.

Ich werde Ihnen alles zusenden, was ich erhalte, um keine Zeit zu verlieren.

Ihr aufrichtig ergebener
Benckendorff

Anlage (2)

*M. Sazonoff télégraphie à l'Ambassadeur de Russie à Berlin
le 15/28 Juillet 1914*

Chesham House, Chesham Place, S. W.

En conséquence de la déclaration de guerre adressée par l'Autriche-Hongrie à la Serbie, le Gouvernement Impérial déclarera demain la mobilisation dans les circonscriptions militaires d'Odessa, Kieff, Moscow, et Kazan. Veuillez en informer le Gouvernement Allemand en confirmant à cette occasion l'absence en Russie de toute intention agressive contre l'Allemagne. L'Ambassadeur de Russie à Vienne n'est pourtant pas rappelé de son poste.

Übersetzung im BB No. 70 veröffentlicht

Anlage (3)

*M. Sazonoff télégraphie à l'Ambassadeur de Russie à Londres
le 15/28 Juillet 1914*

Confidentiel

Chesham House, Chesham Place, S. W.

D'urgence. La déclaration de guerre de l'Autriche rend manifestement vains mes pourparlers directs avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à St. Pétersbourg.

L'action du Cabinet de Londres en faveur d'une médiation et aussi pour arrêter les opérations militaires de l'Autriche contre la Serbie me paraît de toute urgence. Sans l'arrêt des opérations militaires, une médiation ne servirait qu'à traîner les choses en longueur et permettrait à l'Autriche d'écraser entretemps la Serbie.

*Übersetzung im BB No. 70 veröffentlicht
Vgl. R No. 48*

Der amerikanische Botschafter an Sir Edward Grey

Amerikanische Botschaft, London, den 29. Juli 1914

Verehrter Sir Edward,

Ich sende Ihnen inoffiziell die Paraphrase eines Telegramms, das ich soeben von meiner Regierung erhalten habe und das Ihnen zu übermitteln mir ein Vergnügen ist. Meines Erinnerns habe ich in unserer gestrigen Unterredung diese Frage berührt und ich brauche nicht zu sagen, daß ich mich Ihnen zur Verfügung halte.

Ihr aufrichtig ergebener
Walter Hines Page

Anlage zu No. 259

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

*Paraphrase eines am 29. Juli 1914 bei der amerikanischen
Botschaft eingegangenen Telegramms*

Der Staatssekretär fragt beim Botschafter an, ob seiner Ansicht nach in der gegenwärtigen Krise die guten Dienste der Vereinigten Staaten, wenn gemäß Artikel 3 der Haager Konvention angeboten, willkommen und irgendeinem hohen Zweck dienlich wären.

Vgl. No. 370

(34637)

No. 260

Generalkonsul Roberts an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 11

Odessa, den 29. Juli 1914

A. 1^h nachm.

E. 2³⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 9 vom 27. Juli ¹⁾.

Sämtliche Truppen dieses Bezirks sind nach Winterstandorten zurückgekehrt und zwei Divisionen erhielten Befehl, sich zum Ab-
rücken an die österreichische Grenze bereitzuhalten.

Habe Nachricht, daß Bezirk Kiew mobilisiert.

Südwestbahn nimmt Privatfrachtgüter nicht mehr an.

¹⁾ No. 167.

No. 261

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.)

Berlin, den 29. Juli 1914

A. 2⁴⁵ nachm.

E. 3¹⁵ nachm.

Folgendes vom Konsulat Danzig, 29. Juli:

„Deutscher Kreuzer ‚Magdeburg‘ ging gestern 8 Uhr morgens nach Kiel in See.“

(34660)

No. 262

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 121

Wien, den 29. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 4³⁰ nachm.

Folgendes vom Marineattaché für Admiralität:

„Österreichische Flotte soll bei Cattaro versammelt sein.“

(34699)

No. 263

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 226

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

A. 4⁴⁵ nachm.

Der deutsche Botschafter hat vom Reichskanzler Auftrag erhalten, mir mitzuteilen, daß er bestrebt sei, zwischen Wien und St. Petersburg zu vermitteln, und er hofft mit gutem Erfolg. Österreich und Rußland scheinen dauernd in Fühlung zu sein, und er sucht Wien zu bewegen, in St. Petersburg befriedigende Erklärungen über Ziel und Ausdehnung des österreichisch-ungarischen Vorgehens in Serbien abzugeben. Ich sagte dem deutschen Botschafter, daß eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Rußland die allerbeste Lösung wäre. Solange eine Aussicht hierauf bestehe, würde ich mit keinem Vorschlag drängen, aber ich hätte heute morgen erfahren, daß die österreichische Regierung die Anregung der russischen Regierung abgelehnt habe, wonach der österreichische Botschafter in St. Petersburg ermächtigt werden sollte, unmittelbar mit dem russischen Außenminister die Mittel zur Beilegung des österreichisch-serbischen Konflikts zu erörtern. Den Pressevertretern in St. Petersburg sei mitgeteilt worden, daß russische Regierung mobilisieren werde. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie wäre grundsätzlich einer Ver-

mittlung zwischen Rußland und Österreich, wenn nötig, geneigt. Sie scheine das besondere Verfahren einer Konferenz, oder Beratung, oder Diskussion, oder sogar Besprechungen *à quatre* in London für eine zu formelle Methode zu halten. Ich legte dringend nahe, die deutsche Regierung solle irgendein Verfahren vorschlagen, durch das der Einfluß der vier Mächte vereint geltend gemacht werden könnte, um den Krieg zwischen Österreich und Rußland zu verhindern. Frankreich habe zugestimmt und Italien habe zugestimmt. Die ganze Idee einer Vermittlung oder einer vermittelnden Einwirkung könne sofort durch irgendein Verfahren, das Deutschland etwa vorschlage, falls das meine nicht annehmbar sei, ins Werk gesetzt werden. In der Tat könne eine Vermittlung sofort durch jede Methode, die Deutschland für möglich halte, ins Werk gesetzt werden, wenn Deutschland nur im Interesse des Friedens „auf den Knopf drücken“ wolle.

(Gleichlautend nach Paris No. 263/64, St. Petersburg No. 402/03: „Unterrichten Sie Min. d. Ä.“; ferner nach Wien No. 183/84, Rom No. 22/23: „Nur zu Ihrer Information“)

*Im BB No. 84 veröffentlicht
Siehe den Bericht des Fürsten Lichnowsky
über diese Unterredung in DD No 357
Siehe auch No. 284*

(34664)

No. 264

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Berlin, den 29. Juli 1914

(Tel.) No. 100. Dringend. Geheim und vertraulich A. 4²⁷ nachm.
E. 5⁴⁵ nachm.

Österreich und Serbien. Reichskanzler ließ mich heute wieder zu sich bitten. Er sagte mir, er habe sogleich Ihre Ansicht nach Wien mitgeteilt, daß serbische Antwort Grundlage für Verhandlungen bilden könne¹⁾. Er bedauerte erklären zu müssen, daß österreichisch-ungarische Regierung geantwortet habe, es sei zu spät, Ihrem Vorschlag Folge zu geben, da sich Ereignisse zu rasch entwickelt hätten²⁾. Nach Empfang dieser Antwort hat Seine Exzellenz nach Wien eine Mitteilung des Inhalts gesandt, seiner Meinung nach habe serbische Antwort zwar ein gewisses Bestreben erkennen lassen, österreichischen Forderungen entgegenzukommen, aber er verstehe ganz gut, daß österreichisch-ungarische Regierung in Anbetracht

¹⁾ No. 176; siehe auch DD No. 277.

²⁾ Siehe DD No. 313.

früherer Erfahrungen sich nicht ohne einige Bürgschaften zufrieden geben könne, die eine Sicherheit gewährten, daß ihre an Serbien gestellten Forderungen in ihrer Gesamtheit gewissenhaft erfüllt werden. Er habe weiterhin die Vermutung ausgesprochen, daß die gegen Serbien bevorstehenden Feindseligkeiten ausschließlich Zweck hätten, derartige Sicherheiten zu erlangen, besonders da österreichisch-ungarische Regierung in St. Petersburg Versicherungen abgegeben habe, daß ihr Gebietserwerbungen fernliegen. Wenn diese Ansicht richtig sei, rate er österreichisch-ungarischer Regierung, sich offen in diesem Sinne zu äußern, denn er hoffte, daß durch eine solche Sprache jedes mögliche Mißverständnis beseitigt werden könne¹⁾. Er habe, wie er sagte, bislang noch keinen Bescheid aus Wien erhalten.

Seine Exzellenz hoffte, Sie würden aus Tatsache, daß er in seinen Ratschlägen an Wien so weit gegangen sei, ersehen, daß er aufrichtig alles in seiner Macht tue, um Gefahr europäischer Verwicklungen abzuwenden.

Seine Exzellenz bat mich aufs dringendste, Sie zu ersuchen, diese Mitteilung seiner in Wien geführten Sprache als höchst geheim und vertraulich zu betrachten und sie gegen keinen Vertreter einer anderen Macht zu erwähnen. Er habe nicht einmal Fürst Lichnowsky davon unterrichtet. Daß er mir nun diese Mitteilung mache, sei ein Beweis des Vertrauens, das er in Sie setze, sowie seines Wunsches, Sie wissen zu lassen, wie aufrichtig er Ihre Bemühungen im Interesse des allgemeinen Friedens würdige, und daß er sein Bestes tue, sie zu unterstützen.

Schließlich setzte mich Seine Exzellenz in Kenntnis, daß ein Telegrammwechsel zwischen Deutschem Kaiser und dem Zaren stattfinde.

*Im BB No. 75 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile)
veröffentlicht*

*Der volle unparaphrasierte Wortlaut wurde bei Oman, Seite 54/55
zusammen mit dem Vermerk Sir Arthur Nicolsons veröffentlicht*

Vermerke

Das einzig Wichtige ist der Schlußsatz. Dem Rest kann man schwerlich große Bedeutung beimessen. — E. A. C. 29. Juli.

Herr Sasonow hat Sir G. Buchanan aufs bestimmteste erklärt, daß Rußland keine Zusicherungen von seiten Österreichs in bezug auf die Integrität und Unabhängigkeit Serbiens genügen würden. Meines Erachtens begreift Berlin nicht ganz, daß Rußland nicht ruhig zuschauen kann und will, während Österreich eine strenge Strafe an Serbien vollzieht. Rußland ist nicht der Ansicht, daß Serbien sie verdient, und es könnte auch in Anbetracht dieses Gefühls und seiner Stellung in der slawischen Welt nicht darein willigen. — A. N.

Ich habe telegraphisch eine besondere Antwort darauf gesandt²⁾. — E. G.

¹⁾ Siehe den Wortlaut dieses Erlasses in DD No. 323.

²⁾ No. 266.

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 122

Wien, den 29. Juli 1914

A. 4³⁰ nachm.E. 7²⁷ nachm.

Französischer und italienischer Botschafter pflichten mir bei, daß es augenblicklich nichts gibt, was wir nützlicherwise tun könnten, um Krieg mit Serbien aufzuhalten, dem österreichisch-ungarische Regierung nun durch Kriegserklärung und durch heute morgen veröffentlichten Aufruf des Kaisers an sein Volk völlig übermacht ist. Italienischer Botschafter meint, daß Rußland bewogen werden könnte, ruhig zu bleiben, wenn österreichisch-ungarische Regierung in St. Petersburg abgegebene Erklärung, weder serbisches Gebiet erwerben noch Unabhängigkeit Serbiens vernichten zu wollen, in eine bindende Verpflichtung Europa gegenüber verwandle. Aber italienischer Botschafter ist sicher, daß österreichisch-ungarische Regierung dies ablehnen würde.

Vertraulich

Französischer Botschafter berichtet seiner Regierung, daß ihn Geständnisse des serbischen Gesandten, mit dem er bis zu dessen Abreise am 26. Juli in enger Fühlung war, überzeugt haben, Zustand wachsender Gärung in südslawischen Provinzen der Doppelmonarchie sei derart, daß österreichisch-ungarische Regierung genötigt gewesen wäre, sich entweder in Lostrennung dieser Provinzen zu fügen oder eine verzweifelte Anstrengung zu machen, um sich die Provinzen dadurch zu erhalten, daß sie Serbien als Machtfaktor ausschalte. Serbischer Gesandter äußerte immer, die Zeit arbeite für Serbien, und er sagte französischem Botschafter, südslawische Provinzen wären innerhalb drei Jahren bereit, sich gegen Österreich-Ungarn zu erheben, ohne daß Serbien auch nur den kleinen Finger zu rühren brauche. Österreich-Ungarn merkte, daß es nicht länger warten konnte, und entschloß sich zum Kriege, von dem es jetzt anscheinend nichts mehr abzuhalten vermag. Nach Ansicht französischen Botschafters geht daraus hervor, daß Konflikt nicht Folge deutscher Anstiftung ist; auch gehe nicht unbedingt daraus hervor, daß Deutschland europäischen Krieg wünscht, wie viele in Frankreich glauben.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 79 (paraphrasiert und
ohne den letzten Absatz) veröffentlicht
Vgl. F No. 93*

(34664)

No. 266

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 227

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914
A. 7³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 100 vom 29. Juli¹⁾.

Wollen Sie dem Reichskanzler für sein Vertrauen danken, das ich sehr schätze und seinem Wunsch gemäß berücksichtigen werde. Wenn es ihm gelingt, Österreich dahin zu bringen, daß es Zusicherungen abgibt, die Rußland befriedigen, und daß es sich solch weitgehender Schritte enthält, die zu einem Zusammenstoß mit Rußland führen, werden wir alle in Dank für die Erhaltung des europäischen Friedens einstimmen. Er möge sich darauf verlassen, daß Seiner Majestät Regierung fortfahren wird, jede Gelegenheit zu ergreifen, um für den Frieden zu wirken.

(34679)

No. 267

Sir H. Bax-Ironside an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 35

Sofia (via Pola), den 29. Juli 1914
A. 3³⁰ nachm.
E. 9³⁰ nachm.

Athener Telegramm No. 129 vom 28. Juli²⁾.

Griechischer und rumänischer Gesandter haben gemeinsam bulgarische Regierung gewarnt, daß ihre Regierungen aufs äußerste bemüht sein werden, die Bestimmungen des Vertrages von Bukarest aufrechtzuerhalten, und sie haben in dieser Sache ihre Solidarität demonstriert.

Bulgarische Regierung hat ihre Vertreter beauftragt, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, mitzuteilen, daß Bulgarien strenge Neutralität beobachten wird. Bulgarien wird jedoch Opportunitätspolitik treiben.

(Gleichlautend nach Athen, Belgrad und Bukarest)

(34677)

No. 268

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 130

Rom, den 29. Juli 1914
A. 7²⁰ nachm.
E. 9³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 217 vom 29. Juli³⁾.

Im Hinblick auf Mitteilung, die Rußland heute bezüglich Teil-

¹⁾ No. 264.

²⁾ No. 224.

³⁾ No. 246.

mobilmachung in Berlin gemacht hat, glaubt Außenminister nun, daß Zeitpunkt für weitere Erörterungen auf Grundlage serbischer Note verstrichen ist. Äußerstes, worauf er jetzt hofft, ist, daß Deutschland bewogen werden kann, seinen Einfluß in Wien aufzubieten, um weitere Forderungen Österreichs an Serbien zu verhüten oder zu mäßigen.

Im BB No. 86 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34668)

No. 269

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 63

Nisch, den 29. Juli 1914

A. 3⁵ nachm.

E. 9⁴⁵ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm ¹⁾.

Allgemeine Beschießung Belgrads wird heute abend erwartet. Mit Rücksicht auf ungeschützte Lage britischer Gesandtschaft hat Vizekonsul alle Chiffren und Geheimarchive zur deutschen Gesandtschaft gebracht und Abreise aller Flüchtlinge angeordnet. Ministerpräsident sagt mir, er habe es jetzt völlig Militärbehörden überlassen, ob Belgrad verteidigt werden soll oder nicht. Vizekonsul telephonierte, daß Granate in Gesandtschaftsgarten eingeschlagen und Schaden bisher unbeträchtlich sei.

(34665)

No. 270

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 94

Paris, den 29. Juli 1914

A. 7⁴⁵ nachm.

E. 9⁵⁰ nachm.

Ankunft des Präsidenten der Republik war heute nachmittag Anlaß für eine große patriotische Kundgebung. Man hörte einige Rufe von „A Berlin!“.

Viele Zeitungen schreiben über Deutschland in einer Weise, die geeignet ist, öffentliche Meinung zu erregen. Der „Temps“ erklärt, daß Deutschland keinen Versuch gemacht habe, österreichisches Vorgehen in Schranken zu halten, und wissen müsse, was Folgen sein können, so sei es klar, daß es den Krieg wolle.

¹⁾ Wahrscheinlich No. 291 a).

Französisches Volk ist bis jetzt nicht geneigt, sich in Kriegsstimmung hetzen zu lassen. Börsenlage erregt Besorgnis.

Vgl. Privatbrief No. 320

(34675)

No. 271

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 184

St. Petersburg, den 29. Juli 1914

A. 8³⁰ nachm.

E. 10⁰ nachm.

In der mit meinem Telegramm No. 182 vom 29. Juli berichteten Unterredung¹⁾ drückte Minister des Äußern erhebliche Zweifel über Haltung Rumäniens im Falle allgemeinen Kriegs aus und sagte, er befürchte, daß König Partei Österreichs ergreifen werde, obgleich Sympathien seiner Untertanen auf seiten Rußlands wären.

Seine Exzellenz möchte, wie ich anzuführen vergaß, Tatsache nicht erwähnt wissen, daß er auf Anregung deutschen Botschafters den Vorschlag direkter Besprechungen mit Österreich gemacht hat.

Wie ich von meinem französischen Kollegen erfahre, ließ Generalstabschef heute nachmittag deutschen Militärattaché kommen und versicherte ihm auf Ehrenwort, daß bislang keine einzige militärische Vorbereitung gegen Deutschland getroffen worden sei²⁾.

(34676)

No. 272

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 129

Rom, den 29. Juli 1914

A. 7²⁰ nachm.

E. 10¹⁵ nachm.

Ich höre, daß (?) Pressetelegramme über Schiffs- und Truppenbewegungen hier nicht mehr angenommen werden. Aber es gibt keine Anzeichen für weitere Einberufungen von Reservisten.

¹⁾ No. 276.

²⁾ Dies stimmt nicht ganz mit dem telegraphischen Bericht des deutschen Militärattachés aus St. Petersburg (DD No. 370) überein: „Er (der Generalstabschef) gab mir in feierlichster Form Ehrenwort . . ., daß bis zur Stunde drei Uhr nachmittags nirgends Mobilmachung, d. h. Einziehung eines einzigen Mannes oder Pferdes erfolgt sei. Er könne sich für Zukunft nicht verbürgen, aber nachdrücklichst bestätigen, daß S. M. in den auf unsere Grenze gerichteten Fronten nach wie vor keine Mobilisierung wünscht.“

(34668)

No. 273

Sir Edward Grey an Herrn Crackanthorpe

(Tel.) No. 34

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

A. 10³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 63¹⁾.

Ich nehme an, Vizekonsul verbleibt in deutscher Gesandtschaft und hat Chiffren usw. in Verwahrung.

(34669)

No. 274

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 64

Nisch, den 29. Juli 1914

A. 6⁵⁰ nachm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm¹⁾.

Ministerpräsident teilte mir mit, daß, falls Militärbehörden sich für Verteidigung Belgrads entscheiden sollten, Einwohner rechtzeitig benachrichtigt werden, um ihnen Zeit zum Verlassen der Stadt zu geben.

(34670)

No. 275

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 65

Nisch, den 29. Juli 1914

A. 6⁵⁰ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Ministerpräsident bittet mich, Ihnen seinen tiefgefühlten Dank für Ihre Erklärung im Unterhaus am 27. Juli²⁾ auszusprechen.

Im BB No. 83 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹⁾ No. 269.

²⁾ No. 190.

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 182

St. Petersburg, den 29. Juli 1914

A. 8⁴⁰ nachm.E. 11³⁰ nachm.

Befehl für Teilmobilmachung wurde heute unterzeichnet.

Gemäß der mir mit Ihrem Telegramm No. 392 vom 28. Juli¹⁾ erteilten Weisung unterrichtete ich Minister des Äußern vom Inhalt Ihres Berliner Telegramms No. 218 vom 28. Juli²⁾ und teilte ihm vertraulich mit, was deutscher Staatssekretär des Auswärtigen bezüglich Mobilmachung zu Sir E. Goschen äußerte. Seine Exzellenz hatte das schon von anderer Seite gehört und erklärte, daß Mobilisierung nur gegen Österreich gerichtet sein werde. Aus diesem Grunde habe man auch beschlossen, die von militärischen Spitzen energisch befürwortete allgemeine Mobilmachung nicht anzuordnen.

Minister des Äußern sagte, er habe auf Rat deutschen Botschafters direkte Aussprache zwischen St. Petersburg und Wien vorgeschlagen, österreichische Regierung habe aber diesen Gedankenaustausch nun endgültig abgelehnt. Als er deutschen Botschafter von dieser Weigerung Österreichs in Kenntnis setzte, schlug er dringend vor, man solle auf Ihre Anregung einer Konferenz zu vieren zurückkommen, oder jedenfalls auf Meinungsaustausch zwischen Ihnen, den drei nicht so unmittelbar interessierten Botschaftern und, falls Sie es für angezeigt hielten, österreichischem Botschafter. Ihm sei es einerlei, unter welcher Form solche Besprechungen stattfänden, und er wäre bereit, fast jedes von Frankreich und England gebilligte Übereinkommen anzunehmen. Nun dürfe keine Zeit verlorengehen und Krieg könne nur vermieden werden, wenn es Ihnen durch Verhandlungen mit einzelnen oder vereinten Botschaftern gelänge, eine Formel zu finden, deren Annahme Sie bei Österreich durchsetzen könnten. Russische Regierung habe ihr möglichstes getan, um Frieden zu erhalten, und sich durchweg vollkommen offen und versöhnlich gezeigt, und er hoffe zuversichtlich, britische Öffentlichkeit würde einsehen, daß es nicht Fehler der russischen Regierung sei, wenn ihre Bemühungen um Erhaltung des Friedens fehlschlügen.

Ich teilte ihm Vorschlag gemäß Telegramm aus Rom No. 125 vom 27. Juli³⁾ mit und fragte, ob er gegen seine Ausführung etwas einzuwenden hätte. Seine Exzellenz erwiderte, er könne nicht serbischer sein als die Serben und werde allem zustimmen, was die vier Mächte vereinbarten, sofern es für Serbien annehmbar sei. Schärfe

¹⁾ No. 219.

²⁾ No. 218.

³⁾ No. 202.

des Ultimatums müsse indes durch eine ergänzende Erklärung oder durch Erläuterungen gemildert werden.

Außenminister meinte, der in Ihrem Telegramm No. 388 vom 28. Juli erwähnte Vorschlag¹⁾ sei von untergeordneter Bedeutung und er lege ihm unter veränderten Umständen der Lage kein Gewicht bei. Seine Exzellenz bemerkte weiterhin, deutscher Botschafter habe ihm mitgeteilt, daß seine Regierung fortfahre, in Wien freundschaftlich Einfluß auszuüben. Ich fürchte, deutscher Botschafter wird nicht dazu beitragen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, wenn er bei seiner Regierung die gleiche Sprache führt wie heute mir gegenüber. Er beschuldigte Rußland, europäischen Frieden durch Mobilmachung zu gefährden, und erwiderte nach meinem Hinweis auf all das, was Österreich in letzter Zeit getan, es gäbe Dinge, die er nicht erörtern könne. Ich erinnerte ihn daran, daß Österreich schon teilweise mobilisiert habe, da seine Konsuln hier alle militärpflichtigen österreichischen Untertanen aufgefordert hätten, sich zu stellen, und daß es nun Serbien den Krieg erklärt habe; nach all dem, was während der Balkankrise geschehen, müsse Österreich aber wissen, daß dies ein Akt sei, den Rußland unmöglich ohne Demütigung hinnehmen könne. Hätte Rußland nicht durch Anordnung der Mobilmachung seinen Ernst gezeigt, dann hätte Österreich geglaubt, beliebig weit gehen und aus der Friedensliebe Rußlands Vorteil schlagen zu können. Eine Woche oder mehr werde vergehen, bis Mobilisierung beendet sei, und Minister des Äußern habe mir zu verstehen gegeben, daß Rußland den Krieg nicht durch sofortiges Überschreiten der Grenze übereilt herbeiführen werde. Inzwischen sollten wir alle zusammenwirken, um Ausweg aus gefährlicher Lage zu finden.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 78 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles)
veröffentlicht*

(34683)

No. 277

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 461

Konstantinopel, den 29. Juli 1914

A. 9⁰ nachm.

E. 11³⁰ nachm.

Aus Bemerkung, die österreichischer Botschafter hier fallen ließ, schließe ich, daß sich Pläne Österreichs möglicherweise beträchtlich über Sandschak und strafweise Besetzung serbischen Gebietes hin-

¹⁾ No. 203.

aus erstrecken. Er sprach von beklagenswerter Wirtschaftslage Salonikis unter griechischer Verwaltung und von Hilfe, auf die österreichische Armee seitens muselmanischer, mit serbischer Herrschaft unzufriedener Bevölkerung rechnen könne.

Im BB No. 82 (paraphrasiert) veröffentlicht

Vermerk

Das ist beachtenswert, besonders im Zusammenhang mit dem zweiten Absatz von Sir M. de Bunsens Telegramm No. 122¹⁾. — E. A. C. 30. Juli.

(34668)

No. 278

Sir Edward Grey an Herrn Crackanthorpe

(Tel.) No. 35

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914
A. 11⁴⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 34²⁾.

Chiffren und andere streng geheime Dokumente, die mit Vizekonsul in Belgrad zurückgelassen wurden, sind sofort zu verbrennen. Eine Chiffer hat Vizekonsul bei sich zu tragen.

Empfang bestätigen und Ausführung des Auftrages melden.

Vgl. No. 389 und 394

(34684)

No. 279

Konsul Bosanquet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Riga, den 29. Juli 1914
A. 7³⁰ nachm.
E. 11⁵⁰ nachm.

Dem Vernehmen nach sind alle Leuchtfeuer an russischer Ostseeküste gelöscht. Auf Riga-Orel-Bahn werden Waren über 70 Pud nicht mehr angenommen.

(Gleichlautend an Botschaft)

¹⁾ No. 265.

²⁾ No. 273.

(34685)

No. 280

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 26. Handelsverkehr St. Petersburg, den 29. Juli 1914

A. 8⁴⁵ nachm.

E. mitternachts

Amtlicher „Messenger“ gibt bekannt, daß Küstenleuchtfeuer um Sewastopol mit Ausnahme des Chersoner Leuchtturms gelöscht sind. Zwischen Sonnen-Untergang und Aufgang dürfen keine Schiffe Sewastopol und benachbarte Buchten anlaufen; bei Sturm können Schiffe nachts in Kamysch- und Kasachi-Bucht Schutz suchen.

Fahrzeuge, die russischen Kriegsschiffen bei Sewastopol nicht Folge leisten, werden beschossen.

(34678)

No. 281

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 101

Berlin, den 29. Juli 1914

A. 11²⁰ nachm.

E. mitternachts

Österreich und Serbien. Ich fand Staatssekretär des Auswärtigen heute sehr niedergeschlagen. Er erinnerte mich daran, daß er mir neulich gesagt hätte, er müsse bei Ratschlägen an Österreich sehr vorsichtig sein, da jeder Gedanke an einen etwaigen Druck es wahrscheinlich veranlassen würde, die Dinge zu überstürzen und ein *fait accompli* zu schaffen. Dies sei nun tatsächlich eingetreten und er sei nicht sicher, ob seine Weitergabe Ihres Vorschlags, daß Antwort Serbiens eine Grundlage für Verhandlungen biete, die Kriegserklärung nicht beschleunigt hätte¹⁾. Berichte über Mobilisierung in Rußland beunruhigten ihn sehr und ebenso Berichte über gewisse militärische Maßnahmen in Frankreich, die er jedoch nicht näher bezeichnete. Er sprach später mit meinem französischen Kollegen darüber, der ihm erklärte, französische Regierung habe nichts weiter getan als deutsche auch, nämlich beurlaubte Offiziere zurückberufen. Staatssekretär des Auswärtigen bestritt, daß deutsche Regierung dies getan, es ist aber tatsächlich doch der Fall. Mein französischer Kollege äußerte im Laufe einer Unterhaltung zum Unterstaatssekretär, ihm scheine, daß, wenn Österreich in Serbien eingerückt sei und damit seinem militärischen Ansehen genügt habe, dann der Augenblick für vier nicht interessierte Mächte günstig sein dürfte, über Lage zu beraten und

¹⁾ Vgl. Brief No. 677.

mit Vorschlägen hervorzutreten, um ernstere Verwicklungen zu vermeiden. Unterstaatssekretär schien Gedanken erwägenswert zu halten, denn er entgegnete, das wäre etwas anderes als die von Ihnen vorgeschlagene Konferenz.

Russischer Botschafter ist heute zurückgekehrt und hat kaiserliche Regierung unterrichtet, daß Rußland in vier südlichen Gouvernements mobilisiere. Weder Reichskanzler noch Unterstaatssekretär des Auswärtigen hat mir gegenüber Maßnahmen britischer Admiralität erwähnt, die hier veröffentlichten Meldungen haben jedoch offenbar erhebliche Unruhe in Finanzkreisen hervorgerufen. Aktien der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd sind mehrere Punkte gefallen und einer der prominentesten Berliner Finanzleute, der infolge der Krise bereits Verluste erlitten hatte und Geld brauchte, erklärt, er habe seine Aktien dieser Gesellschaften zu verkaufen versucht, aber keine Käufer gefunden.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 76 (ohne die beiden letzten Sätze) veröffentlicht

(34999)

No. 282

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

No. 128

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der österreichische Botschafter sagte mir heute, er habe eine lange Denkschrift bereit¹⁾, die er dalassen wolle und die, wie er meinte, das Verhalten Serbiens gegen Österreich schildere und die Notwendigkeit der österreichischen Aktion darlege.

Ich erwiderte, ich möchte die Rechts- und Sachlage der österreichisch-serbischen Frage nicht erörtern. Die heute eingegangenen Nachrichten schienen mir sehr schlimm für den europäischen Frieden zu lauten. Man lasse die Mächte nicht helfen, Österreich Genugtuung zu verschaffen, was sie wohl könnten, wenn ihnen Gelegenheit dazu gegeben würde, und der europäische Friede stünde auf dem Spiel.

Graf Mensdorff bemerkte, der Krieg mit Serbien müsse weitergehen. Österreich könne nicht andauernd der Notwendigkeit ausgesetzt sein, immer wieder zu mobilisieren, wie es das während der

¹⁾ Hier nicht abgedruckt. Das Original dieses Dokumentes findet sich im österreichischen Rotbuch Band II No. 48; eine englische Übersetzung in „Collected Diplomatic Documents“, S. 461. Das Exemplar im Auswärtigen Amt ist in deutscher Sprache gedruckt.

letzten Jahre habe tun müssen. Es denke nicht an einen Gebietserwerb und wünsche bloß, den Schutz seiner Interessen sichergestellt zu sehen.

Dem hielt ich entgegen, daß es durchaus möglich sei, Serbien auch ohne nominelle Einmischung in seine Unabhängigkeit und ohne Wegnahme seines Gebiets in eine Art Vasallenstaat zu verwandeln.

Graf Mensdorff wollte das nicht gelten lassen.

Auf meine weiteren Bemerkungen über die Wirkung, die das österreichische Vorgehen auf die Balkanstellung Rußlands haben könnte, erwiderte er, vor dem Balkankriege habe man Serbien stets als zur österreichischen Einflußsphäre gehörig angesehen.

Ich bin usw.

E. Grey

*Im BB. No. 91 veröffentlicht
(Auf der Abschrift in den Akten steht der Vermerk
„Nicht übersendbar! Krieg!“)*

(35000)

No. 283

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 509

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Nachdem ich heute zu Herrn Cambon bemerkt hatte, wie ernst mir die Lage vorkomme, teilte ich ihm meine Absicht mit, heute noch dem deutschen Botschafter zu sagen, er möge sich durch den freundschaftlichen Ton unserer Unterhaltungen nicht in eine falsche Sicherheit wiegen lassen, daß wir unbeteiligt blieben, falls alle Bemühungen um die Erhaltung des Friedens, die wir jetzt gemeinsam mit Deutschland machten, fehlschlügen¹⁾. Aber, fuhr ich zu Herrn Cambon fort, es scheine mir geboten, ihn darauf hinzuweisen, daß die öffentliche Meinung Englands die gegenwärtigen Verwicklungen von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus betrachte als vor ein paar Jahren die Schwierigkeiten über Marokko. Im Falle Marokkos handelte es sich um eine Streitfrage, an der Frankreich in erster Linie interessiert war und wobei es den Anschein hatte, als wolle Deutschland beim Versuch, Frankreich zu erdrücken, mit diesem Händel in einer Frage provozieren, die Gegenstand eines besonderen Abkommens zwischen Frankreich und uns war. Doch der vorliegende Streit zwischen Österreich und Serbien sei nicht derart, daß wir uns zum Eingreifen veranlaßt fühlten, und das wäre selbst dann nicht der Fall, wenn sich der Konflikt zu einem österreichisch-russischen zuspitzen sollte. Es wäre

¹⁾ Vgl. No. 286.

dann eine Frage der Vorherrschaft der Germanen oder Slawen — ein Kampf um die Vorherrschaft auf dem Balkan; und unser Gedanke sei stets gewesen, uns wegen einer Balkanfrage nicht in einen Krieg hineinziehen zu lassen. Wir hätten noch keinen Beschluß hinsichtlich unserer Haltung gefaßt, wenn Deutschland und auch Frankreich in die Sache verwickelt würden; das wäre ein Fall, den wir dann erst zu erwägen hätten. Frankreich würde sich dann in einen Streit hineingezogen sehen, der es nicht unmittelbar angehe, an dem es aber infolge seines Bündnisses ehren- und interessenhalber teilnehmen müsse. Wir seien frei von Verpflichtungen und hätten dann zu entscheiden, was die britischen Interessen von uns erheischten. Ich hielt es für nötig, das zur Sprache zu bringen, weil wir, wie er wisse, alle Vorsichtsmaßregeln bezüglich unserer Flotte trafen und ich vorhätte, Fürst Lichnowsky zu warnen, nicht auf unsere Neutralität zu rechnen. Aber es wäre nicht fair, wenn ich Herrn Cambon zu der Annahme verleitete, daß dies bedeutete, wir hätten bereits entschieden, was wir in einer möglichen Lage tun würden, von der ich immer noch hoffte, daß sie nicht eintreten werde.

Herr Cambon entgegnete, ich hätte die Lage sehr klar dargelegt. Er fasse sie dahin auf, daß wir uns nicht berufen fühlten, in einen Balkanstreit und einen Kampf um die Vorherrschaft von Germanen und Slawen einzugreifen; sollten aber andere Dinge aufgeworfen und Deutschland und Frankreich darin verwickelt werden, so daß es sich um die Frage der Vorherrschaft in Europa handle, dann würden wir uns entscheiden, was wir zu tun hätten. Er schien auf diese Ankündigung völlig vorbereitet zu sein und übte keine Kritik daran.

Er bemerkte, die öffentliche Meinung Frankreichs sei ruhig aber entschlossen. Er sehe eine Forderung Deutschlands voraus, daß Frankreich neutral bleiben solle, während Deutschland Rußland angreife. Diese Zusicherung könne Frankreich natürlich nicht geben; es sei verpflichtet, Rußland beizustehen, falls es angegriffen werde.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 87 veröffentlicht

(34877)

No. 284

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

No. 251

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Bei dem Gespräch, das ich heute morgen mit dem deutschen Botschafter hatte und das ich Euerer Exzellenz in meinem Telegramm

282

vom 29. Juli mitteilte¹⁾, übergab ich dem Botschafter auch eine Abschrift des Telegramms Sir Rennell Rodds vom 28. Juli²⁾ und meiner Antwort darauf³⁾. Ich führte aus, ich hätte zu zweifeln begonnen, ob selbst eine restlose Annahme der österreichischen Forderungen durch Serbien Österreich jetzt genügen würde. Den Äußerungen des Marquis di San Giuliano zufolge scheine es aber einen Weg zu geben, auf dem die Mächte, falls man sie in der Sache mitreden lasse, Österreich völlige Genugtuung verschaffen könnten, wenn Wien ihnen nur eine Gelegenheit dazu geben wollte. Ich vermöchte jedoch aus den in meinem Telegramm an Sie angegebenen Gründen keinen Vorschlag zu machen und könne das, was der italienische Minister des Äußern gesagt, dem deutschen Botschafter lediglich zur Kenntnis bringen, solange es als ausgemacht zu gelten habe, daß Österreich sich auf keine Verhandlungen mit den Mächten über seinen Streitfall mit Serbien einlassen werde. Ferner bemerkte ich, eine Vermittlung zwischen Österreich und Rußland könne nicht einfach darin bestehen, daß man Rußland dränge, untätig zuzusehen, während Österreich freie Hand erhielte, beliebig weit zu gehen. Das wäre dann keine Vermittlung, sondern würde einfach heißen, man solle im Interesse Österreichs einen Druck auf Rußland ausüben. Der deutsche Botschafter entgegnete, die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß Österreich nicht gewaltsam gedemütigt werden dürfe und daß es von seiner Stellung als Großmacht nicht abdanken könne. Ich stimmte dem vollkommen zu, erklärte aber, es handle sich nicht um eine Demütigung Österreichs sondern um die Frage, wie weit Österreich die Demütigung anderer treiben wolle. Selbstverständlich müsse Serbien bis zu einem gewissen Grade gedemütigt werden, aber Österreich könne die Dinge vielleicht so weit treiben, daß auch Rußland gedemütigt wäre.

Der deutsche Botschafter erwiderte, daß Österreich sich kein serbisches Gebiet aneignen werde, wogegen ich einwandte, daß Österreich, auch [ohne]⁴⁾ sich serbisches Gebiet anzueignen, und indem es das Land nominell unabhängig belasse, Serbien doch praktisch in einen Vasallenstaat verwandeln könne, und dies würde die ganze Stellung Rußlands auf dem Balkan berühren.

Ich bemerkte weiter, daß, wenn die Gefahr eines europäischen Konflikts drohe, man unmöglich sagen könne, wer nicht in ihn hineingezogen würde. Selbst die Niederlande träfen offenbar Vorsichtsmaßregeln.

1) No. 263.

2) No. 231.

3) No. 246.

4) Das Wort „ohne“ steht nicht im Original.

Der deutsche Botschafter betonte nachdrücklich, daß Mittel gefunden werden müßten, um den Frieden Europas zu erhalten.

Ich bin usw.

E. Grey

*Im BB No. 90 veröffentlicht
(Auf der Abschrift in den Akten befindet sich der Vermerk
„Nicht abgesandt — Krieg“)*

(34998)

No. 285

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

No. 252

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich teilte heute nachmittag dem deutschen Botschafter die mir zugekommene Nachricht mit, wonach Rußland Deutschland von seiner Mobilisierung in Kenntnis gesetzt habe. Ich unterrichtete ihn auch von der Mitteilung des Grafen Benckendorff, daß nämlich durch die österreichische Kriegserklärung jede direkte Verhandlung zwischen Rußland und Österreich offenbar aussichtslos geworden sei. Ich bemerkte, daß die noch gestern von der deutschen Regierung auf diese direkten Besprechungen gesetzten Hoffnungen heute geschwunden seien. Heute arbeite der deutsche Kanzler in Wien und St. Petersburg für eine Vermittlung. Wenn er Erfolg habe, dann schön und gut. Wenn nicht, so sei es wichtiger denn je, daß Deutschland die Anregung, die ich heute morgen dem deutschen Botschafter gegenüber ausgesprochen, aufgreife und ein Verfahren vorschlage, das die vier Mächte instand setze, vereint für die Erhaltung des europäischen Friedens zu wirken. Ich wies jedoch darauf hin, daß die russische Regierung eine Vermittlung wohl wünsche, aber den Aufschub militärischer Operationen gegen Serbien als Bedingung erachte, da sonst eine Vermittlung die Sache nur hinziehen und Österreich Zeit geben würde, Serbien zu erdrücken. Es sei nun freilich zu spät, um alle militärischen Operationen gegen Serbien einzustellen. In kurzer Zeit wären die österreichischen Streitkräfte vermutlich in Belgrad und hätten einen Teil serbischen Gebiets besetzt. Aber selbst dann möchte es möglich sein, eine Vermittlung zustande zu bringen, wenn Österreich wohl erkläre, das besetzte Gebiet behalten zu müssen, bis es volle Genugtuung von Serbien erlangt habe, zugleich aber verkünde, daß es während der Bemühungen der Mächte, zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln, nicht weiter vorrücken werde.

Der deutsche Botschafter erwähnte, er habe den Inhalt unseres Gesprächs von heute morgen bereits nach Berlin telegraphiert¹⁾.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 88 veröffentlicht

(Auf der Abschrift in den Akten befindet sich der Vermerk

„Nicht abgesandt — Krieg“)

Den Bericht des Fürsten Lichnowsky über die im obigen und nachstehenden Schriftstück aufgezeichnete Unterredung siehe in DD No. 368; dort auch die Randbemerkungen des Deutschen Kaisers dazu

(35001)

No. 286

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

No. 253

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Nachdem ich heute nachmittag mit dem deutschen Botschafter über die europäische Lage gesprochen, bemerkte ich, daß ich ihm in ganz privater und freundschaftlicher Weise etwas sagen möchte, was mir auf der Seele liege. Die Lage sei sehr ernst. Solange sie sich auf die gegenwärtig bereits einbezogenen Fragen beschränkte, dächten wir an keine Einmischung. Würde aber Deutschland hineingezogen und darauf Frankreich, dann könnten wichtige Fragen aufgeworfen werden, die sämtliche europäischen Interessen in Mitleidenschaft zögen; und ich möchte ihn nicht durch den freundschaftlichen Ton unserer Unterredung — der hoffentlich weiter so bleiben werde — zum Glauben verleiten lassen, daß wir abseits stehen würden.

Er entgegnete, daß er das durchaus verstehe, fragte aber, ob ich damit meine, daß wir unter gewissen Umständen eingreifen würden?

Ich erwiderte, das wolle ich nicht sagen; auch möchte ich keinerlei Drohung aussprechen oder etwa den Versuch machen, einen Druck auszuüben, indem ich erklärte, daß wir einschreiten würden, falls die Lage sich verschlimmere. Es werde keine Rede von unserer Einmischung sein, wenn Deutschland nicht, oder selbst wenn Frankreich nicht in die Sache verwickelt würde. Wir wären uns aber vollkommen bewußt, daß, wenn sich die Dinge so gestalten sollten, daß unserer Ansicht nach britische Interessen unser Einschreiten erforderten, wir das sofort tun müßten und daß dann die Entscheidung, genau wie bei den andern Mächten, sehr rasch zu treffen sei. Ich hoffte, daß der

¹⁾ Siehe No. 263, 284, sowie DD No. 357.

freundschaftliche Ton unserer Unterhaltungen so bleiben werde wie bisher und daß ich in der Arbeit für den Frieden gleich enge Fühlung mit der deutschen Regierung würde halten können. Doch wenn unser Bemühen um die Erhaltung des Friedens scheitern und die ganze Frage sich derart ausdehnen sollte, daß sie eigentlich jedes europäische Interesse umfasse, dann möchte ich mich nicht etwa einem Vorwurf von seiner Seite ausgesetzt sehen, daß der freundschaftliche Ton aller unserer Unterhaltungen ihn oder seine Regierung zur Annahme verleitet habe, wir würden untätig bleiben, und ebensowenig dem weiteren Vorwurf, daß ohne eine solche Irreführung der Verlauf der Dinge ein anderer hätte sein können.

Der deutsche Botschafter wandte gegen meine Äußerungen nichts ein; er erklärte mir vielmehr, daß sie mit dem übereinstimmen, was er selbst schon als seine Ansicht über die Lage nach Berlin berichtet hätte¹⁾.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB. No. 89 veröffentlicht
(Auf der Abschrift in den Akten steht der Vermerk
„Nicht abgesandt — Krieg“)

(34997)

No. 287

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

No. 221

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der italienische Botschafter teilte mir heute eine Anregung des Marquis di San Giuliano mit, daß die deutschen Bedenken gegen die Vermittlung der vier Mächte — eine Vermittlung, die von Italien lebhaft begünstigt werde — durch eine andere Art des Verfahrens beseitigt werden könnten.

Ich erwiderte, daß ich daran bereits gedacht und die deutsche Regierung aufgefordert hätte, irgendein Verfahren vorzuschlagen, nach dem der von ihr schon grundsätzlich angenommene Gedanke einer Vermittlung zwischen Österreich und Rußland ausgeführt werden könnte²⁾.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 92 veröffentlicht

¹⁾ Siehe DD No. 265.

²⁾ Siehe No. 223.

Parlamentsdebatten, 29. Juli 1914

Herr Bonar Law: Darf ich den Ministerpräsidenten fragen, ob er dem Hause irgendwelche Aufschlüsse über die europäische Lage zu geben hat?

Der Ministerpräsident: Wie dem Hause bekannt ist, hat Österreich gestern Serbien formell den Krieg erklärt. Die augenblickliche Lage ist äußerst ernst. Ich kann nur sagen, und es nützlicherwise sagen, daß Seiner Majestät Regierung in ihren Bemühungen nicht nachläßt und ihr möglichstes tut, um das Gebiet eines möglichen Konfliktes zu begrenzen.

Herr Walter Guinness: Darf ich den sehr ehrenwerten Herrn fragen, ob er Nachrichten über den angeblichen Ausbruch einer Revolution in Russisch-Polen erhalten hat?

Der Ministerpräsident: Nein, mein Herr.
